



## MITTEILUNGEN AUS DEM VEREIN

---

20. Ausgabe – 2026



## Impressum

---

**Herausgeber** **Deutsch-Israelische Juristenvereinigung e.V. (DIJV)**

Koenigsallee 35f  
14193 Berlin  
Telefon: 030/ 89 73 16 45  
Fax: 030/ 89 73 47 81  
Email: [info@dijv.de](mailto:info@dijv.de)  
[www.dijv.de](http://www.dijv.de)

**Redaktion** Dr. Adina Sitzer, Anna Boucheleva, Jacqueline Hopp

**Fotos** DIJV/Andreas Schulz, DIJV/AForberg, Deutsche Botschaft Tel Aviv, Vandenhoeck & Ruprecht Verlage, Presse/StMJ, photothek.net, Sandra Hauer, privat, Klage-mauer: © Wikimedia Commons, Sheepdog85, Tel Aviv, Azrieli Center: © Dr. Avishai Teicher, Brandenburger Tor: © freeimages.com, Foto S. 66: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung/Markus Gröteke

**Gestaltung** Warenform GbR, Berlin

# Inhalt

---

Vorwort von Prof. Dr. Roman Poseck	4
<b>SPRING PROGRAM FOR LAW STUDENTS FROM ISRAEL AND GERMANY</b>	6
Opening Session At The Youth Convention In May 2023:	
Political Jurisdiction and Judicial Self-Restraint	8
Memorial At The Großmarkthalle Frankfurt	9
Visit to European Central Bank (ECB): The Monetary Policy of the ECB	11
Separation Of Powers: A Comparative Approach - Israel And Germany	12
Global Climate Change Litigation	13
80 Years Since The Infamous Wannsee Conference	14
The Conquest Of The Middle Of Society By The Political Margins	15
The Frankfurt Auschwitz Trial 1963-1965: 60 Years After - Meeting with Gerhard Wiese, Public Prosecutor	17
Recent Changes In Family Law Regarding Women's Rights And LGBT Rights In Israel And Germany	19
<b>PROGRAMM – 27. JAHRESTAGUNG DER DIJV/IDJV</b>	22
Die Bedeutung der Paulskirche für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland	24
Judicial Appointments In Israel And Germany	25
Democracy In Times Of War: The Israeli Experience	27
Der Frankfurter Auschwitz Prozess 1963-1965: Zeitzeugengespräch mit Ankläger Dr. Gerhard Wiese und Dr. Christopher Wenzl	29
Law In Times Of Crisis: Publication In Honor Of Prof. Dr. Yoram Danziger	31
From Kristallnacht To October 7th: A Holocaust Survivor Remembers	32
Threat To Democracy: The Spread Of Extreme Populist Political Movements And Suggestions For Effective Reactions	34
Bring Them Home Now! The Fate Of The Hamas-Hostages	35
„7. Oktober 2023“ – Vier junge Teilnehmer aus Israel erinnern sich	38
Investigative proceedings At The ICC following October 7	39
Das Selbstverteidigungsrecht Israels und die Folgen des 7. Oktober 2023 – über die Rolle und Bedeutung des humanitären Völkerrechts	40
Podiumsdiskussion: Antisemitismus in Kultur und Universitäten – Ein neues 1968?“	41
<b>PROGRAM – CONFERENCE FOR LAW STUDENTS AND YOUNG LAWYERS</b>	46
Can Democracy Defend Itself? Populist Movements And Constitutional Boundaries?	48
Evolving Challenges In International Law: The Case Of Iran	49
Institutional Attacks On The Judiciary And Legal Professionals	51
Intellectual Property And Data Protection When Using AI Tools	52
Visit And Reception At The Federal Ministry Of Justice And Consumer Protection	54
Tour To The Sachsenhausen Memorial Site And Museum	55
Field Report Of A Hostage	57
The Impact Of Oct 7 On Young Israelis	59
Ehrungen von DIJV-Präsidentin und Vizepräsident	62
Veranstaltungen und Veröffentlichungen der DIJV im Zusammenhang mit dem 7. Oktober 2023	63
Veranstaltungen und Veröffentlichungen der DIJV zur Justizreform in Israel	65
Dringender Appell: Schutz für den Rechtsstaat in Israel!	68
Regionale und digitale Veranstaltungen der DIJV	72
Buchempfehlungen	80

## Vorwort von Prof. Dr. Roman Poseck

---

### DIJV-Vorstandsmitglied und Hessischer Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Die Jahre 2023 bis 2025 waren insbesondere durch den am 07. Oktober 2023 erfolgten terroristischen Angriff der Hamas auf Israel und den darauffolgenden Krieg geprägt. Die in diesem Zeitraum durchgeführten Tagungen beschäftigten sich intensiv mit den damit verbundenen Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf den Antisemitismus sowie die daraus resultierenden gesellschaftlichen und rechtspolitischen Fragestellungen. Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt im Januar 2026 glücklicherweise alle lebenden Geiseln zurückgekehrt sind und der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas nach wie vor hält, beschäftigen uns die Folgen nach wie vor.

Eine der vielen Folgen war der massive Anstieg von antisemitischen Straftaten in Deutschland insbesondere seit dem 07. Oktober 2023. Ich schäme mich zutiefst, dass jüdisches Leben in Deutschland wieder derart gefährdet ist. In mehreren deutschen Großstädten gab es auf propalästinensischen Demonstrationen unerträgliche Entgleisungen, von der Verharmlosung der Terrorangriffe vom 07. Oktober 2023 bis hin zur Relativierung der Shoa. Es ist ein politisches Armutszeugnis für Deutschland, was Jüdinnen und Juden 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hier teilweise wieder ertragen müssen.

In einer Demokratie hat selbstverständlich jeder das Recht, seine Meinung zu äußern und es ist deshalb auch legitim, die israelische Regierung zu kritisieren. Gleiches gilt auch dafür, Mitgefühl mit unschuldigen Opfern im Gaza-Streifen zu zeigen. Wenn aber Hass, Hetze, Antisemitismus oder das Absprechen des Existenzrechts Israels im Mittelpunkt stehen, werden ganz klar Grenzen überschritten. Wir brauchen hier dringend eine Änderung im Strafrecht, weshalb ich ganz persönlich seit dem 7. Oktober 2023 dafür eintrete, das Leugnen des Existenzrechts Israels unter strafrechtlichen Schutz zu stellen. Ich begrüße es, dass die schwarz-rote Koalition in ihrem Koalitionsvertrag an dieser Stelle eine Strafverschärfung vorgesehen hat, diese muss von der Bundesregierung auch zügig umgesetzt werden.

Es ist unser grundgesetzlicher Auftrag zum Schutz der Menschenwürde, gegen jede Form des Antisemitismus einzutreten und stets an der Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu stehen. Wir müssen uns gerade als Juristinnen und Juristen immer wieder vergegenwärtigen, dass das Grundgesetz als Reaktion auf den nationalsozialistischen Unrechtsstaat entstanden ist und dass das Grundgesetz untrennbar mit den Erfahrungen der Shoa verbunden ist.

Selbstverständlich blieb der 07. Oktober 2023 nicht ohne konkrete Folgen für die Arbeit der DIJV. Die eigentlich für Oktober 2023 geplante 27. DIJV/IDJV-Jahrestagung in Jerusalem, Tel Aviv und Herzliya musste aufgrund des ausgebrochenen Krieges bedauerlicherweise abgesagt werden. Stattdessen fand die 27. DIJV/IDJV-Jahrestagung im September 2024 in Frankfurt am Main statt, wo bereits im Mai 2023 die DIJV-Jugendtagung stattgefunden hatte. Trotz des tragischen Anlasses für die Verschiebung war es mir dennoch eine große Freude und Ehre, bei der Eröffnung die über 200 Teilnehmer aus Israel und Deutschland in Hessen begrüßen zu dürfen und die Gelegenheit zu erhalten, in aller Deutlichkeit den großen Wert der deutsch-israelischen Freundschaft zu betonen und ein Zeichen der Solidarität mit Israel zu setzen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, hob in seiner Festrede die große Bedeutung der Arbeit der DIJV und der IDJV für den Dialog zwischen deutschen und israelischen Juristen hervor. Er verdeutlichte ebenfalls in seiner Festrede, welchen bedeutenden Anteil die beiden Vereinigungen an der Pflege der deutsch-israelischen Freundschaft haben. Im Rahmen der Eröffnung folgten dann der amtierende Supreme Court Präsident, Uzi Vogelmann, sowie u.a. Dr. Miriam Meßling, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang und Amit Becher, Präsident der Israel Bar Association.

Schwerpunktmäßig beschäftigte sich die Jahrestagung mit dem 07. Oktober 2023 und seinen Folgen für Demo-

kratie und Rechtsstaat. Dabei kam es zu kontroversen juristischen und politischen Debatten, sei es zur Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag hinsichtlich des Krieges oder auch über den zunehmenden Antisemitismus in Kultur und Universitäten. Wie konkret auch einzelne Teilnehmer vom Krieg betroffen waren, zeigte sich in der eindrücklichen Schilderung von vier jungen Israelis, die im Rahmen des Förderprogramms durch das Bundesministerium der Justiz an der DIJV-Tagung teilnehmen konnten und die in diesem Krieg als Reservisten der IDF wiederholt im Einsatz waren.

Fast in den Hintergrund gerückt war das vor Kriegsbeginn im Mittelpunkt stehende Thema der israelischen Justizreform, welche im März 2025 von der israelischen Regierung mit einem neu beschlossenen Richtergesetz weiter vorangetrieben wurde. Diese Reform könnte weitreichende und potenziell gefährliche Konsequenzen für die Demokratie in Israel haben. Zentrale demokratische Prinzipien wie die Gewaltenteilung und der Schutz von Minderheiten werden mit der Reform untergraben. Die Juristinnen und Juristen in Israel und Deutschland müssen wachsam bleiben hinsichtlich Bestrebungen in unseren Ländern, den Rechtsstaat zu beschränken oder gar abzuschaffen. Deshalb hat sich die DIJV im September 2023 einem dringenden Appell für den Schutz des Rechtsstaats in Israel angeschlossen. In den großen Demonstrationen in Israel im Jahr 2023 hat sich aber auch die großartige Lebendigkeit der israelischen Demokratie gezeigt.

Trotz dieser schwierigen Zeit gab es auch Lichtblicke, zu denen ich insbesondere die DIJV-Jugendtagungen im Mai 2023 in Frankfurt sowie im September 2025 in Berlin und Brandenburg zähle. Hierbei wurde nicht nur jeweils ein hochspannendes inhaltliches Programm für die Nachwuchsjuristen geboten, sondern es gab auch zahlreiche Gelegenheiten beim fantastischen Rahmenprogramm, um das Fundament für die tiefe deutsch-israelische Freundschaft zu festigen. Ein be-



Prof. Dr. Roman Poseck, DIJV-Vorstandsmitglied und Hessischer Minister des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz.

sonderer Dank gilt hierbei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig, welche die Teilnehmer im Rahmen der DIJV-Jugendtagung im September 2025 empfing. Ohne die finanzielle Förderung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz wäre die Tagung so nicht möglich gewesen. In diesem Kontext ist es auch erfreulich, dass sich in Norddeutschland nach einigen Jahren wieder eine Regionalgruppe der DIJV aktiviert hat. Vielen Dank an unser Mitglied Julia Römer, Richterin am Landgericht Stade, für diese wichtige Initiative. Auch in Nordrhein-Westfalen geht es mit der reaktivierten Regionalgruppe seit Herbst 2025 weiter. Hier gilt unserer Dank Dr. Martin Kühl, Dr. Heinfried Tintner und Dr. Adina Sitzer aus Köln.

Trotz der schwierigen Zeiten bin ich zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft den Dialog zwischen deutschen und israelischen Juristen noch weiter ausbauen und das gegenseitige Verständnis fördern werden. Bei der Pflege der deutsch-israelischen Freundschaft kommt es auf den Einsatz eines jeden Einzelnen von uns an.

# Spring Program for Law Students from Israel and Germany

Frankfurt May 14<sup>th</sup> - May 21<sup>st</sup> 2023

## Sunday, 14th May 2023

Arrival

5.30 pm Get together  
6.30 pm Dinner

## Monday, 15th May 2023

9.00 am **Opening Lectures**  
**Or Karabaki** (Introduction), Chief Legal Officer at Moveo Group and Board Member of the Israeli-German Lawyers Association  
**Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein**, Justice of the Federal Constitutional Court, Karlsruhe  
**Dr. Dana Wolf**, Reichman University, Herzliya

10.30 am **Coffee break**

11.00 am **Discussion**

12.00 pm **Lunch**

2.00 pm **Visit to The European Central Bank (ECB)\***  
**“The Monetary Policy of the ECB”**  
**Julian P. Schumacher**, Division Monetary Policy, European Central Bank, Frankfurt followed by **visit of the „Memorial at the Frankfurt Grossmarkthalle“**  
\*All participants must bring a valid passport or ID.

5.00 pm **Departure back to Youth Hostel**

6.00 pm **Dinner**

7.00 pm **The Effects of the War in Ukraine on International Law and European Law**  
**Prof. Dr. Christian Walter**, Ludwig-Maximilians-University, Munich

## Tuesday, 16th May 2023

9.00 am **Separation of Powers: A Comparative Approach - Israel and Germany**  
**Prof. Dr. Avichai Mandelblit**, Former Attorney General of Israel, Bar-Ilan-University, Tel Aviv  
**Prof. Dr. Roland Broemel**, Goethe-University, Frankfurt am Main

10.30 pm **Coffee Break**

11.00 am **Discussion**

12.00 pm **Lunch**

1.00 pm **Unconstitutional constitutional amendment**  
**Avi Licht**, Former Deputy Attorney General of Israel, Meitar Law Offices, Ramat Gan  
**Prof. Dr. Anna-Bettina Kaiser**, Humboldt University, Berlin

2.30 pm **Discussion**

3.30 pm **Coffee Break**

4.00 pm **GLOBAL CLIMATE CHANGE LITIGATION**  
**Dr. Tzipi Iser Itsiq**, Lipa Meir & Co, Tel Aviv  
**Meike Krakau**, Research Fellow, Ludwig-Maximilians-University, Munich

5.30 pm **Discussion**

6.00 pm **Dinner**

7.00 pm **80 YEARS SINCE THE INFAMOUS WANNSEE CONFERENCE**  
Lecture: The Wannseekonferenz  
**Dr. Hans-Christian Jasch**, Federal Ministry of the Interior and Community; former Director of Memorial Site Haus der Wannseekonferenz, Berlin  
**Screening of the Movie: “Die Wannseekonferenz” (2022)** (German with Hebrew subtitles)

## WEDNESDAY, 17th May 2023

9.00 am **Metaverse & ChatGPT - Intellectual property in artificial intelligence and machine learning**  
**Dr. Aviv Gaon**, Reichman University, Herzliya  
**Dr. Philipp Etzkorn**, Legal Trainee, Marburg

10.30 am **Coffee break**

11.00 am **Discussion**

- 12.00 pm**    **Civil liability for privacy and information security breach damages**  
**Dr. Omri Rachum-Twaig**, Tel Aviv University, Fischer (FBC & Co.), Tel Aviv  
**Andreas Wigger**, Head of Division at the Office of the Federal Commissioner for Data Protection and Freedom of Information, Bonn
- 12.45 pm**    **Lunch**
- 2.00 pm**    **Part II**
- 2.45 pm**    **Discussion**
- 3.15 pm**    **Coffee Break**
- 3.45 pm**    **The conquest of the middle of society by the political margins**  
**Julia Ebner**, Institute for Strategic Dialogue, London  
**Dr. Christopher Wenzl**, Public Prosecutor, Frankfurt
- 5.15 pm**    **Discussion**
- 6.15 pm**    **Dinner**

#### THURSDAY, 18th May 2023

- 9.00 am**    **Current Jewish life in Germany**  
Gunda Trepp, Chairwoman Leo-Trepp-Foundation, Berlin
- 10.30 am**    **Coffee break**
- 11.00 am**    **The Frankfurt Auschwitz Trial from 1963-1965: 60 years after** - Meeting with Gerhard Wiese, Public Prosecutor\*  
**Gerhard Wiese**, Public Prosecutor at Auschwitz Trial, Frankfurt  
\*This lecture will be held in German with Hebrew translation
- 12.30 pm**    **Lunch**
- 1.30 pm**    **Visit to Frankfurt Jewish Museum**
- 4.00 pm**    **Coffee break**
- 4.30 pm**    **Recent changes in family law regarding women's rights and LGBT rights in Israel and Germany**  
**Hagai Kalai**, Tel Aviv University, Kalai, Rosen & Co., Tel Aviv  
**Katrin Hesselbarth**, Federal Ministry of Justice, Berlin
- 6.00 pm**    **Dinner**

#### FRIDAY, 19th May 2023

- 9.00 am**    **Visit of the Juvenile Detention Center (Wiesbaden)\***  
\*All participants must bring a valid passport or ID. No mobile phones and bags allowed in the Detention Center!
- 12.00 pm**    **Lunch (at the Detention Center)**
- 2.00 pm**    **Negotiation skills for Jurists**  
**A. Ohad**, Colonel (ret.), Member of the IDF Negotiation Team, Executive Chairman at Palsar Venture Fund, Tel Aviv
- 3.00 pm**    **Coffee Break**
- 3.30 pm**    **Workshops on Negotiation skills**  
**A. Ohad**, Colonel (ret.), Member of the IDF Negotiation Team, Executive Chairman at Palsar Venture Fund, Tel Aviv  
**Eyal Bar-Zvi**, Herzog Fox & Neeman, Tel Aviv  
**Zvi Tirosh**, Andersen GmbH, Frankfurt
- 5.00 pm**    **Presentation of results**
- 7.30 pm**    **Shabbat Dinner**

#### SATURDAY, 20th May 2023

- 9.00 pm**    **Excursion: Jewish Life in Rashi town of Worms– Visit of former Synagogue, Mikwe, Home of Rashi**
- 6.00 pm**    **Dinner**

#### SUNDAY, 21st May 2023

Departure

Program: May 4th 2023, Subject to change

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Opening Session At The Youth Convention In May 2023: Political Jurisdiction and Judicial Self-Restraint

Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein, Judge at the Federal Constitutional Court, Karlsruhe

Protokoll von Lukas Batzke



Zur Eröffnung der Jugendtagung in Frankfurt hielt Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein, Richterin am Bundesverfassungsgericht, einen Vortrag über die Bedeutung und die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Am 15. Mai 2023 hatten wir die Ehre eine Rede zur Eröffnung der Jugendtagung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung von Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein zu hören. Frau Wallrabenstein ist Richterin im 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Das Thema ihres Vortrags lautete „Politische Rechtsprechung und richterliche Selbstbeschränkung“.

Zum Einstieg verdeutlichte sie die wichtige Aufgabe von Gerichten und insbesondere die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts im deutschen Rechtsstaat: Der Gesetzgeber setzt Recht und die Gerichte wenden das Recht an. Da die Gerichte und der Gesetzgeber nicht immer dieselben Ideen verfolgen, müssen Judikative und Legislative so zusammenarbeiten, dass der Gesetzgeber Gesetze erlässt, die im Einklang mit der Verfassung sind. Ob das dann der Fall ist, wird durch das Bundesverfassungsgericht überprüft.

Nach diesem kurzen Überblick über die Rolle der Gerichte ging Frau Wallrabenstein auf das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 ein. Während die Frage, ob der Gesetzgeber für den Klimaschutz genug tut mit diesem Urteil klar mit nein beantwortet wurde, griff Frau Wallrabenstein eine andere Frage auf, die das Thema ihres Vortrags zusammenfasst: „Machen Gerichte genug?“. Mit anderen Worten: „Was ist die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in der Klimarechtsprechung?“. Wenn ein neues Bedürfnis nach (Klima-)Schutz entsteht, dann gibt es laut Frau Wallrabenstein drei mögliche Lösungen:

1. eine Verfassungsänderung
2. ein Verfassungsreferendum oder
3. das Bundesverfassungsgericht nimmt eine aktivere Rolle ein.

Wie eine aktivere Rolle aussehen kann, ist nicht so leicht zu beantworten, da ein Mittelweg zwischen politischer Rechtsprechung und richterlicher Selbstbeschränkung gefunden werden muss. Nach dem Grundsatz der richterlichen Selbstbeschränkung sollen durch die Rechtsprechung keine Gestaltungsfragen beantwortet oder vorweggenommen werden, die in den Bereich der legislativen oder exekutiven Staatsgewalt fallen. Diese sollen auch nicht von den höchsten Gerichten beantwortet und verbindlich entschieden werden, sondern durch die hierfür von der Verfassung vorgesehenen und legitimierten Organe, wie dem Parlament beziehungsweise der Regierung. Mit anderen Worten: Das Bundesverfassungsgericht ist weder ein besserer Gesetzgeber, noch eine bessere Regierung.

Das Bundesverfassungsgericht führte zum Thema richterlicher Selbstbeschränkung selbst aus: „Der Grundsatz des judicial self-restraint, den sich das Bundesverfassungsgericht auferlegt, bedeutet nicht eine Verkürzung oder Abschwächung seiner [...] Kompetenz, sondern den Verzicht „Politik zu treiben“, d. h., in den von der Verfassung geschaffenen und begrenzten

Raum freier politischer Gestaltung einzugreifen. Er zielt also darauf ab, den von der Verfassung für die anderen Verfassungsorgane garantierten Raum freier politischer Gestaltung offen zu halten.“ – BVerfGE 36, 1 (14 f.)

Zum Schluss sagte Frau Wallrabenstein: „Demokratie gibt nur begrenzte Macht. Diejenigen, die an der Macht sind, haben ein Interesse daran an der Macht zu bleiben. Bei Machtmissbrauch hat das Bundesverfas-

sungsgericht die Aufgabe als Korrektiv einzugreifen.“

Die Frage „Machen Gerichte genug?“ hat Frau Wallrabenstein weder mit einem klaren „Nein“, noch mit einem klaren „Ja“ beantwortet, aber das ist auch eine Frage auf die es vermutlich keine objektive Antwort gibt. Wie so oft in der Jurisprudenz bedarf es also der Abwägung im Einzelfall, ob und wie stark das Bundesverfassungsgericht „eingreifen“ muss.

## Memorial At The Großmarkthalle Frankfurt

### Summary by Lea Sikora

The Großmarkthalle, situated in Frankfurt's Ostend, functioned as a wholesale market, especially for fruits and vegetables since the year 1928 and was built by Martin Elsaesser, who was the Director of Town Planning for the City of Frankfurt am Main at the time. The market hall also contained offices and storage spaces. The architect managed to keep the temperature down in summer to 12°C by opening the side doors, which enabled a thermal air flow.

During World War 2, alongside the Messe Frankfurt, the cellar of the hall was leased by the Gestapo and used as an assembly point for Jewish citizens being deported to various concentration camps. From October 1941 until March 1945, more than 10.000 Jews were deported from the Großmarkthalle.

Frankfurt has had one of the largest and most significant Jewish communities in Germany since the Middle Ages. Prior to 1933, almost 30.000 Jews lived in Frankfurt, which constituted 6.3% of the total population. This was the largest proportion in a German city at that time. One of the reasons why the Großmarkthalle was chosen as a location is because tracks of the harbor railway ran on the river side of the market and were easily accessible. On the other hand, the basement enabled a certain amount of secrecy.

Up to 1.000 people at once were asked to arrive at the Großmarkthalle on Sunday mornings and had to get there by foot, since the use of public transportation had been forbidden for Jews by the Nazis. The families



Auf dem Weg in die Großmarkthalle: Die Gruppe besucht die Halle unter der EZB, in der die Gestapo während des Krieges die jüdische Bevölkerung versammelt hat.

had to pack their belongings, with each person being allowed to only bring one small suitcase, a woolen blanket and enough provisions to last three days. With the exception of wedding rings, the Jews were strictly forbidden to bring any items of value.

The people were brought into the basement of the hall via the ramp in the east wing. They were then subjected to a strictly organized bureaucratic process of registration, expropriation, humiliation and deprivation of their rights. Upon their arrival at first

their jewelry was taken, afterwards their house keys. At another table, the Jews were given a sequestration order, which saw all of their possessions being passed into the ownership of the Gestapo. After that, police or Gestapo officers made them pay the “travel costs” of 50 Reichsmark, before stamping their ID card as „evacuated”.

The people had to spend one night at the basement before being put on trains going east the next day. At times they had to suffer through mistreatment by the Gestapo and SA guards during their stay and even deaths were reported. The last deportation from the Großmarkthalle heading to Theresienstadt took place on the 14th of February 1945. Out of the 10.000 people, who were deported from here over the span of four years, only 176 came back to Frankfurt with a mere 578 people surviving the Holocaust.

All of this was known to the public, not only to the people working at the market hall but also to other citizens who could watch from the nearby bridge, how the trains full of people departed. But nevertheless, the daily market operations continued unabatedly.

After the European Central Bank choose to use this historical place as their seat in 2005, together with the Jewish Museum in Frankfurt, who owns the site, they decided to create a memorial.

It was decided to leave the space in the basement in its original state, while adding quotes on the floors and walls to show the timeline of the deportations. The purpose of the memorial is to commemorate these historical events, provide information about what happened and keeping the memory of the organized genocide of the Jews under the National-Socialist party alive.

On the east of the Großmarkthalle there is a concrete pathway which is accessible for the public and leads to the river Main. The flagstones on the path include quotes from Jews who were deported from the Großmarkthalle. The memorial also includes fragments of the original train tracks, linked to the path.

Each year on Holocaust Remembrance Day a commemoration ceremony takes place, where one survivor of the holocaust is invited for a speech. Just in January of 2023 a new memorial plaque on the outside wall of the Großmarkthalle has been unveiled, which sits next to the entrance of the ECB building.

The architects from Cologne renovating the building, so that it could serve as the headquarter of the European Central Bank faced a few challenges while remodeling the building. Not only did they have to pay close attention since building was an historic landmark, but another problem arose when the heirs of Martin Elsaesser claimed that the external appearance of the Großmarkthalle could not be subject to change according to moral rights, wherefore the planned alterations needed their approval.

The now existing structure of the ECB headquarter was completed in the year 2014 and perfectly incorporates the historic elements of the old market within the modern architecture of the two office towers. The Großmarkthalle now houses the more public areas of the ECB, such as the lobby, and the main entrance, exhibition areas and a cafeteria, as well as a visitor center, staff restaurant and conference area.

Nowadays, the Großmarkthalle is a unique example of the intertwining of modern architecture with a historic landmark that commemorates its dark past without the memorial overpowering the new use and liveliness of the building.

# Visit to European Central Bank (ECB): The Monetary Policy of the ECB

Julian P. Schumacher, Division Monetary Policy, European Central Bank Frankfurt

Summary by Tomer Almagor

Our visit to the European Central Bank was one of the most memorable activities we had throughout the conference. It provided us with fascinating and enlightening insights into the European economy, which in turn has great effects on the Israeli economy.

Before we entered the building it was explained to us that despite being in the heart of Frankfurt, the ECB is a separate territory. Because of its need to remain neutral and serve all European countries, it has a unique international status and “belongs” to all European countries.

Once inside, we listened to a fascinating lecture by Mr. Julian Schumacher about the monetary policy of the ECB. The lecture centered around the challenges the European economy faced in the past decade, the effects of the major events of the past few years, and the current monetary policy the bank pursues.

Firstly, the ECB is at the core of the European economic system and is responsible for the fiscal needs of 20 member states. The primary objective of the ECB is to maintain price stability throughout European markets. In parallel to this objective, the ECB also attempts to contribute to the economic goals of each individual member state and support the unique policies each member state decides to act upon.

In order to maintain price stability, the ECB steers financing conditions to ultimately influence price developments, usually through key policy rates. When official interest rates are no longer effective, the ECB uses alternative instruments to influence financial conditions. Such measures can be applied to complement policy rate actions when policy transmission is impaired, for example by increasing fragmentation risk. Additionally, these measures can be applied to add to policy rate action when policy stance is impaired, for example when policy rates are hitting rock bottom.



Gruppenausflug: Besuch der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/M

Furthermore, we discussed the ECB’s monetary policy toolkit. This toolkit includes affecting and determining interest rates throughout Europe, guiding local economies, funding and managing asset purchasing programs and targeting longer term refinancing operations.

The lecture also touched general fundamental economic principles. For example, how interest rates determined by the ECB affect consumer behavior and the economy. By lowering interest rates, the ECB encourages people to invest in the economy and promote growth. By increasing the interest rates, the ECB hopes to lower demand across the economy. This measure is usually used to tackle inflation and to stop prices from soaring.

The ECB’s current policy centers around maintaining price stability and supporting the overall economic performance of the Eurozone. The ECB aims to keep inflation at a reasonable rate. Additionally, the ECB monitors economic indicators and financial developments to assess risks and adjust its policy stance accordingly.

After the lecture we were given a brief tour of the bank and the architectural logic of it was explained to us. The architectural design of the bank is characterized by a combination of modernist and postmodernist

influences. It was primarily designed by the Viennese architectural firm Coop Himmelb(l)au, and the renovation project began in 2002 and was completed in 2014.

The exterior of the ECB building features a striking glass facade with a prominent metallic lattice structure that surrounds the entire building. The lattice is composed of steel and aluminum and serves both functional and aesthetic purposes. It helps to regulate the amount of sunlight entering the building while also providing a unique visual identity.

Later on, we were informed that during the second world war, Jews were hidden in a hiding place where the bank stands today, and that it served as a gathering point for Jews before they were sent off by the Nazis. We visited the memorial site at the Frankfurt Grossmarkthalle, and were shown the site where over 10,000 members of Frankfurt's Jewish population were transported to concentration camps by trains, and the memorial that stands there today in memory of the Holocaust.

## Separation Of Powers: A Comparative Approach - Israel And Germany

---

**Prof. Avihai Mandelblit, Attorney General of Israel 2016-2022, Israel**

Summary by Nathalie Georlette



Gewaltenteilung im israelischen Rechtssystem: Spannender Vortrag von Prof. Dr. Avichai Mandelblit, Generalstaatsanwalt a.D.

Prof. Mandelblit's lecture offered a comprehensive exploration of the unique aspects of the separation of powers in Israel, with a particular focus on the crucial role played by the Attorney General and the intricate challenges inherent in maintaining a delicate balance between the executive and legal branches. Throughout the lecture, the speaker provided valuable insights into the multifaceted significance of the Attorney General as both a gatekeeper and a public legal advisor, entrusted with the vital task of ensuring government actions adhere to the law.

The lecture began with the speaker drawing from personal experience as the Attorney General, providing firsthand insights into the complexities faced during

his tenure. Notably, two significant bills proposed by the government and the Minister of Justice were highlighted, which sought to address the role of public legal advisors. These advisors play a pivotal role in assisting political leaders in implementing policies while also serving as a check to ensure the legality and compliance of their actions. Prof. Mandelblit emphasized the responsibility of public legal advisors to promptly inform leaders when their actions stray into unlawfulness, reinforcing the principles of accountability and upholding the integrity of the legal system.

The aforementioned proposed bills were seeking to modify the appointment process of public legal advisors, raising concerns about the potential erosion of the independence and impartiality of the legal system. Prof. Mandelblit strongly opposes granting ministers greater power in selecting legal advisors, emphasizing that advisors should serve the broader public rather than acting as personal legal advisors to ministers. Transparency and upholding the principles of fairness and equity are crucial in maintaining the integrity of the legal system.

The lecture further delved into the concept of a Jewish democratic state, highlighting the core principles of freedom and liberalism that underpin its foundation. Prof. Mandelblit emphasized the importance of safe-

guarding minority rights and striking a delicate balance between majority rule and the preservation of individual liberties. Historical examples, such as Jewish resistance to the Romans, are cited to underscore the enduring significance of individual freedom as a pillar of a thriving democratic society.

Moreover, the lecture briefly touched upon legal reforms implemented in other countries, highlighting the vital role played by a robust constitution and the separation of powers in safeguarding democracy. The speaker cited the Canadian example, where a strong constitution and the protection of fundamental human rights are prioritized. This underscores the significance of a well-defined legal framework in upholding the principles of justice and equality. Although Israel lacks specific lines of defense observed in other democracies, such as a formalized constitution, a comprehensive bill of rights, or a federal structure, the lecture emphasizes that the country's strength as a democracy lies in its founding fathers, the institution of the Attorney General, and the independent judiciary.

Several historical events were mentioned to exemplify the challenges and weaknesses faced by the Attorney General's institution in Israel. These events include disputes between the Minister of Justice and the Attorney General, and cases where political influence threat-

ened the independence of the Attorney General's position. While acknowledging the importance of Meir Shamgar's chair in the public commission which was established following the Bar-On Hebron affair, Prof. Mandelblit noted that its decisions have not been adopted as law.

Prof. Mandelblit acknowledged the complex interplay between legal and political forces within Israel's political landscape. The lecture explored the delicate balance between the executive and legal branches, highlighting the pivotal role of the Attorney General in upholding legality and preserving the foundations of democracy. Through this examination, the lecture provided an understanding of the challenges involved in maintaining a robust separation of powers in Israel.

In conclusion, the lecture emphasized the significance of preserving the separation of powers in Israel, with the Attorney General at the forefront. Prof. Mandelblit advocated for a Jewish democratic state that upholds freedom, liberalism, and the protection of minority rights. The lecture opposed changes that could undermine the independence of public legal advisors and weaken the rule of law. By examining power separation dynamics, the lecture highlighted the indispensable role of the Attorney General in upholding justice and preserving democratic foundations.

## Global Climate Change Litigation

---

### Dr. Tzipi Iser Itsiq, Adv, Lipa Meir & Co., Tel Aviv

Summary by Tom Yairi

In the lecture, Tzipi Iser Itsiq discusses climate change litigation in Israel and the broader field of global climate change and environmental litigation. She begins by acknowledging the previous errors made by an AI language model in providing incorrect examples of climate change litigation cases in Israel. She emphasizes that there are currently no official judgments in climate change litigation in Israel, although there have been limited legal cases related to climate change that have not yet reached a judicial decision.

Tzipi then highlights the development of environmental protection regulation in Israel based on her research.

She notes that there has been an increase in the enactment of new environmental laws in Israel over the last decade, indicating a growing focus on environmental issues. However, she questions whether this regulatory framework is sufficient to support the growth of climate change litigation in Israel.

She moves on to discuss the legal tools used by environmental activists in Israel, including class actions, petitions to the Supreme Court, administrative court proceedings, and criminal enforcement proceedings. Tzipi shares three significant cases of environmental litigation



Klimawandel als globale Herausforderung; Dr. Tzipi Itsiq über die Situation in Israel

in Israel. The first case involves a lawsuit against the Israel Electric Corporation for its use of fossil fuels and alleged contribution to climate change. The second case is a class action lawsuit against Israel Chemicals for eco-

logical damage caused by pollution in a nature reserve. The third case pertains to a petition filed by environmental organizations against the government and a pipeline company regarding an agreement that could potentially harm the environment and limit the government's commitments to reduce carbon emissions.

Tzipi notes that while these cases involve environmental issues related to pollution and ecological damage, they are not solely focused on climate change. She emphasizes the importance of climate change-specific laws in Israel to support the development of climate change litigation. She expresses hope that the current growth in environmental litigation will extend to climate change litigation in the future, considering the government's new policies and direction. Tzipi concludes by highlighting the need for continued progress in this field and the potential for climate change litigation to address environmental concerns in Israel.

## 80 Years Since The Infamous Wannsee Conference

### Lecture by Dr. Hans-Christian Jasch, Federal Ministry of the Interior and Community; former Director of Memorial Site Haus der Wannseekonferenz, Berlin

Summary by Shahar Kalash

The Wannsee conference was held in Villa Wannsee which was used as a guest house and in 1992 became a memorial site. Its transformation into a memorial site was accompanied by many disagreements since some Holocaust survivors saw the place as a symbol of shame that should be destroyed since it was the place where the plan to destroy the Jewish people was built.

Given that the lecture was intended for lawyers, Dr. Hans-Christian Jasch stressed the importance of highlighting the Nazis' approach to the "Final Solution," the legal discourse surrounding it, and the legal mechanisms employed in the planning process. All participants at the conference were urged to act within the bounds of the law, ensuring that the path to the "Final Solution" was accompanied by legislative measures. A comprehensive overview of the events leading up to the conference illustrated the legal steps taken by the Nazis in their pursuit of the "Final Solution."

The gradual exclusion of Jews from society began with the enactment of the Nuremberg Laws in 1935. These laws included provisions defining German citizenship, effectively creating a division between those with German or close German heritage who would enjoy social and political rights, and those who would not. The concept of Aryan blood was central to these laws, with a diagram delineating the circumstances under which a person's blood would be considered Aryan or Jewish. To prove German heritage, individuals were required to present marriage certificates from previous generations and provide information about the race of their parents and grandparents. According to the law's definition, there were approximately 600,000 Jews in Germany at that time. Another law, known as the Law for the Protection of German Blood and German Honor, aimed to enforce racial segregation and preserve the pure Aryan race. Throughout this period, legislative thinkers collaborated closely with the Ministry of Justice.

Legal measures were necessary to strip Jews of their status and rights, ultimately enabling the use of force against them. It was a process that resulted in the death of their citizenship, both figuratively and literally.

One of the key figures involved in the legislation of the Nuremberg Laws was Hans Globka, who later participated in negotiations for the reparations agreement after the war. In his defense, he claimed that he had to remain in action to prevent even worse atrocities. However, what could be considered worse than the events that unfolded(?).

The initial solution to the Jewish question was forced immigration, beginning in 1938 as a territorial solution. In 1939, Germany invaded Poland, aiming to solidify its position and exterminate Polish Jews, both native and those previously deported from Germany. Unlike the relatively small number of assimilated Jews within German society, Poland had the largest Jewish community in Europe. In February 1940, the Jews were deported to concentration camps, where they were segregated based on their ability and health status, destined for either labor or extermination.

The Wannsee Conference took place on January 20, 1941, by which time the genocide was already underway. It was a detailed discussion on the regular implementation of the plans. The conference was organized with short notice, accompanied by an invitation that mentioned breakfast. Attended by 15 men and a secretary responsible for recording the minutes, the participants



Dr. Hans-Christian Jasch über die Geschichte der Wannsee Konferenz.

included academics, military personnel, politicians, and lawyers. This composition highlights the Nazis' meticulous planning of the "Final Solution," ensuring that every step was conducted in accordance with the law.

Regarding my personal experience during the lecture, I found it particularly meaningful as it bridged two important aspects of my life: being the granddaughter of a Holocaust survivor and studying law. The lecture provided me with a deeper understanding of the historical events from a legal perspective and shed light on the disturbing mindset of those involved in the extermination of the Jewish people. It was unsettling to realize how they perceived their actions as both a mission and a legally justified endeavor.

Dr. Hans-Christian Jasch's presentation further reinforced the importance of a critical, robust, and independent legal system capable of scrutinizing legislation and sounding the alarm if necessary.

## The Conquest Of The Middle Of Society By The Political Margins

**Julia Ebner, Institute for Strategic Dialogue, London**  
**Dr. Christopher Wenzl, Public Prosecutor, Frankfurt**

Summary by Alon Ali

"The most stringent protection of free speech would not protect a man in falsely shouting fire in a theatre and causing a panic. It does not even protect a man from an injunction against uttering words that may have all the effect of force" [Schenck v. United States, 249 U.S. 47, 52 (1919)].

This reference is one of the favorite references of the Supreme Court of Israel. Supreme Court judges in Israel

usually use it in constitutional cases concerning issues related to freedom of speech, Issues such as racism, LGBT, incitement to violence, terrorism, religion and more.

One of the most difficult tasks of the legal systems in democratic countries (as Israel & Germany) is finding the balance between free speech and limiting violent discourse in the media. Nowadays this challenge is



Julia Ebner vom Institute of the Strategic Dialogue analysiert, wie-  
so die Gewalt an den politischen Rändern immer mehr zunimmt.

becoming harder. Throughout history, the media was used by political actors, but the media of those times was relatively undeveloped. This fact makes it easier to control by the authorities. In the age of social media and smartphones this has become almost impossible for states. For this reason, the presence of radical groups in the media has increased. This process is called, “The conquest of the middle of society by the political margins”. The political margins are extremist groups like ISIS & neo-Nazis. They use the media for propaganda in different ways e.g.: video games, internet memes and trolling. The higher level of the extremists’ operations is called “trolling armies”, and it is through the media that these extremists established realistic physical communities (ex: Reconquista Germanica). The “trolling armies” become a global phenomenon, each of them has international members. One of the most surprising examples is that of neo-Nazi groups in North America. Although the FBI received reports of their activities, this did not lead to significant investigations, in order not to limit their freedom of speech.

The activity of these groups can be divided into two main types. The first one is of virtual threat and the sec-

ond one is of physical threat. In the first type of threat, the extremist is promoting dangerous (anti-democratic) ideas via social media: ideas against minorities groups, Islamist terror, misogyny, COVID conspiracies etc. People from the political margins use the media to influence the majority. Besides the publication of disinformation and violent content, they personally threaten members of social organizations such as Black Lives Matter, feminist, and LGBTQ movements. The second type of threat is more hazardous, because it’s physical violence. The most extreme example of this is the “January 6 United States Capitol Attack”, when Donald Trump supporters attacked the Capitol Hill to “save America” from stolen elections.

Another worrying trend is politically motivated crimes. According to the Federal German Criminal Police report in 2022, 58,000 political crimes were committed in Germany compared to 31,000 crimes in 2013 (almost a doubling). 24,000 cases of conspiracy theorists - 23,000 of them done by the right wing and only 6,000-8,000 done by left wing. The biggest challenge for the criminal law system has been to define what is considered a crime. For example, when someone wears a gamer’s t-shirt with a World of Warcraft symbol on it, but this symbol has underlying racist messaging in it, it’s difficult to prove it as propaganda which is criminally relevant.

To deal with this phenomenon, the criminal law defined several laws that give the legal system the power to fight political crimes - for instance, the German criminal law which prohibits Holocaust denial and undermining. On the one hand, this can be seen as a limitation of freedom of speech, because the standard of proof is low. On the other hand, the democratic state must sometimes reduce the individual’s freedom of speech to protect the public interest.

# The Frankfurt Auschwitz Trial 1963-1965: 60 Years After - Meeting with Gerhard Wiese, Public Prosecutor

## Gerhard Wiese, Senior Public Prosecutor (ret.), Frankfurt

Summary by Amit Rubens

“In 1962, I joined the prosecutor’s office and had the opportunity to meet Fritz Bauer, the state district attorney. Bauer was eager to meet those involved in the Auschwitz case. As reinforcements for the impending trial, my task was to compile a comprehensive list of individuals who held positions in Auschwitz, ranging from the camp commandant to the lowest-ranking soldier. Bauer intended to bring them all to justice.

Our preparations for the trial involved dividing the positions among the prosecutors, with me handling the cases of Kaduk and Bogger, the most notorious criminals. Due to time constraints, I could not thoroughly review all the files collected on them. Nonetheless, the material I skimmed through was both fascinating and disturbing.

With limited resources, we meticulously worked on the indictment, which spanned 700 pages. We began by reading the entire indictment, meticulously examining each page. Our discussions centered around various formulas and points that needed to be addressed. Despite the absence of modern office tools, we persevered, transcribing everything by hand or using an old typewriter. The deadline to complete the indictment was looming, and failure to meet it would have necessitated starting the entire process anew.

On December 20, 1963, amidst the cheerful atmosphere of the Christmas market, the trial commenced. The testimonies and evidence followed, and witnesses from various countries shared their harrowing experiences. It was a challenging ordeal for them to recall the painful memories and recount their suffering in the German language. The proceedings provided a measure of comfort as the translators skillfully conveyed the testimonies.

Many ask me if there is a story that remains deeply etched in my heart, and I can confidently say that there is. It involves the Brenner family, Dr. Brenner, who hailed from Romania. When their transport from



Berichtete von seinem ersten öffentlichen Verfahren im Auschwitz Prozess 1963: Oberstaatsanwalt a.D. Gerhard Wiese – hier umringt von Tagungsteilnehmerinnen.

Romania and Hungary arrived at Auschwitz, the family, like so many others, faced the inevitable separation. Men were directed to the left, while women and children were herded to the right. Dr. Brenner, amid the anguish of being torn from his wife and children, unexpectedly encountered a familiar face an SS officer whom he recognized. Seizing the moment, Dr. Brenner approached the officer directly, pleading, “We know each other; please help me, my wife, and my twins stay together.” Stirred by the mention of twins, the SS officer swiftly requested their presence. The twins were promptly brought to the ramp, where Dr. Mengele, notorious for his cruel experiments on twins, dismissively signaled their insignificance, and they were sent to the gas chambers. Meanwhile, Dr. Brenner was sent to the camp, where he selflessly aided fellow prisoners to the best of his abilities. This harrowing episode not only highlights the tragic separations endured by families, but it also exposes the twisted dualities within Auschwitz, where an SS officer, formerly a doctor and pharmacist named Capzius, turned into a perpetrator of unimaginable horrors.

In 1964, we organized a visit to Auschwitz with the help of Dr. Zeintz, who facilitated the necessary arrangements despite the strained diplomatic relations between Warsaw and Bonn. The visit aimed to address uncertainties

and questions raised during the trial, such as verifying the locations described by witnesses. We explored the infamous Black Wall and other areas to confirm the validity of their testimonies. Additionally, we inspected Auschwitz-Birkenau, witnessing the crematoria and ovens. The observations made during the visit were documented and became part of the indictment.

Our team decided to charge the defendants with “assistance to murder” due to our belief that the entire Auschwitz operation constituted a murder enterprise. The inclusion of this charge in the indictment elicited various reactions, especially from the defendants, who were far from amused. By August 1965, all defendants except two were convicted. We argued that even the dental doctors were complicit in the murder operation due to the overwhelming number of arrivals from Hungary during that period. Although one witness confirmed seeing one of the doctors on the ramp, the lack of testimony regarding the second doctor led to their acquittal.

The verdict was delivered, and while my colleagues moved on to other assignments, I remained steadfast in my commitment. Appeals were filed, but the Federal Supreme Court initially rejected them. However, in subsequent years, our approach gained recognition in the Munich II trial involving Demjanjuk. The acceptance of our argument regarding assistance to murder set a precedent for the prosecution of numerous SS personnel involved in the camps.

The younger generation must keep the memory of these events alive, ensuring that such atrocities are not

forgotten. The Frankfurt trials generated significant public interest, despite the notion that major trials had already taken place. Being exposed to such horrifying events as a prosecutor was undeniably challenging. However, returning home and engaging with ordinary people provided some solace.

The delay in acknowledging complicity in murder by the German justice system was not solely due to the reluctance of individual prosecutors. The lack of critical examination and self-reflection in post-war Germany contributed to the delay in holding these trials. However, the Auschwitz trial represented a turning point, marking the beginning of a more honest confrontation with the past.

The Auschwitz trial left an indelible impact on me, shaping my perspective on the legal system and the importance of seeking justice. It highlighted the need to meticulously investigate and prosecute even the most horrific crimes, never forgetting the victims and their families. Looking back, I am grateful for the opportunity to be part of the Auschwitz trial. The experience was both emotionally challenging and intellectually stimulating. It reinforced my belief in the power of the law and the responsibility of prosecutors to ensure justice prevails. The lessons learned from the Auschwitz trial continue to resonate today. As prosecutors, we have a duty to stand against all forms of injustice, no matter how difficult or complex the cases may be. We must remember the victims and work tirelessly to hold perpetrators accountable.”

# Recent Changes In Family Law Regarding Women's Rights And LGBT Rights In Israel And Germany

---

Lecture by Katrin Hesselbarth, Federal Ministry of Justice, Berlin

Summary by Alexia Frantzen

On Thursday afternoon, Kathrin Hesselbach and Hagai Kalai talked about recent changes in family law with a focus on women's and LGBT rights in Israel and Germany.

Kathrin Hesselbach is a judge at the Social Court and legal officer at the Federal Ministry of Justice in the division for law on parent and child matters, currently working on a draft of a child law reform that will soon be presented in Parliament.

She began her lecture outlining the constitutional framework of women's rights, citing Basic Law Art. 3 para. 2 and 3, stating equal rights and the prohibition of discrimination. She emphasized the importance of equality for women when the constitution was established and the fact that only thanks to Elisabeth Selbert, Art. 3 was included.

As an example for a recent court decision on equal rights, she gave the decision of the Federal Labour Court of the 16th of January 2023 that decided that better negotiation skills are not a sufficient justification for unequal pay for equal work. Latest initiatives include the agreement of the current coalition that detected domestic violence, a key consideration for the wellbeing of children, must be taken into account in contact proceedings. According to critics, especially

the violence between parents themselves is a consideration often neglected by family courts. The government is also working on a regulation of abortion outside the criminal code and evaluating legalization of egg donation and altruistic surrogacy.

In the second part of her lecture focusing on LGBT rights, the judge explained the draft on self-determination and gave an overview on the history of the Transsexuellengesetz. The Constitutional Court already declared a lot of requirements for legally changing your gender invalid, such as the requirement of unmarried state. If the draft is successful, instead of two experts' reports, only a declaration with self-affirmation at the registry office will be required. Minors before the age of 14 need the declaration of the custodians; afterwards they can make their own declaration with the consent of the custodians. Protection against involuntary outing will be provided by the prohibition of investigating and disclosing former gender entries and names.

Furthermore, the Federal Ministry of Justice is working on a draft stating that if a child is born in the marriage of two women, both women shall become legal mothers automatically. On the 16th of March 2023, the Parliament also decided on an amendment of the Transfusion Act, eliminating sexual orientation and sexual identity as valid criteria for exclusion.





# PROGRAMM – 27. Jahrestagung der DIJV/IDJV

Frankfurt am Main | 22. - 29. September 2024

## Sonntag, 22. September 2024

19.30 **Get together und Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Dr. Lothar Scholz, Vizepräsident der DIJV**

## Montag, 23. September 2024

09.00 **Begrüßungen**

10.00 **Ein dreiviertel Jahrhundert Verfassung und Verfasstheit in Deutschland und Israel**  
**Festvorträge**

**Prof. Dr. Stephan Harbarth**, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe

**Uzi Vogelmann**, Amtierender Präsident des Supreme Court of Israel, Jerusalem

11.30 **Pause**

12.00 **Session 1**

**Die Bedeutung der Paulskirche für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland**

**Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Grimm**, Richter des BVerfG a.D., Berlin

13.00 **Mittagessen**

14.00 **Session 2**

**Schutz der Demokratie vor Antidemokraten**

**Besetzung der Gerichte in Deutschland und Israel**

**Dr. Miriam Meßling**, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe

**Prof. Dr. Yoram Danziger**, Justice (ret.), Supreme Court of Israel, Tel Aviv

**Bedarf es einer Stärkung der Resilienz des Bundesverfassungsgerichts?**

**Prof. Dr. Michael Eichberger**, Richter des BVerfG a.D., Ladenburg

**Schutz der Verfassung durch Bundesbehörden**

**Thomas Haldenwang**, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Köln

**Demokratie in Kriegszeiten: Die israelische Erfahrung**

**Amit Becher**, Präsident der Israel Bar Association, Tel Aviv

15.30 **Pause**

16.00 **Fortsetzung Session 2**

## Dienstag, 24. September 2024

09.00 **Begrüßung**

**Dr. h.c. Udo Corts**, Vorsitzender des Beirates Deutsche Vermögensberatung  
Aktiengesellschaft, Frankfurt

09.10 **Session 3**

**Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach 1945**

**Dr. h.c. Georg Falk**, Vorsitzender Richter am OLG a.D., Frankfurt

10.00 **Pause**

10.30 **Session 4**

**Der Frankfurter Auschwitz Prozess 1963-1965: Zeitzeugengespräch mit Ankläger Gerhard Wiese**

**Dr. h.c. Gerhard Wiese**, Oberstaatsanwalt a.D., Frankfurt

**Dr. Christopher Wenzl**, Oberstaatsanwalt bei der Europäischen Staatsanwaltschaft, Frankfurt

12.00 **Law in Times of Crisis: Festschrift für Prof. Dr. Yoram Danziger**

Laudatio: **Prof. Dr. Eric Hilgendorf**, Universität Würzburg

12.30 **Mittagessen**

13.30 **Session 5 - In Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und der  
Rechtsanwaltskammer Frankfurt/M:**

**Kapitalbeteiligung an Anwaltskanzleien in Deutschland und Israel**

**André Haug**, Rechtsanwalt und Vizepräsident der Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin

**Dr. Hans-Christian Hauck**, Rechtsanwalt und Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main

**Guy Segalovitch**, Rechtsanwalt und Notar, Israel Bar Association, Tel Aviv

Moderation: **Dr. Wulf Albach**, Rechtsanwalt und Notar, Vizepräsident der

Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main

14.30 **Kaffeepause**

15.00 **Session 6**

**Die Rechtspolitik zur sexuellen Diversität in Israel und Deutschland:**

**Veränderungen und Trends für die Zukunft**

**Dina Zilber**, Rechtsanwältin, ehem. Generalstaatsanwältin des Staates Israel, Tel Aviv

**Dr. Ralf Kleindiek**, Rechtsanwalt, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium a.D., Berlin

16.30 **Von der Kristallnacht bis zum 7. Oktober: Die persönliche Geschichte eines  
Überlebenden**

**Paul Alexander**, Rechtsanwalt und Notar, Ra'anana

## Mittwoch, 25. September 2024

- Das Selbstverteidigungsrecht Israels und die Folgen des 7. Oktober**  
09.00 Session 7  
**Aktivität der Terrororganisation Hamas und die Inhaftierung von Terroraktivisten der Hamas in Israel**  
**Prina Sharvit Baruch**, Rechtsanwältin, Institute for National Security Studies, Tel Aviv
- 10.00 Pause
- 10.30 **7. Oktober 2023 - Vier junge Teilnehmende aus Israel erinnern sich**  
11.00 Session 8  
**Auswirkungen des 7. Oktobers auf den Genozid-Begriff - Zur deutschen Unterstützung Israels vor dem Internationalen Gerichtshof**  
**Prof. Dr. Julia Geneuss**, Hochschulprofessorin an der Universität Bremen, Bremen  
**Prof. Dr. Avichai Mandelblit**, Dean of the Law Faculty, College of Law and Business, Ramat Gan und Generalstaatsanwalt des Staates Israel von 2016 bis 2022, Petach Tikva
- 12.30 Mittagessen
- 14.00 Session 9  
**Bring Them Home Now! – Das Schicksal der Geiseln der Hamas**  
**Dr. Shelly Aviv Yeini**, Head of Legal Team, The Hostage and Missing Families Forum, Tel Aviv  
**Dr. Hans-Jürgen Förster**, Rechtsanwalt, Bundesanwalt a.D., Lübeck
- 15.00 Pause
- 15.30 Session 10  
**Ermittlungsverfahren des Internationalen Strafgerichtshofs in Folge des 7. Oktobers**  
**Dr. Gilad Noam**, Stellvertretender Generalstaatsanwalt des Staates Israel (International Law), Jerusalem  
**Dr. Ronen Steinke**, Autor und Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Berlin
- 16.30 Session 11  
**Über die Rolle und Bedeutung des humanitären Völkerrechts im Gaza-Krieg**  
**Prof. em. Dr. Emanuel Gross**, Netanya Academic College School of Law, Herzliya  
**Prof. Dr. Christian Walter**, Lehrstuhl für Völkerrecht und Öffentliches Recht, Ludwig-Maximilians-Universität, München  
Moderation: **Dr. Susanne Wasum-Rainer**, Botschafterin a.D., Berlin

## Donnerstag, 26. September 2024

- 09.00 Session 12  
**Bedrohung für die Demokratie: Die Ausbreitung populistischer und extremistischer politischer Tendenzen und ihre Bekämpfung**  
**Uwe Becker**, Beauftragter der hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus, Wiesbaden  
**Prof. Dr. Tamar Hostovsky Brandes**, Law Faculty, Ono Academic College, Kiryat Ono  
**Dr. Nils Lund**, Staatsanwalt, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt, Frankfurt/Main
- 10.30 Pause
- 11.00 Fortsetzung
- 12.00 Mittagspause
- 13.30 Session 13  
**Podiumsdiskussion:**  
**Antisemitismus in Kultur und Universitäten - Ein neues 1968?**  
**Prof. Dr. Julia Bernstein**, Frankfurt University of Applied Sciences, Frankfurt/M  
**Daniel Cohn-Bendit**, Publizist, Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., Frankfurt  
**Prof. Dr. Meron Mendel**, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt  
**Prof. em. Dr. Natan Sznaider**, Soziologe und Publizist, Tel Aviv  
Moderation: **Sabine Porn**, Journalistin, Berlin
- 15.00 Pause
- 15.30 Session 13 Fortsetzung

## Freitag, 27. September 2024

- 09.00 Session 14  
**Künstliche Intelligenz in der rechtlichen Welt: Anwendungen und Tendenzen in der Zukunft**  
**Marieke Merkle**, Rechtsanwältin, München  
**Susanne Wetzel**, Präsidentin Amtsgericht Frankfurt, Frankfurt/M  
**Sigal Meged-Rosen**, Advocate, Association of Corporate Counsels in Israel, Tel Aviv
- 10.30 Kaffeepause
- 11.00 Session 15  
**Verarbeitung von Gesundheitsdaten und deren Nutzung zu Forschungszwecken**  
**Dr. Kristina Schreiber**, Rechtsanwältin, Köln  
**Prof. Dr. Siegal Sadetzki**, Chief Epidemiology Officer Briya Ltd., Tel Aviv
- 12.30 Mittagessen
- 14.00 Mitgliederversammlung
- 16.30 Zeremonie und Kranzniederlegung an der Gedenkstätte Börneplatz
- 19.30 Shabbatdinner

## Samstag, 28. September 2024

- 10.00 Begleitprogramm: Stadtspaziergang durch Frankfurt

## Sonntag, 29. September 2024

Abreise

# Die Bedeutung der Paulskirche für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland

---

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Grimm, Richter des BVerfG a.D., Berlin

Protokoll von Marius Gappa

Prof. Grimm, Richter am BVerfG a.D., sprach am 23.09.2024 in Frankfurt am Main über die Paulskirchenverfassung. Er gliederte seinen Vortrag in zwei Teile.

Der erste Teil fasst die deutsche Verfassungsgeschichte zwischen französischer Revolution und Paulskirchenverfassung zusammen:

Zu Beginn der französischen Revolution stellten die meisten Deutschen Feudalismus und Adelsprivilegien nicht in Frage, was Grimm auch mit dem aufgeklärten Absolutismus erklärt. Dieser Absolutismus unterschied die deutschen Staaten von Frankreich.

Napoleon brachte geschriebene Verfassungen nach Deutschland, die dem Vorbild seines Staates folgten: keine Demokratie und weniger Rechtsstaat als die Revolutionäre zuvor erkämpft hatten.

Grimm teilte die Verfassungsgeschichte nach der Franzosenzeit in drei „Verfassungswellen“; Phasen, in denen viele geschriebene Verfassungen in Kraft traten: Die erste Verfassungswelle begann am Ende der Befreiungskriege (1813-1815). Denn viele Deutsche empfanden die Befreiungskriege als Leistung, die sie zu einer Verfassung berechtigte. Die Herrschaft Napoleons prägte diese Verfassungen: Die Staatsgewalt ging vom Monarchen aus und war kaum gebunden. Die Verfassungswelle ebte ab, als die Restauration weiter erstarkte.

Die zweite Verfassungswelle erreichte Deutschland mit den Revolutionen von 1830, bestätigte die Monarchie aber als Herrschaftsform. Preußen und das Habsburgerreich blieben unberührt.

Die dritte Verfassungswelle kam 1848 mit der Märzrevolution, die aus Frankreich überschwappte. Sie brachte die Paulskirchenverfassung und Verfassungen in allen deutschen Staaten.

Was ermöglichte die Märzrevolution? Deutschland am Vorabend der Märzrevolution ähnelte Frankreich am Vorabend seiner ersten Revolution: Das Bürgertum erstarkte; die Arbeiterschaft entstand; Bauern missfielen feudale Relikte. Soziale Anliegen motivierten sie zur Revolution. Die Revolutionäre lösten den Deutschen Bund auf, erzwangen Verfassungen in den deutschen Staaten und ein Männerwahlrecht. Die Gewählten kamen zur Paulskirche, um ganz Deutschland eine Verfassung zu gegeben. Dort versammelten sich vor allem Juristen und Bildungsbürger, selten Bauern und keine Arbeiter.

Wollten die Gewählten Demokratie? Grimm unterscheidet zwischen den Fraktionen: Konservative und Liberale wollten keine Demokratie. Liberale zielten auf Grundrechte, Gesetzesbindung und eine parlamentarische Monarchie, wobei Naturrechte keine Rolle spielten. Von den Liberalen stritten Linke und Konservative darum, wer die Regierung bestimmen sollte: Monarch oder Parlament. Es gab auch Fraktionen, die Demokratie oder eine Republik wollten.

Liberale und Demokraten setzten einen kleindeutschen Kompromiss durch, der ungeschrieben von der Souveränität des Volkes ausging: Den Monarchen bestimmte einmalig eine Wahl. Danach war die Krone erblich. Der Monarch kontrollierte die Exekutive. Das Parlament beschloss die Gesetze, wobei es ein Veto des Monarchen überstimmen konnte. Die Deutschen erhielten 60 Grundrechte. Das Reichsgericht betrat Neuland, indem es Gesetze kontrollieren konnte.

Warum scheiterte die Paulskirchenverfassung? Weil die Revolution sich spaltete. Die Arbeiter hielten ihre Anliegen für ungelöst und revoltierten erneut. Darauf verbündeten sich die Liberalen mit den Monarchen und stoppten die Märzrevolution. Als Errungenschaften überdauerte das Ende des Feudalismus und die Verfassungen in den deutschen Staaten.

Im zweiten Teil beurteilt Grimm die Bedeutung der Paulskirchenverfassung: Sie stiftete eine gesamtdeutschen Demokratietradition.

Unmittelbar entmutigte die Restauration aber die Anhänger der deutschen Einheit: Undenkbar schien eine Einheit gegen den Willen der Fürsten. Die Reichsgründung brachte die Einheit von oben, wobei die kleindeutsche Lösung als Makel galt, wie schon bei der Paulskirchenverfassung (vgl. z.B. noch die österreichische Verfassung von 1922).

Die Verfassungen machten nur bei der Gesetzesbindung der Verwaltung Fortschritte und den Verwaltungsgerichten. Grundrechte hielt die herrschenden Staatsrechtslehre für eine überholte Denkweise von der Gesetzesbindung. Zugleich reformierte Bismarck die Sozialpolitik. Der Erfolg der Märzrevolution hätte eine solche Sozialpolitik wohl verhindert, wenn sie denselben Verlauf genommen hätte, wie andere bürgerliche Revolutionen in Europa.

Grimm wendet dann den Blick auf die Demokratien des 20. Jahrhunderts: Für die Weimarer Reichsverfassung (WRV) war die Paulskirchenverfassung nicht prägend. Die WRV errichtete eine Republik, in der das Parlament die Regierung stürzen konnte. Die Republik war aber

nicht rein parlamentarisch. Die Märzrevolution hatte keine breite Akzeptanz für die Demokratie gestiftet. Die meisten Deutschen waren enttäuscht, dass die WRV harte Friedensbedingungen nicht abwenden konnte, und mochten die Verfassung nicht.

Das Grundgesetz (GG) bezog sich auf die WRV, nicht die Paulskirchenverfassung und die Deutschen akzeptierten das GG mehr als die WRV. Hat das etwas mit der Paulskirche zu tun? Grimm nuanciert. Demokraten bezogen sich auf die Tradition der Paulskirche, weshalb man sie schnell wiederaufbaute und bis heute streitet, ob sie historisch zu rekonstruieren ist. Ihr Inhalt strahlte nur zum Teil aus: Die Grundrechte stimmen teils wörtlich mit dem GG überein; die Staatsorganisation rezipierte kaum jemand; wenige beachteten den Entwurf eines Verfassungsgerichts.

Schließlich erklärt Grimm dann noch eine deutsche Besonderheit mit der Paulskirchenverfassung: Politik gilt eher als Verfassungsvollzug.

Das Bundesverfassungsgericht agiert selbstbewusst und die öffentliche Debatte kreist schnell um Verfassungsfragen. Grimm erklärt dies mit der Wende zum Rechtsstaat, die begann, nachdem die Paulskirchenverfassung scheiterte.

## Judicial Appointments In Israel And Germany

---

Dr. Miriam Meßling and Prof. Dr. Yoram Danziger

Summary by Aya Kador

### Germany's Judicial Appointment System

Germany's judicial system, particularly the Federal Constitutional Court, serves as the central authority on constitutional issues. With over 22,000 judges across various levels, the system ensures democratic principles and judicial independence is maintained. The structure of judicial appointments in Germany reflects a careful balance between the judiciary and the political establishment, with mechanisms to preserve judicial integrity and prevent political influence.

Germany's post-World War II judicial framework emerged as a response to the abuses of the Nazi regime, with a strong focus on safeguarding the rule of

law. The Federal Constitutional Court was founded with the objective of protecting the rights of individuals and minority groups, even against majority decisions. The court functions as a crucial check on governmental power and ensures that laws align with democratic values.

Judicial appointments in Germany are made through a collaborative process involving both the judiciary and the executive branches. Judges for higher courts, including the Federal Constitutional Court, are selected by a combination of state ministers and members of the federal legislature, requiring a two-thirds majority vote. This process ensures political consensus



Schutz der Demokratie vor Antidemokraten: Über die rechtlichen Möglichkeiten berichten aus Deutschland Dr. Miriam Meßling und aus Israel Prof. Dr. Yoram Danziger.

and prevents any single political faction from dominating judicial appointments.

A core principle in Germany is that judges must remain independent from political influence. For example, Federal Constitutional Court judges are appointed for a single term without the possibility of reappointment, minimizing the risk of political loyalty. Additionally, the judiciary does not have a direct role in selecting its own members, ensuring that appointments are not skewed by internal biases or self-perpetuation.

Germany's system seeks to maintain diverse perspectives within the judiciary, preventing any single ideology from dominating the courts. This diversity, combined with the structural safeguards, bolsters public trust in the judiciary's impartiality and independence.

### Israel's Judicial Appointment System

Israel's system for appointing judges has been the subject of significant debate, particularly in light of proposed judicial reforms that could alter the balance of power between the judiciary and other branches of government. The current system was designed by Pinhas Rosen, Israel's first Minister of Justice, with the goal of protecting judicial independence from political interference.

Judges in Israel are appointed by the Judicial Selection Committee, which consists of nine members: three Supreme Court judges, two government ministers, two members of the Knesset, and two representatives of the Israeli Bar Association. This composition ensures rep-

resentation from the executive, legislative, and judicial branches, as well as from the legal profession. However, the committee has been criticized for allowing judges and lawyers to dominate the selection process.

Until 2008, judicial appointments in Israel required only a simple majority within the committee. To address concerns about potential biases, the law was amended to require a special majority of seven out of nine votes to appoint Supreme Court justices. This change aimed to foster broader consensus and reduce the influence of any single group.

Israel's judiciary plays a critical role in safeguarding democracy, especially in a country without a formal constitution. Israel's Basic Laws, which serve as constitutional legislation, can be amended by a simple majority in the Knesset, and the country has a unicameral legislature, lacking a second chamber to provide additional checks on the government. As a result, the judiciary has become a vital check on legislative and executive powers, often defending minority rights and preventing governmental overreach.

Critics argue that Israel's Supreme Court has too much power, accusing it of judicial activism and calling for the appointment of more conservative judges. In opposite, supporters of the current system emphasize the importance of an independent judiciary in a politically volatile environment, where the protection of civil rights and democratic values is paramount.

### The Proposed Judicial Reform in Israel

In recent years, judicial appointments in Israel have become even more controversial due to proposed reforms led by Yariv Levin, the current Minister of Justice. Levin, a senior figure in Prime Minister Netanyahu's Likud party, has been a vocal critic of Israel's judiciary, arguing that it wields excessive power, particularly in overturning government decisions. His reforms seek to overhaul the judicial selection process, reducing the influence of judges and lawyers while giving elected officials greater control over appointments.

Levin's primary proposal is to alter the composition of the Judicial Selection Committee, giving the government a clear majority. This change would allow the gov-

ernment to appoint judges without needing consensus from opposition parties or judicial representatives. Levin argues that this reform would correct what he views as an imbalance in power between the judiciary and the government, making the courts more accountable to the public and preventing unelected judges from blocking the will of the people's representatives.

Opponents of Levin's reforms, including legal scholars, former judges, and members of the opposition, warn that these changes could undermine the judiciary's independence and weaken Israel's democratic foundations. They argue that politicizing the judicial appointment process could lead to judges being selected based on political loyalty rather than merit, eroding

public trust in the courts and diminishing their role as a check on executive power. Critics fear that such reforms would result in a judiciary more aligned with the government, reducing its ability to protect minority rights and act independently.

The debate over Levin's reforms reflects broader tensions in Israeli society regarding the role of the judiciary in a democratic state. While supporters of the reforms claim they are necessary to restore democratic balance and curb judicial activism, critics view the changes as a threat to the rule of law and judicial independence. The outcome of this debate will have profound implications for the future of Israel's democracy and its system of checks and balances.

## Democracy In Times Of War: The Israeli Experience

---

**Amit Becher, President of the Israel Bar Association, Tel Aviv**

Summary by Itai Ben Shalom

The past year in Israel has been tumultuous. It began with the events of "Black Saturday", and the abruption of a war. I define it as a war for the survival of our country. For it is impossible to live alongside terrorist organizations whose objective is the annihilation of communities and the perpetration of genocide. Accordingly, we find ourselves in a reality where tens of thousands of Israelis are displaced from their homes. The reality in which the State of Israel is fighting on multiple fronts, both in the south and the north of the country, is exceedingly challenging. The challenges are both social and legal and emphasizes the difficulties that democracies encounter in times of war.

In the military context, there is a concern about the "convergence of fronts". This is also true for the struggle for the sustain of the democracy. One front in this struggle relates to the challenges faced by any law-abiding democratic state that engaged in a fight for survival against terrorist organizations committing war crimes. The challenge concerns the maintenance of the law itself. It is important to note that Israel is a law-abiding democratic state. It adheres to the rules of war and international law. It ensures that its actions are in close consultation with independent legal counsel. It enforces the law and conducts investigations into violations,

including against soldiers and civilians when there is suspicion of wrongdoing. It must be remembered that the stakes involved influence legal dilemmas, complicating them even further than they usually are.

The second front that democratic Israel faces in this war is the challenge of safeguarding civil rights against governmental actions. As it's well known, the court attempts to balance the various rights. During wartime, there are two processes that threaten to undermine these rights. The first is the shifting of the balance between the different values, with an increased emphasis on public order and safety. The decisive point shifts according to the unique circumstances of the conflict. In November, amid the war, for instance, the police prohibited demonstrations and rallies in Umm al-Fahm against the war. The Supreme Court upheld the police's position (in part due to a shortage of officers and concerns over violent outbreaks). Nonetheless, in that very ruling, the court emphasized that freedom of protest is a supreme value that must be preserved in a democracy. Indeed, protests continue to take place in Israel on distinctly political issues. Thus, the various balances shift and may lead to violations of human rights.

The second process that may occur during wartime and affect various rights is the exploitation of the situation by the government to diminish human rights and suppress dissent. The “level of anxiety” during wartime increases, allowing the government to intimidate the public more easily and justify violations of human rights through fear. A government that is not committed to a substantive democratic ethos will often employ rhetoric of “disloyalty” against those who seek to protest. Unfortunately, we are witnessing such phenomena in Israel amid the ongoing conflict. The good news is that gatekeepers are diligent in upholding various rights. Nevertheless, we are concerned about the processes occurring within the Israel Police. It is no secret that the minister of national security, that oversees the police, is one of the more extreme figures in the political framework and holds anti-democratic views. And yet, even in this case, the Israeli democracy stands firm and “fights back”. Legal officials and senior police officers, committed to the rule of law, oppose the minister.

The third front that democracy in Israel faces is the attempts that began even before the war, manifested in the “Judicial Reform,” which sought to unilaterally change the rules of the game. The primary goal of this initiative was to weaken the judicial system alongside politicization of the judiciary, aiming to uphold control over it. Considering the lack of formal protections in the Israeli democracy over its own democracy, there is a concern that the Reform will damage the separation of power.

Several factors have historically preserved Israeli democracy and enabled its development. The first factor is the high quality of the courts and the selection process for judges, which has led to the appointment of independent judges. Trust in the courts remains high. Even today, although the trust in the judicial system has diminished, it is still high compared to the public’s trust in other branches of government. This has enabled a peaceful transition of power according to democratic rules, judicial review of unreasonable decisions, fight corruption, and promoting human and individual rights.

The second factor that has maintained democracy in Israel is the institution of the “Legal Adviser to the Government”, which also enjoys independence. The

role of the Legal Advisor is to define when the government acts lawfully and unlawfully. Another factor that has preserved democracy over the years is a culture of law adherence. This culture included the understanding that the court’s word is final. This understanding has guaranteed substantive democracy. However, this perception has eroded in recent years. As part of the attempt to weaken judicial review, there has been an effort to change the selection mechanism for judges. Such a change would have guaranteed dismantling of democracy. Given the challenges and threats posed by this attempt, the lawyers on Israel have made a clear statement against the Judicial Reform. An unprecedented majority of lawyers vote against the initiative, alongside a broad public that supported them. Two members from the Israeli’s Bar Association, who act in the spirit of judicial independence and opposition to political takeover were elected to the committee. The struggle continues. Politicians are attempting to remove the said representatives from the judges’ selection committee. But they will fail.

There is a connection between all fronts in the struggle for democracy. This creates a vortex in which everything collides. Nevertheless, when examining democratic states during times of war and crisis, the extreme situation that the State of Israel finds itself in serves as a valuable test that reflects its democratic resilience. The State of Israel stands firm in the face of this challenge. I am confident that we will emerge from this period strengthened, setting a model for all democratic nations.

I pray for the safety of IDF soldiers, for the return of the displaced to their homes, and for the safe return of the hostages. I pray and demand that the government will work to bring back the hostages. There is nothing more Zionist than the return of hostages.

# Der Frankfurter Auschwitz Prozess 1963-1965: Zeitzeugengespräch mit Ankläger Dr. Gerhard Wiese und Dr. Christopher Wenzl

---

## Protokoll von Hanna Kull

Am 24.09.2024 trafen sich Dr. Gerhard Wiese und Dr. Christopher Wenzl um im Rahmen der vierten Session der DIJV-Tagung 2024 in Frankfurt am Main über den Frankfurt Auschwitz-Prozess zu sprechen.

Gerhard Wiese wurde am 26.08.1928 in Berlin geboren. Gegen Ende des zweiten Weltkriegs war er als Flakhelfer tätig und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr begann er Jura in Berlin zu studieren und wechselte im Jahre 1951 an die Frankfurter Goethe Universität. Hier traf er 1956 im Rahmen seines Rechtsreferendariats erstmals auf Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Bauer hatte bestimmt, dass sich alle unter ihm arbeitenden Referendar\*innen persönlich bei ihm vorzustellen hatten. In dem verrauchten Büro des Generalstaatsanwalts tauschte man Zigaretten und Meinungen über das Schicksal der Berliner Gedächtniskirche aus, als Bauer erfuhr, dass Wiese aus Berlin stammte.

Sechs Jahre später wurde Wiese von Bauer von einem Buchstabendezernat in das Anlageteam des Frankfurter Auschwitz-Prozesses umgesetzt, wo er bei dessen Vorbereitung, insb. bei dem Verfassen der Anklageschrift, mitwirken sollte. Die Ermittlungsakte bestand aus 50 Bänden sowie Sonderheften für jeden der 22 Angeklagten. Am 16. April 1963 reichte Wiese zusammen mit seinen Kollegen Joachim Friedrich und Georg Friedrich Vogel die 700 Seiten umfassende Anklageschrift, die sie zuvor ohne die heute als selbstverständlich erachteten technischen Hilfsmittel Stück für Stück zusammengesetzt wurde, bei dem Landgericht Frankfurt am Main ein.

Wenn auch nicht direkt damit betraut, beschäftigte auch Wiese die Frage, wo genau über die Schuld oder Unschuld der 22 Angeklagten verhandelt werden sollte. Das Landgericht hatte für ein Verfahren dieser Größenordnung schlicht keine ausreichenden räumlichen Kapazitäten. Die Zeit drängte allerdings und das Verfahren musste zwingend noch im Jahre 1963 beginnen,



Erinnert sich an jedes Details seines ersten Anklageprozesses und beeindruckte die Tagungsteilnehmer: Dr. Gerhard Wiese, Staatsanwalt im Frankfurter Auschwitz Prozess 1963 bis 1965 – hier im Gespräch mit Oberstaatsanwalt Dr. Christopher Wenzl (links).

wenn es nicht einer anderen Kammer zugeteilt werden sollte. Es fand sich schließlich eine Lösung und so begann der erste Frankfurter Auschwitzprozess unter der Leitung des Richters Hans Hofmeyer am 20. Dezember 1963 im Saal der Stadtverordneten im Frankfurter Römer. Wiese erinnert sich gut daran, wie draußen der Weihnachtsmarkt mit seinen Gerüchen und „Gedudel“ tobte, während drinnen der größte Strafprozess der Nachkriegszeit in Deutschland stattfand. Im April 1964 zog das Gericht in den Saalbau Gallus um.

Im Gericht saßen die Angeklagten mit ihren Verteidigern wie gewohnt auf der linken Seite. Äußerlich beschreibt Wiese die Angeklagten als völlig unauffällige, schlichte normale Bürger. Da sie nicht bestreiten konnten, dass sie in Auschwitz waren, beschränkte sich ihre Verteidigungsstrategie darauf, dass sie vor Ort nichts Unrechtes getan hätten. Geständnisse gab es nicht. Wiese und seine Kollegen hatten sehr gehofft, dass zumindest einer der Angeklagten aufstehen und zugeben würde, dass Unrecht geschehen ist, aber vielmehr das Gegenteil war der Fall. Alle Anwesenden mussten die törichtesten Einlassungen der Angeklagten ertragen.

Niemand hatte etwas gesehen oder gewusst und auch gesagt hatte man ihnen nichts.

Besonders schwer muss dies für die unzähligen Zeug\*innen gewesen sein, die bei entsprechender Reisefähigkeit auch und insbesondere aus Israel anreisten. Dabei war die Situation ohnehin schon schwer genug in das Land der Täter\*innen, wo überall um sie herum deutsch gesprochen wurde, zurückkehren zu müssen und dort mit der eigenen schmerzlichen Vergangenheit konfrontiert zu werden. Wiese ist dabei insbesondere ein Zeuge in Erinnerung geblieben: Herr Dr. Mauritius Berner. Dieser wurde im Rahmen der sog. Ungarn-Aktion von Rumänien aus mit seiner Frau und seinen drei Kindern, zwei davon Zwillinge, nach Auschwitz deportiert. Auf der Rampe sprach er einen ihm aus Rumänien bekannten SS-Mann an, Apotheker Victor Capesius, und bat um Hilfe, damit er mit seiner Frau und den Kindern zusammenbleiben konnte. Als dieser das Wort Zwillinge hörte, winkte er sofort den ebenfalls zu diesem Zeitpunkt auf der Rampe tätigen Dr. Mengele heran. Dieser winkte jedoch bloß ab. Dr. Berners Frau und die Kinder sind daraufhin sofort in der Gaskammer ermordet worden, während er selbst Auschwitz als Lager-Arzt überlebte. Laut Wiese herrschte nach dieser Aussage „Totenstille“ im Saal und es dauerte eine ganze Weile, bis wieder „Leben“ in den Sitzungssaal kam.

Hinsichtlich der Urteilsverkündung sind Wiese dann vor allem die äußerst niedrigen Strafen in Erinnerung geblieben. Auch gelang es den Anklägern nicht, das Gericht davon zu überzeugen, es nicht zu einer „Atomisierung“ der ungeheuerlichen Menschheitsverbrechen kommen zu lassen. Die Idee war, Auschwitz als Gesamtverbrechen zu betrachten, bei dem niemand mitmachen durfte, ohne selbst schuldig zu werden. Dafür war es von herausragender Wichtigkeit, den industriellen Charakter des Mordens in Auschwitz zu rekons-

truieren. Darin liegt sodann auch der große Verdienst des Auschwitz-Prozesses, nämlich den Gesamtvorgang der Shoah in aller Klarheit festzustellen und damit auch Zeugnis gegen jedes Leugnen abzulegen. Wie angedeutet, verkannte das Gericht in der Urteilsbegründung dann allerdings eben diese Dimension von Auschwitz als industrielle Vernichtungsmaschinerie, wenn es davon spricht, eine Verurteilung sei nur dann möglich, wenn eine konkrete Einzeltat nachzuweisen sei. Dass dies in einem Lager wie z.B. Auschwitz aufgrund dessen komplexer Struktur und den daran anschließenden rechtlichen Probleme nahezu unmöglich ist, blieb unberücksichtigt. Daher rückten insbesondere Exzess-taten in den Vordergrund, bei denen nachgewiesen werden konnte, dass die Beschuldigten eigenmächtig als Täter oder Gehilfen gehandelt hatten. Diese Rechtsauffassung bestätigte 1969 auch der 2. Strafsenat des BGH in seinem Revisionsurteil; beruhend auf der Revision, die Wiese geführt hatte. Es war ihnen nicht gelungen, das Gericht von ihrer Theorie zu überzeugen. Es blieb dabei, dass nicht jede Person, die in das Vernichtungsprogramm des Lagers eingegliedert war und dort irgendwie anlässlich dieses Programms tätig wurde, für alles, was aufgrund dieses Programms geschah, verantwortlich sein konnte. Damit sollte der Weg der justiziellen Ahndung von NS- Verbrechen für die kommenden Jahrzehnte vorgegeben sein. Erst 2011 kam es im Rahmen der Verfahren gegen Iwan Demjanjuk und später gegen Oskar Gröning zu einer Abkehr von der einzeltatbezogenen Betrachtungsweise in den komplexen, hierarchischen Lagerstrukturen hin zu einer gesamtatbezogene Betrachtungsweise. Aber auch wenn Demjanjuk, Gröning und einige weitere über 60 Jahre nach Begehung der Taten noch für begangenes Unrecht belangt werden konnten, bleibt die Frage wie viele Täter\*innen es hätten mehr sein können, wenn die Gerichte der Theorie Bauers, Wieses und Co. unmittelbar in den 60er Jahren gefolgt wären.

# Law In Times Of Crisis: Publication In Honor Of Prof. Dr. Yoram Danziger

**Prof. Dr. Eric Hilgendorf, University of Wuerzburg**

Summary by Ben Simanovsky

We discussed the constitutional crisis in Israel. With the Hamas attack on October 7th, an additional crisis emerged that threatens the existence of Israel and Israelis within their borders. We must consider all opinions on this matter. Furthermore, since the war began, there has been a significant increase in antisemitic incidents, facts that the extreme right denies. The Jewish historian Michael Wolffsohn recently stated that until now, the focus has not been on extreme Islam and the extreme left, with the main discourse being about the resurgent extreme right. We must not beautify reality; antisemitism comes from all sides, including from immigrants who have arrived in Germany. An example of cooperation between Germany and Israel can be found in this association, Germany-Israel. Danziger's initiative, who visits Germany and has good, close connections, is a clear expression of the relationship between the two countries.

When Danziger joined the Supreme Court, he represented liberal and secular views. These positions have led him to conflicts with the government in recent years. He is considered one of the most prominent representatives safeguarding human dignity and human rights. His resignation from the Supreme Court left a void. He currently lectures at Tel Aviv University.

Dear Yoram, it is a great honor to greet you. We appreciate and admire you and are delighted about the book being published in your honor.

## **Prof. Dr. Yoram Danziger, Justice (ret.), Supreme Court of Israel, Tel Aviv**

After the moving lecture, we are all emotional from what we heard earlier in the previous panel. In the life of an older person, there are exceptional cases where one meets friends for life. A decade ago, I had the privilege of meeting a new friend, Eric. I have been a guest lecturer several times at the University of Würzburg during the summer semester, where lawyers from all over the world participate. What is special about this course is that it brought together students from around



Ehrung für Prof. Dr. Yoram Danziger, Supreme Court-Richter a.D.: Für seinen unermüdlichen Einsatz zur Aussöhnung zwischen Israel und Deutschland überreicht Prof. Dr. Eric Hilgendorf (rechts) seinem Freund die Festschrift, die zu seinen Ehren herausgegeben wurde.

the world in English. This was important for creating diverse law students, hoping that these relationships would continue for many years and across the world.

All these lectures have found their place in the book edited by Professor Hilgendorf, which is now being published. Many of my visits were joined by my family members, my wife, and children. My son Jonathan joined one of the visits and exhibited his work in the wine cellar beneath the Faculty of Law. The place belonged to a wine merchant and insurance man in the USA. It is a fascinating site to visit after being renovated with university funding.

Over the years, we became friends with Eric's wife. We were guests in their enchanting home, filled with artworks created by Ursula, who is a brilliant artist. The house has a huge library with copies of books hundreds of years old, including books depicting all tortures, including drawings of tortures that were common in Germany hundreds of years ago.

Professor Hilgendorf has participated in many conferences at Tel Aviv University. There is professional, academic, and friendly cooperation here. Professor Hilgendorf's initiative was made in honor of my 70th birthday. Unfortunately, we were unable to hold the event in Israel for understandable reasons. The articles in the book are

composed of letters from Israeli and German lecturers. The title of the book seems inappropriate today. We are at war, and the period that began on January 3, 2023, with the judicial reform, which is a desperate attempt

at a regime revolution, seems to us an easier period. We could cope with that. The fact that we have been at war for a year has not prevented the Minister of Justice from continuing to endanger our democratic regime.

## From Kristallnacht To October 7th: A Holocaust Survivor Remembers

---

**Paul Alexander, Attorney und Notary, Israel, Ra'anana**

Summary by Yael Meskin



DIJV-Präsidentin Brigitte Zypries, im Gespräch mit dem Holocaust-Überlebenden Paul Alexander.

Paul Alexander's life is a testament to survival, resilience, and the enduring spirit of the Jewish people. His personal journey spans two of the darkest moments in Jewish history - Kristallnacht and October 7th. While separated by more than eight decades, these two events symbolize deep trauma and a constant struggle for survival. As a Holocaust survivor, Paul shares his personal story, reflecting on the parallels between the violence he witnessed as a child and the terror that struck Israel on October 7th, 2023.

In two weeks, the world will mark the first anniversary of the October 7th attack - a day that will forever be etched in the memories of Israelis. On that day, Hamas unleashed brutal violence on innocent Israeli civilians, murdering, torturing, and raping over 1,200 people. Paul, like millions of others, was devastated. The attack struck a deeply personal chord for him. As someone who had survived the horrors of Nazi Germany, Paul

felt the pain of reliving the terror of being a target because of who you are.

For Paul, October 7th was not just another tragic event - it echoed the trauma of Kristallnacht, a night that changed his life forever. On November 9, 1938, Paul was barely a year old when Nazi forces, with the help of German civilians and the Hitler Youth, unleashed a wave of unprecedented violence against Jewish communities across Germany. Known as Kristallnacht, or the "Night of Broken Glass," it was a turning point in the persecution of the Jews. Paul's family was among those targeted.

Paul's parents, who were living in Leipzig at the time, heard the chaos outside their windows as synagogues burned, and Jewish businesses were destroyed. Fearing for their lives, they hid in their small apartment. Paul, still an infant, was muffled by his mother to keep him from making a sound that could give away their hiding place. Nazi officers stormed through their building, searching for Jewish families to arrest. Fortunately, Paul and his parents were not discovered, but their home was ransacked, and their fear was palpable.

The day after Kristallnacht, Paul's father was arrested and sent to a concentration camp. Paul's mother, now alone with her infant son, desperately sought a way to save him. The violence of Kristallnacht had reached international attention, and soon after, the Kindertransport was initiated - a rescue mission that sought to evacuate Jewish children to safety in Britain. Paul's mother made the heart-wrenching decision to send her young son away, knowing it was his only chance for survival.

At just 18 months old, Paul was placed on one of the Kindertransport trains bound for England. He was one of the youngest children to make the journey. His mother, terrified but determined to save him, entrusted Paul's life to strangers. As the train departed, Paul was too young to understand the gravity of the situation, but his mother's anguish would remain with him for years to come.

Paul arrived in England, where he was placed in a children's home. For nearly two years, he lived without his parents, surrounded by other refugee children who had fled the horrors of Nazi Germany. While he was too young to fully grasp the magnitude of what had happened, the separation from his family left an indelible mark on his life. In 1940, after months of tireless efforts, Paul's parents managed to escape Germany and reunite with their son in Leeds, where they began to rebuild their lives.

Paul's family had lost many relatives during the Holocaust. His father's brother was murdered in Paris, and more than 20 extended family members were killed in Auschwitz. Despite these unbearable losses, Paul's parents demonstrated immense resilience. They, like so many Holocaust survivors, refused to give in to despair. They focused on rebuilding their lives and providing Paul with a future.

Paul's story of survival didn't end with his rescue. After the war, he grew up in Leeds, completed his law degree, and eventually moved to Israel in 1971 with his wife. There, they built a home and raised three children, two of whom became musicians, while their son serves as a senior officer in the Israeli army. Paul spent 30 years working as legal counsel for a major bank in Tel Aviv, contributing to the development of the country he now calls home.

For Paul, the journey from Kristallnacht to Israel was one of reclaiming his identity and the future that the

Nazis had tried to destroy. He reflects on the pride he feels in having built a family and life in Israel, the very homeland that Holocaust survivors had dreamed of during their darkest hours. But as Paul watched the events of October 7th unfold, the trauma resurfaced.

The attack by Hamas brought back memories of being hunted simply because of one's identity. Paul was struck by the painful parallels between the events of Kristallnacht and the terror of October 7th. In both cases, Jewish lives were targeted in brutal, dehumanizing ways. The violence, the hatred, and the sheer cruelty reminded Paul of the darkest days of his childhood.

Paul's reflections on Kristallnacht are not just historical - they are deeply personal. He survived because of his mother's bravery and the Kindertransport rescue mission. But for Paul, the lesson of Kristallnacht is not just about survival - it is about resilience. The Jewish people rebuilt after the Holocaust, establishing the State of Israel, a beacon of democracy and hope. Paul sees in Israel the fulfillment of that resilience, a nation that, like him, rose from the ashes of persecution.

As Paul looks to the future, he remains hopeful despite the challenges. Just as the Jewish people rebuilt after the Holocaust, he believes that Israel will recover and emerge stronger after the events of October 7th. He urges all of us to pray for the safe return of the hostages and soldiers still held captive, and for peace to be restored.

Paul's story is a reminder that while history may repeat its darkest moments, the resilience of the Jewish people endures. He concludes with the message that has guided his life: "Am Yisrael Chai" - the people of Israel live. Despite the hatred, despite the violence, Paul believes in the strength and future of the Jewish people and their homeland.

# Threat To Democracy: The Spread Of Extreme Populist Political Movements And Suggestions For Effective Reactions

Uwe Becker, Commissioner of the State of Hesse for Jewish Life and the fight against Anti-Semitism

Dr. Nils Lund, Prosecutor at the Frankfurt Public Prosecutor's Office

Summary by Shahar Talmon



Wie groß ist die Gefahr von anti-demokratischen Kräften für die Demokratie? Über diese Frage diskutierten Uwe Becker, Beauftragter der hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus (links) und Dr. Nils Lund, Staatsanwalt, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt (Mitte) – hier im Gespräch mit dem Moderator, Dr. Lothar Scholz.

## Lecture by Uwe Becker:

In this session, Mr. Uwe Becker talked about the rise in antisemitism in Germany, especially after the Hamas attack on Israel on October 7, 2023. He pointed out the growing antisemitism that is becoming more visible in public spaces and on the streets of Germany. Becker explained that antisemitism, which was once hidden or less obvious, is now coming out in full force, spreading across Europe and Germany. Many Jews in Germany live in fear every day and are scared to send their children to school due to verbal and sometimes physical attacks.

Becker described how the public atmosphere has worsened, noting that the word “Jew” is now used as an insult in schools and public places. Additionally, Jewish businesses and buildings are being marked with the Star of David, which reminds people of the 1930s in Germany. Becker highlighted that many people in society either ignore or don't understand these dangers, allowing antisemitism to grow without much resistance.

Becker pointed out that the danger raises not only from acts of violence but also from the public's lack of response to these events. He said that people in Germany are starting to accept extreme acts, such as antisemitic attacks, as normal and not something that requires a strong reaction. Even when people protest or show support, the reactions are often weak.

Becker gave an example from October 13, 2023, when Hamas called for Jews to be killed worldwide. He explained that on that day in Frankfurt, Jewish parents were afraid to send their children to school. He noted that this happened in a city with the largest Jewish school in Hesse, and despite police protection, fear still dominated.

To deal with this issue, Becker offered some solutions. His main suggestion was to increase public awareness and education. He said that schools and public institutions need to focus more on Jewish history and the important role Jews have played in Germany. He proposed that the topic of Jewish life should be included in educational programs, not just in connection to the Holocaust, but also to highlight Jewish contributions to culture, science, and society.

Another solution Becker discussed was the need for stronger legal action against antisemitic speech. He called for stricter enforcement of existing laws and the creation of new laws to ban any calls for the destruction of Israel or support for boycotting Israeli products. Becker said that current laws in Germany don't do enough to stop modern antisemitism, where hateful messages are disguised as political criticism. He suggested tightening the laws to address these issues more directly.

Finally, Becker emphasized that fighting antisemitism should not just be the responsibility of the Jewish com-

munity. He called for German society to take action. Becker urged cooperation between the government and the public and highlighted the important role of educators, legal professionals, and social workers in fighting hate. He concluded by saying that only through combined efforts and long-term education can the spread of extreme populism be stopped.

### **Lecture by Dr. Nils Lund:**

Dr. Nils Lund focused on the role of criminal law in fighting antisemitism after the October 7, 2023, terrorist attack. He noted a big rise in antisemitic incidents since the attack, with almost twice as many cases being reported. Lund explained how his office handled the many complaints from the public and pointed out the importance of treating every antisemitic case seriously, despite the large number of cases.

One major issue Lund discussed is the difficulty of using current laws to deal with modern antisemitism, especially when it's presented as political criticism of Israel. He explained that today's antisemitic messages are often more hidden and appear as free speech. One example he gave was the slogan "From the River to the Sea," which many courts see as a legitimate political statement, but in reality, it's a call for the destruction of Israel.

Lund talked about the legal challenges in telling the difference between real criticism of government policies and expressions of hate. He noted that courts struggle with the wording of these statements, and in some cases, things like "Israel murders children" are seen as legal, while "Jews are child murderers" are considered racial incitement. This raises the question of whether

the law needs to be updated to address these situations more clearly.

Lund offered several solutions. First, he emphasized the importance of training judges and prosecutors to understand the subtleties of antisemitic language. He said that courts should take stronger action against slogans and messages that have antisemitic meaning, even if they are disguised as political criticism.

Another solution Lund suggested was improving and expanding current laws. He proposed that the law should clearly ban any calls for Israel's destruction or slogans that encourage hate against Israel. He compared this to Holocaust denial, which is illegal in Germany, and said that similar laws should be used to fight antisemitism.

Lund also talked about the role of universities and international organizations in fighting antisemitism. He explained how populist ideas are spreading into academic discussions about colonialism and imperialism. In his view, the courts need to act more decisively against these trends and not allow these messages to be passed off as legitimate debate.

In conclusion, Lund said that fighting antisemitism requires cooperation between the legal system, education system, and society. He called for more educational programs to teach the history of Jewish life in Germany and the historical relationship between Germany and Israel. Lund said that only through education, strong laws, and strict enforcement can antisemitism be effectively fought.

## **Bring Them Home Now! The Fate Of The Hamas-Hostages**

---

**Dr. Shelly Aviv Yeini, Head of Legal Team, The Hostage and Missing Families Forum, Tel Aviv**

**Dr. Hans-Jürgen Förster, attorney, former federal attorney, Lübeck**

Summary by Liri Keren

**Dr. Shelly Aviv Yeini** presents a thesis on Israel's policy regarding the release of hostages. The policy includes a theoretical concept of "life against life," and the various philosophical frameworks that accompany this approach. In formulating its policy, Israel does not

always choose to use or apply the tools and principles of international law. Therefore, Dr. Yeini argues, it is crucial for the voices of the hostages' families to be heard within the context of international law.



Dr. Jürgen Förster aus Deutschland und Dr. Shelly Yeini aus Israel – sie konnte nur per Zoom zugeschaltet werden - beschäftigen sich anhand von konkreten Beispielen mit der Frage, welche Auswirkungen hatte der 7. Oktober auf betroffene Familien und vor allem auf individuelle Opfer.

Until now, families have engaged with international law as individual, but Dr. Yeini emphasizes that it should be leveraged in a broader, collective context. We are currently in an unexpected situation. For terrorist organizations, abduction has become a highly “effective” strategy, and this practice is increasingly being adopted in conflicts around the world.

The idea at the hostage’s forum was to assess the needs of the family members, define their legal objectives, and implement them. As part of this effort, it was decided that the primary goal of legal action should be to apply pressure to bring the hostages home. The challenge was to find common goals and interests for all the hostages and their families, despite the differences between them - such as different nationalities, whether the victims are children or women, and whether they are still alive or were murdered. Reaching common goals often requires difficult decisions from the families.

One key tool in this effort is the International Criminal Court (ICC), where proceedings are underway to grant Palestine the status of a state. The thinking behind this approach is that, in cases where a state cannot recognize or cooperate with the procedure - because doing so would potentially negate claims of “no jurisdiction” - an NGO can step in. There is still an ongoing investigation into senior Israeli officials, and Dr. Yeini sees this as an opportunity to amplify the voices of the hostages families and to present an alternative narrative, countering the one that is currently being formed.

The Hostages and Missing Families Forum has filed a lawsuit against Hamas leaders, and the prosecutor was invited to Israel for a tour, during which they were exposed to the relevant evidence and materials.

It is essential not to lose sight of the victim’s perspective - how much they are willing to be exposed. For instance, in cases of sexual abuse, we want the victims to receive recognition for the harm they have suffered, but not at the expense of their dignity or will. Additionally, there are situations where sharing information could endanger the hostages. Families must make decisions in these contexts too.

The central theme of all that has been said above is the pressure that is needed to release of the hostages. International law, however, lacks the tools to exert pressure on terrorist organizations. For example, while Israel is a party to the International Court of Justice (ICJ), Hamas cannot stand trial there.

Modern international law prioritizes peace above all other values. In the past, justice was seen as the supreme value, and wars could be waged in the name of revenge and justice. However, after World War II, the international legal system shifted its focus. This shift is clearly articulated in the UN Charter, yet in practice, international law often fails to promote peace, as it lacks practical tools for doing so. For example, while international law can identify violations and demand justice, it does not necessarily know how to provide solutions to bring the hostages home.

According to Dr. Yeni, we must rethink how we move from simply “reprimanding” violations to actively fostering peace. This is especially crucial for the goal of bringing the hostages home. If the aim is their safe return, and one of the strategic tools involves legal warfare, we need to explore how to use the existing legal systems and work with them to achieve this purpose - specifically, identifying the legal bodies that can serve the goal of repatriation.

### Lecture by Dr. Hans-Jürgen Förster

Dr. Hans-Jürgen Förster represents the victims of the October 7th attacks and has been asked to report on the ongoing proceedings. He contacted

the Attorney General's Office and was informed that the authority that is responsible on these kinds of cases is the District Attorney's Office. In these proceedings, he is collaborating with Thomas Walter, a former German judge who amended legal rulings regarding complicity in murder in concentration camps.

#### **Dr. Förster described two key proceedings:**

On November 10, 2023, following the publication of horrific photos from the October 7th attacks, Dr. Förster contacted the Attorney General's Office requesting that the current investigation will be expanded to photographers. His claim is that some of these individuals were aware of the planned atrocities in advance, filmed them, and published the images. He believes these photographers should be charged with complicity in murder. From a criminal law perspective, aiding and abetting a crime involves strengthening the main perpetrator merely by being present. Sharing the crimes supports and encourages the perpetrators, and eventually encourages further violence. Dr. Förster cited a German-Arab-Palestinian psychologist who stated that 10% of the terrorists involved in the October 7th attacks filmed the atrocities. In his appeal to the prosecutor's office, Dr. Förster emphasized that the assistance in this case went beyond mere presence. In photographs it can be seen that some photographers were actively involved in the acts of violence. He argues that this crime is twofold: the act of violence itself, and its subsequent dissemination. He points to historical examples of propaganda and stresses that it must be prevented to avoid further such atrocities. The procedure is currently under review.

**The murder of Carolin Bohl**, a German citizen and student, on October 7th. Carolyn was killed in Nir Oz, the southernmost kibbutz, located less than 2 km from the Gaza Strip border, alongside her boyfriend. Her mother authorized Dr. Förster to represent her. The Attorney General's Office has initiated proceedings against an individual in connection with this case, but Dr. Förster notes that Hamas, as an "idea" or ideology, is harder to combat with traditional legal tools. He asserts that, in

light of the extreme cruelty and "lust for murder" displayed

on October 7th, the perpetrators had "malicious motives," and this should be classified as murder, a crime without a statute of limitations under German law.

Dr. Förster plays an active role in cases like these, he has access to some of the case files, he can request evidence, conduct independent investigations, and contribute to the prosecution's case. He is working to prevent the closure of these investigations. He stresses that in every case, it is critical to determine who the suspects are—whether one individual or many—and to thoroughly examine all available evidence, understanding that such investigations can take time. Dr. Förster also notes that, in his opinion, it is essential for the International Criminal Court (ICC) to allow victims to be represented, a practice that is not currently implemented but is crucial for ensuring justice.

Dr. Förster acknowledges that these cases evoke strong emotions, but he remains confident that justice will prevail and that all the perpetrators will be brought to account. He believes that the only way to prevent further acts like those committed on October 7th, or to stop them from happening again, is through the use of law and international cooperation to identify and prosecute the perpetrators.

## „7. Oktober 2023“ – Vier junge Teilnehmer aus Israel erinnern sich

---

Protokoll von Lilith-Sophie Juhnke



Als die Tagung in Frankfurt/Main im September 2024 stattfand, war der Hamas Überfall vom 7. Oktober 2023 knapp ein Jahr her. IDJV-Vorstandsmitglied Calanit Vager-Hermelin (rechts) stellt junge israelische Reservisten vor, die von ihren persönliche Erfahrungen an diesem schrecklichen Tag berichten.

Als Referendarin aus Brandenburg nahm ich in Frankfurt am Main am 25. September 2024 an einer besonders bewegenden Veranstaltung im Rahmen der 27. Jahrestagung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung (DIJV/IDJV) teil. Unter dem Titel „7. Oktober 2023 – Vier junge Teilnehmende aus Israel erinnern sich“ kamen vier israelische Reservisten zu Wort, die sich an die erschütternden Ereignisse des 7. Oktobers 2023 erinnerten – ein Tag, der für Israel eine tiefe Wunde hinterlassen hat. Die Intensität ihrer Berichte hinterließ bei mir und vielen anderen im Raum tiefe Betroffenheit.

Die Veranstaltung begann mit einem Film, der die Geschehnisse jenes schrecklichen Tages dokumentierte. Schon zu Beginn war spürbar, dass es nicht nur um persönliche Erfahrungen, sondern auch um ein kollektives Trauma ging, das die israelische Gesellschaft bis heute prägt.

Der erste Bericht kam von einem Waffenbootoffizier, der seine Ausbildung in Kiel und Neustadt absolviert hatte. Obwohl er bereits wusste, welche Gräueltaten er zu sehen bekommen würde, konnte er die grausame Realität der zerstörten Häuser und der Opfer in den Kibuzim nicht fassen. Er dokumentierte die Folgen des Massakers und sammelte Beweise – eine Aufgabe, die ihn auch emotional an seine Grenzen brachte. In seinen Worten spiegelte

sich eine tiefe Erschütterung wider, besonders als er feststellte, dass das Versprechen „Never again“ an diesem Tag gebrochen wurde. Sein Appell, alles Menschenmögliche zu tun, um sicherzustellen, dass so etwas nie wieder geschieht, berührte viele im Raum zutiefst.

Der Frieden und das Überleben Israels, so schloss er, sei ein unverhandelbares Gut.

Im Anschluss sprach ein Major der Infanterie, der anfänglich zögerte, überhaupt Worte für das Unausprechliche zu finden. Seine Stimme denjenigen zu leihen, die an jenem Tag verstummten, gab ihm die Kraft, seine Erfahrungen zu teilen. Der 7. Oktober bedeutete für ihn Lärm, Chaos und unaussprechliche Grausamkeiten. Er sprach von der enormen Verantwortung, als Reservist im Norden Israels seine Soldaten zu motivieren, obwohl er wusste, dass es in solchen Zeiten keine Garantien gibt. Sein Versuch, trotz der aussichtslosen Lage Hoffnung zu vermitteln, wirkte auf mich besonders beeindruckend und zugleich tragisch.

Nach einer weiteren Filmdokumentation über das schreckliche Schicksal des Nova-Festivals kam eine Offizierin für Verletztenhilfe zu Wort. Ihre Aufgabe am 7. Oktober war es, Verwundete zu betreuen, aber auch Leichenteile zu identifizieren und an die Angehörigen zurückzugeben. Sie betonte, dass die psychischen Wunden genauso tief gingen wie die körperlichen, und berichtete von einem Kameraden, der bei einem Drohnenangriff ums Leben kam. Seine Organe retteten fünf Menschen, darunter auch ein Baby – ein Lichtblick inmitten der Dunkelheit. Ihre Arbeit zeigte auf eindrucksvolle Weise, dass es nicht nur darum geht, das physische Leben zu retten, sondern auch den Hinterbliebenen Trost und Unterstützung zu bieten.

Die letzte Rednerin, eine Kapitänin der israelischen Armee, berichtete von ihren Erlebnissen aus einer ganz anderen Perspektive: Am 7. Oktober befand sie sich im Urlaub in Thailand und konnte die schockierenden Nachrichten zunächst nicht fassen. Schnell musste sie zurück

nach Israel und übernahm sofort militärische Aufgaben. Ihre Erzählung verdeutlichte, welche Herausforderungen Reservisten oft in ihrem privaten Leben auf sich nehmen müssen, um in Krisenzeiten ihrem Land zu dienen.

Die Veranstaltung schloss mit einem weiteren Film, der die Einheit des israelischen Volkes betonte. Begleitet von dem Lied „We will not be defeated“ sahen wir Bilder junger israelischer Soldaten, die bereit waren, für ihr Land zu kämpfen. Es war ein eindrucksvolles Zeichen der Stärke und des Durchhaltevermögens.

Als junge deutsche Referendarin war ich tief berührt von den Berichten der israelischen Reservisten. Die Mischung aus persönlichem Schmerz, unfassbarem Verlust und einem ungebrochenen Glauben an die Zukunft war beeindruckend und erschütternd zugleich. Der Mut, den diese jungen Menschen aufbrachten, um von ihrer traumatischen Erfahrung zu erzählen, hat mich tief bewegt. Für mich steht fest, dass wir uns alle für Frieden und ein Miteinander einsetzen müssen – nicht nur in Israel, sondern weltweit.

## Investigative proceedings At The ICC following October 7

### Dr. Ronen Steinke, Editor and Author, Süddeutsche Zeitung

Summary by Majd Haddad

As you know, the prosecutor of the ICC Criminal Court in Hague demanded the issuance of arrest warrants against Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu and Defense Minister Yoav Galant, along with arrest warrants against the leaders of the Hamas terrorist organization Ismail Haniyeh, Khaled Mashal and Yihya Sinwar, who are responsible for planning and carrying out of the murderous terrorist attack on October 7th.

In the arrest warrants of the International Court of Justice against the Israeli Prime Minister and Minister of Defense, there are several grounds for which the arrest warrants were required.

Below are the tensions that arise in some of the reasons for the arrest warrants: First, the question arises, what is the appropriate response according to international law with a situation where the behavior of a terrorist organization which attacks another sovereign country and, in its defense, uses a civilian population as a human shield and hides inside it to escape an attack? It should be noted that the Hamas organization uses this technique because it knows that Israel respects international law and avoids harming innocents as much as possible.

On the other hand, was there an intention behind the prevention of the introduction of humanitarian aid at the beginning of the war by Israel to starve and cause suffering to the non-involved Palestinian people? This question should be examined by the Criminal Court in Hague,



Der Jurist, Autor und Journalist der Süddeutschen Zeitung, Ronen Steinke, über die Ermittlungsverfahren im Rahmen des Hamas-Überfalls am 7. Oktober 2023 vor dem ICC.

following the claims that Israel does not really know how to investigate itself, and in some cases, it does conduct an investigation Fundamentally, no one stands trial.

The previous claim regarding Israel's inability to investigate itself affects the principle of complementarity and its application.

The claim that Israel has the means, capabilities and desire to carry out investigations and prosecute itself is very strong. This is expressed in a number of examples such as the trial of Israeli Prime Minister Binyamin Netanyahu, which is being conducted during this time. In addition, we should not ignore older examples such as

the eighth president of the country Moshe Katsav and Ehud Olmert, the 12th prime minister of Israel, who served actual prison terms after being convicted.

On the other hand, Israel is also known for closing cases and investigations with relatively light penalties or no penalties at all. In the Elijor Azaria case - a soldier in the Israel Defense Forces who shot to death a Palestinian terrorist who was neutralized and lying on the

floor. The Supreme Court sentenced the suspect to 18 months of actual imprisonment only. This punishment is considered a very mild punishment and does not protect the protected interest at the core of the offense. In general, it should be noted that the Supreme Court in Israel is considered the most conservative in matters of Judea and Samaria, contrary to the activist claims against it that are expressed in matters of human rights and equality.

## Das Selbstverteidigungsrecht Israels und die Folgen des 7. Oktober 2023 – über die Rolle und Bedeutung des humanitären Völkerrechts

Prof. em. Dr. Emanuel Gross, Netanya Academic College School of Law, Herzliya  
Prof. Dr. Christian Walter, Lehrstuhl für Völkerrecht und Öffentliches Recht, Ludwig-Maximilians-Universität, München

Protokoll von Simon Fetscher



Diskutieren über völkerrechtliche Fragen in Bezug auf den Gaza-Krieg: Prof. Dr. Christian Walter, Dr. Susanne Wasum-Rainer und Prof. em. Dr. Emanuel Gross (von links).

Herr Prof. Walter begann seine Ausführungen mit dem Ausdruck von Dankbarkeit gegenüber den israelischen Student\*innen, die von ihren persönlichen Erfahrungen des 07. Oktobers berichtet hatten, und merkte an, wie wichtig diese Binnenperspektive sei.

Auf die Frage, was der rechtliche Rahmen des Krieges gegen eine besonders schlimme Terrororganisation wie die Hamas sei, antwortete er mit mehreren Aspekten. Er stellte voran, dass Israel unstrittig das Recht auf Selbstverteidigung habe. Hierbei seien Fragen der Einordnung der Hamas zunächst irrelevant, da der Angriff von außerhalb Israels kam.

Anschließend merkte er an, dass die Situation in vielen Aspekten rechtlich komplex und schwierig sei. Das humanitäre Völkerrecht sei zwar anwendbar, aber insbesondere die Unterscheidung zwischen dem bewaffneten internationalen Konflikt und dem bewaffneten nicht-internationalen Konflikt bereite Probleme. Bewaffnete Gruppen, die aus dem Ausland angreifen, seien grundsätzlich nicht von dieser Unterscheidung erfasst. Bei der Hamas liege es näher, von einem bewaffneten internationalen Konflikt zu sprechen, bei der Hisbollah jedoch von einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt. Über das Gewohnheitsrecht seien die Regeln und Maßstäbe für beide Konflikte sehr nah aneinandergerückt.

Daraufhin wurde die Frage der Einstufung der Kämpfer der Hamas im internationalen Recht und die sich daraus ergebenden Regeln für ihre Behandlung erörtert. Prof. Walter bemerkte hierbei, dass das humanitäre Völkerrecht eine bipolare Entscheidung treffe – Kombattant oder Zivilist. Hieraus ergebe sich die Problematik, dass im bewaffneten nicht-internationalen Konflikt einem Terroristen, beispielsweise der Hamas, weder der Kombattantenstatus und die damit verbundene Straffreiheit beispielsweise des Mordes, da er Soldat wäre, noch der Zivilistenstatus, woraus folgen würde, dass er kein legitimes Ziel sei, zugeordnet

werden dürfe. Das Problem sei aber anhand der Richtlinien des IKRK relativ einfach zu lösen. Wer direkt an Kämpfen teilnimmt („direct participation in hostilities“), falle nicht unter den Zivilistenstatus und dürfe somit bekämpft werden. Das Problem des „farmer by day, fighter by night“, also, dass viele Terroristen nicht immer an Kampfhandlungen teilnehmen, sei ebenfalls vom IKRK weitgehend gelöst. So würde man von einer „continuous combat function“ sprechen, die bei Mitgliedschaft in einer solchen Gruppe dauerhaft gegeben sei. Somit dürften sie bekämpft werden. Die Hamas sei ohnehin auch für ihre Taten auf israelischem Boden nach innerstaatlichem Recht zu bestrafen.

Anschließend bezog er Stellung zur Bewertung israelischer Militäroperationen im Gazastreifen unter dem humanitären Völkerrecht, insbesondere der Verhältnismäßigkeit. Zunächst merkte er an, dass bei der Verhältnismäßigkeit nicht einfach alles dasselbe sei, sondern ein ausdifferenziertes System besteht. Zunächst sei die Verhältnismäßigkeit bei der Selbstverteidigung, also

des ius ad bellum, von der des ius in bello zu unterscheiden. Bei der Selbstverteidigung sei der politische Maßstab entscheidend, anhand dessen beurteilt werde, welches Ziel festgelegt wird und was dafür erforderlich ist. Im humanitären Völkerrecht (ius in bello) hingegen gelten andere Maßstäbe.

Hier müsste theoretisch jede einzelne Aktion abgewogen werden. Er bemerkte die Komplexität der einzelnen Operationen in diesem asymmetrischen Krieg. Es sei schwierig bis unmöglich, den Soldat\*innen in jeder Situation zuzumuten, diese Abwägung richtig vorzunehmen. Auch werde die rechtliche Abwägung oft zugunsten der Soldat\*innen ausfallen. Somit wäre es lohnenswerter, darüber nachzudenken, inwieweit die israelische Regierung eine Gesamtabwägung bei den Maßnahmen treffen müsse. Dies würde bedeuten, dass die einzelnen Kampfhandlungen in ihrer Gesamtheit mit dem zivilen Schaden abgewogen werden müssten. So könnte in einer solchen umfassenden Abwägung eventuell ein Verstoß festgestellt werden.

## Podiumsdiskussion: Antisemitismus in Kultur und Universitäten – Ein neues 1968?“

---

**Prof. Dr. Julia Bernstein, Frankfurt University of Applied Sciences**  
**Daniel Cohn-Bendit, Publizist, Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.**  
**Prof. Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank**  
**Prof. em. Dr. Natan Sznaider, Soziologe und Publizist**  
**Moderation: Sabine Porn, Journalistin**

Protokoll von Annika Jacobsen

Am Donnerstag, den 26. September 2024 erörterte der Publizist und Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., Daniel Cohn-Bendit, im Rahmen einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit der Prof. Dr. Julia Bernstein von der Frankfurt University of Applied Sciences, dem Soziologen und Publizisten Prof. em. Dr. Nathan Sznaider aus Tel Aviv und dem Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Professor Dr. Meron Mendel aus Frankfurt, unter Moderation der Berliner Journalistin Sabine Porn in der Paulskirche die Frage: Antisemitismus in Kultur und Universitäten – Ein neues 1968?

Nach einer kurzen Vorstellung der Diskussionsteilnehmer durch die Moderatorin fragte diese einleitend zu-

nächst, ob und wenn ja, in welcher Form, jenen in ihrem Leben bisher Antisemitismus bzw. antisemitisches Verhalten begegnet ist, bevor es direkt zur titelgebenden Frage der Diskussion übergang: Ob angesichts des Antisemitismus in Kultur und Universitäten, von einer neuen 68er Bewegung gesprochen werden könne. Hierzu befragt, wurde Cohn-Bendit schnell sehr deutlich: Diesen Vergleich „hinterfrage [er] so sehr“. Es gebe zunehmenden Antisemitismus an Universitäten und das sei „blöd, ja“; aber es stimme schlicht nicht, dass die Universitäten in dem Sinne massenhaft propalästinensisch seien, wie die massenhaften linksradikalen Strömungen in der Gesellschaft für die Zeit der 68er-Bewegung kennzeichnend gewesen sind.



Die Auswirkungen des erstarkten Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023: Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion – u.a. Daniel Cohn-Bendit und Moderatorin Sabine Porn – versuchten Antworten zu finden.

Prof. Dr. Bernstein warf ein, dass geklärt werden müsse, worüber man redete; antisemitische Ideen hätten „sich so sehr verändert“, seien differenzierter: Man könne Juden hassen ohne einmal das Wort Jude in den Mund genommen zu haben. Für die Zunahme entsprechender antisemitischer Äußerungen und Verhaltensweisen gebe es entsprechende Statistiken.

Cohn-Bendit wiederholte und konkretisierte sodann, niemand leugnete eine Zunahme von Antisemitismus in Deutschland und – mehr noch – in Frankreich; auch die gefühlte Unsicherheit in beiden Ländern sei größer geworden, die Zahl der nach Israel emigrierenden Juden um mehr als 30 % gestiegen. Es handele sich um „Meinungsterror gegen Juden“, der jedoch „gemacht wird von einer Minderheit“. Wogegen er sich wehre sei also (allein), dass *massenhaft* deutsche Studenten antisemitisch seien. Der Vergleich mit 1968 bezeichnet er daher nachdrücklich als „unsinnig“: Damals habe es massenhaft Linksradikele in der Gesellschaft gegeben; eine vergleichbare *massenhafte* Zunahme von Rechtsradikalismus oder Antisemitismus in Deutschland gebe es heute nicht. Eine Ähnlichkeit zu 1968 macht Cohn-Bendit dann allerdings doch aus, und zwar im Verhältnis zu den Freiheitsbestrebungen in Kuba, Vietnam, Vietcong, Nicaragua; ebenso wie von jenen damals niemand habe sehen wollen, dass diese einen totalitären Staat aufbauten, wollten die antiisraelischen Stimmen heute vielfach nicht sehen, dass die Hamas einen totalitären Staat wollen. Als Beispiel nennt er den Iran.

Anschließend konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage nach dem „richtigen“ Umgang mit den antisemitischen Erscheinungsformen. Die Frage der Moderatorin Porn, ob Cohn-Bendit zustimme, dass die Debat-

tenkultur bei diesem Thema leider einen Tiefstand erreicht habe, beantwortet dieser mit „Ja und Nein“. Zunächst weist er auf eine kürzlich gehaltene zweitägige Veranstaltung zum Thema Israel-Palästina an der Frankfurt University for Applied Sciences, an der Prof. Dr. Bernstein lehrt, hin, auf der Palästinenser wie Juden aufgetreten seien und für die kein einziger Polizist oder sonstiger Schutz erforderlich gewesen sei. Es sei diskutiert, gestritten, laut und leise geworden – ohne dass es zu einem Skandal gekommen sei. Prof. Dr. Mendel, der an dieser Veranstaltung ebenfalls beteiligt war, signalisierte Zustimmung. Ohne etwa Prof. Dr. Bernstein widersprechen zu wollen, die auf die massive Zunahme antisemitischer Vorfälle hingewiesen hatte, sei es nach Auffassung Cohn-Bendits falsch, wenn man sage, die Bundesrepublik sei nur das. Das sei nicht wahr.

Wir hätten jedoch zwei Probleme: Das eine sei die Frage, wie man Antisemitismus bekämpfe. Hier verweist er zum einen auf den vorausgehenden Diskussionsbeitrag Prof. Sznäiders, der bereits Vieles zum fehlenden Nutzen gesetzlicher Verbote gesagt habe; zum anderen gibt er Hannah Arendt Recht, der zu folge die Juden bekanntlich „nur auf dem Mond sicher sein werden“ und ergänzte: (selbst) „das stimmt nicht mehr, seitdem Elon Musk auf den Mond kann“. Solange es Juden gebe, werde es Antisemitismus geben; diesen könne man gesetzlich nicht abschaffen. Dann „müsste man schon die Juden abschaffen, das wollen wir alle nicht“. Entscheidend sei somit allein: Wie mobilisieren wir immer mehr Menschen, die nicht Juden sind, gegen den Antisemitismus? Dies sei sein erstes Problem.

Das zweite Problem – in Deutschland wie in Frankreich – sei: Wie setzen wir uns mit dem globalen Süden

auseinander? In diesem gebe es aus Gründen, die man erklären müsse, theoretisch, einen tiefsitzenden Anti-Israelismus, der antisemitisch sei. Cohn-Bendit nennt nur als ein Beispiel Mbembe. Auch hier sei jedoch die Frage: Wie setzen wir uns damit auseinander? Denn der globale Süden sei „nun mal real existierend und wenn wir nicht einen Weg finden mit ihm in den Dialog, in die Auseinandersetzung zu gehen, dann werden wir als westliche, liberale Zivilisation untergehen“. Ein reines Feinddenken nütze nichts; wir müssen uns auch diesen schwierigen Debatten stellen. Ein Beispiel sei die Documenta, wobei Cohn-Bendit sich Prof. Mendel anschließend, der sich hierzu zuvor bereits umfassend geäußert und dabei gegen gesetzliche Verbote und für eine offene Debatte ausgesprochen hatte. Cohn-Bendit fügt hinzu: Was diese Künstler gemacht hätten mit ihrem Bild, sei indonesischer Antisemitismus von vor 40 Jahren, „der ist immer so gewesen, [...] das ist nichts Neues, das wissen wir und unsere Niederlage ist, dass wir uns zu spät damit auseinandergesetzt haben“.

Der letzte Punkt, den Cohn-Bendit gegen gesetzliche Verbote macht, ist eine Frage, mit der er sich unmittelbar an die Wissenschaftlichen im Publikum wendet: Sie sagen, wenn jemand „from the river to the sea“ klatscht, das geht nicht; was machen wir mit Menschen, die sagen, Ben-Gvir hat recht, „from the sea to the river“ ist jüdisch, was sagen wir zu denen? Nach Auffassung Cohn-Bendits sei dies rassistisch, sei Verdrängung, denn es heiße: Weg mit den Palästinensern. Auch hierfür fänden sich (radikale) Unterstützer in Deutschland. Einem Juden zu sagen, du kriegst keine Fördergelder mehr, würde sich jedoch – „mit Recht!“ – keiner trauen. Um glaubwürdig zu bleiben, müssten wir also jedoch insgesamt anders damit umgehen, die Auseinandersetzung aufgreifen und „kämpfen gegen den ganzen Unsinn, der über Israel gesagt wird, ob von dem globalen Süden oder dem globalen Westen oder von irgendwem, aber wir müssen aufhören, mit Verboten, mit Entzügen, zu kommen, weil dies [...] unserem Verständnis einer liberalen Demokratie entgegensteht“. Dies sage er insbesondere allen Juristen.

Am Beispiel der Diskussionen um die Aufführungen des Theaterstücks die Stadt, der Müll und der Tod von

R.W. Fassbinder sowie Cohn-Bendits Filmen „Angst hat jeder im Rücken“ und „Wir sind alle deutsche Juden“ über seine jüdische Identität, geht Cohn-Bendit im Weiteren auf spezifische deutsche Probleme im Umgang mit Juden und Antisemitismus ein und verweist etwa auf die Äußerung einer Redakteurin. Als diese ihm sagte, „Dany, wir deutsche müssen vorsichtig sein, wenn wir etwas über Juden und Israel machen“, sei er geplatzt: „Das ist euer Problem“. Er dürfe über Juden und Israel sagen, was er wolle, und „schleppe doch nicht euer deutsches Problem noch dazu“. Das sei das Problem, das wir hätten, hier in Deutschland und überhaupt, „ihr habt alle recht mit dem Antisemitismus, ihr habt alle recht zu sagen, man muss trennen“, aber: in einer planetaren Welt, könne man nicht trennen, das gehe nicht, „weil wir selbst nicht getrennt sind“.

In der Schlussrunde fragt Porn, an Cohn-Bendit gerichtet, schließlich, welche Maßnahmen denn etwas bringen würden. Dieser erläutert hieraufhin u.a. am Beispiel der Anti-BDS-Resolution der Bundesregierung, deren „aufrichtiger Gegner“ er sei, sodann nochmal seinen Standpunkt: Er leugne nicht, dass es Rassismus und Antisemitismus gebe; aber wir müssten uns zu einer rationalen Debatte zwingen. BDS etwa sei „schwachsinnig“, sei „totalitäres Denken, weil man Wissenschaftlern sagen soll, was sie dürfen und das nicht“. Er bekämpfe das, aber das könne nicht in eine Bundestagsresolution leisten; das müsse man politisch bekämpfen. Hierin, also dem „Wie“ des Umgangs, bestehe – und insofern eignet der Beitrag auch als Schlusswort – letztlich der einzige Unterschied, den die Diskussionsteilnehmer hätten: Nicht, dass Rassismus und Antisemitismus, hier in Form des BDS, „was Schlimmes ist“, dass es das gebe und dass das Schlimme stärker geworden sei. Und dann nochmal für seine Position: Besonders schlimm nach dem 7. Oktober sei das Schweigen in Deutschland gewesen, über das alle Angst gehabt hätten; denn dieses Schweigen der Mehrheitsgesellschaft, nicht die Demonstrationen, sei anschließend erstmal der Antisemitismus gewesen. „Nur Schweigen ist nicht strafbar“. Das, so Cohn-Bendit, sei unser Problem und deswegen müssten wir es anders bekämpfen. Die anschließende Fragerunde muss Cohn-Bendit dann etwas früher als die anderen Teilnehmer verlassen. Der Enkel wartet.





# PROGRAM

## Conference for Law Students and Young Lawyers

Berlin and Brandenburg – 7<sup>th</sup> - 14<sup>th</sup> September 2025

### Sunday, 7th September 2025

Arrival Kloster Lehnin via Berlin

5 pm **Opening Session: Meet & Connect**

### Monday, 8th September 2025

11 am **CAN DEMOCRACY DEFEND ITSELF? POPULIST MOVEMENTS AND CONSTITUTIONAL BOUNDARIES?**

**Prof. Tamar Hostovsky Brandes**, Senior Lecturer at Ono Academic College's Faculty of Law, Kiryat Ono

2 pm **Discussion**

4 pm **EVOLVING CHALLENGES IN INTERNATIONAL LAW: THE CASE OF GAZA AND IRAN**

**Dr. Dana Wolf**, Head of the Law & Security Program, Lauder School of Government, Diplomacy & Strategy, Reichman University, Herzliya

**Prof. Dr. Stefanie Schmahl**, University of Wuerzburg

7.30 pm **INSTITUTIONAL ATTACKS ON THE JUDICIARY AND LEGAL PROFESSIONALS**

**Tomer Naor**, Advocate, Head of the Legal Department, Movement for Quality Government in Israel, Jerusalem

**Sabine Fuhrmann**, Advocate, Vice-President German Federal Bar, Leipzig

### Tuesday, 9th September 2025

9.30 am **LAW, INNOVATION AND AI: SHAPING THE FUTURE OF THE LEGAL PROFESSION**

**Ben Haklai**, Advocate, National Technology Officer, Microsoft Israel, Herzliya

11 am **INTELLECTUAL PROPERTY AND DATA PROTECTION WHEN USING AI TOOLS**

**Dr. Jan Wildhirth**, Advocate, Managing Director Fieldfisher X, Berlin

**Dr. Yuval Reinfeld**, Lecturer at Ben-Gurion University and Chair of the Israel Bar Association's Legal AI Committee, Tel Aviv

2 pm **FROM BOOKS TO BOTS: LEGAL EDUCATION IN THE AI ERA**

**Prof. Aviv Gaon**, Senior Lecturer, Harry Radzyner Law School, Reichman University, Herzliya

**Diana Liebenau**, LL.M. (Harvard), Ass. Jur., LMU Munich

4.00 pm **PRACTICAL AI TOOLS FOR LEGAL PROFESSIONALS Hands-On Workshop with Prof. Aviv Gaon and Dr. Yuval Reinfeld**

### Wednesday, 10th September 2025

9.30 am **DEVELOPMENTS IN PRIVACY LEGISLATION: INSIGHTS FROM ISRAEL AND GERMANY**

**Lital Nof-Sabbag**, Advocate, Director of Legal, Head of Product and IP at monday.com, Tel Aviv

**Cay Cornelius**, Head of Department, Berlin Commissioner for Data Protection and Freedom of Information, Berlin

11 am **CENSORSHIP AND FREEDOM OF THE PRESS**

**Dr. Yisgav Nakdimon**, General Counsel, Israel Channel 12 News, Tel Aviv

**Jan Schäfer**, Member of the Editorial Board Bild Zeitung, Berlin

2 pm **INTERNATIONAL LABOR LAW**

**Inbal Aviad**, Advocate, Chief Legal & Compliance Officer at Papaya Global and Board Member of ACC Israel, Herzliya

**Prof. Dr. Anja Mengel**, Advocate, AMA Dr. Anja Mengel Arbeitsrecht, Berlin

4 pm **JEWISH LIFE IN GERMANY TODAY**

**Dr. Philipp Stricharz**, Chair Jewish Community, Hamburg

7 pm **REORGANIZATION OF THE JUDICIAL SYSTEM IN ISRAEL**

**Prof. Yaniv Roznai**, Reichman University, Herzliya

#### Thursday, 11th September 2025

- 8.30 am **TOUR TO THE SACHSENHAUSEN MEMORIAL SITE AND MUSEUM**  
Transfer to Berlin
- 5.30 pm **VISIT AND RECEPTION OF THE FEDERAL MINISTRY OF JUSTICE AND FOR CONSUMER PROTECTION**  
Meeting up with **Dr. Stefanie Hubig**, Federal Minister of Justice and for Consumer Protection

#### Friday, 12th September 2025

- 9 am **FIELD REPORT OF A HOSTAGE**  
**Dr. Shelly Aviv Yeini**, Head of the International Law Department at the Hostages and Missing Families Forum, Ramat Gan
- 10.30 am **UNDERSTANDING THE ARAB MUSLIM FRUSTRATION AND CONFLICTS IN THE 21st CENTURY**  
**A. Ohad**, Lt. Col. (res.), IDF Special Forces and Member of the IDF Hostages Tactical Negotiation Team
- 12 pm **THE IMPACT OF THE (GAZA) WAR AND THE WAR WITH IRAN ON THE REALITY OF LIFE FOR YOUNG ISRAELIS** (Testimonials)  
**What do young Germans think about war and the “turning point”?**
- 2 pm **GUIDED TOUR OF THE MEMORIAL TO THE MURDERED JEWS OF EUROPE**
- 4 pm **1965-2025: 60 YEARS OF DIPLOMATIC RELATIONSHIP BETWEEN ISRAEL AND GERMANY**  
**Stephan Vopel**, Director, Bertelsmann Foundation, Berlin
- 8 pm **Shabbat Dinner**

#### Saturday, 13th September 2025

- 10 am **GUIDED TOUR OF THE HOUSE OF THE WANNSEE CONFERENCE**
- 12 pm **Youth Conference - Feedback**

#### Sunday, 14th September 2025

Departure

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

# Can Democracy Defend Itself? Populist Movements And Constitutional Boundaries?

Prof. Tamar Hostovsky Brandes, Senior Lecturer at Ono Academic College's Faculty of Law

Summary by Oren Ben Yaakov



Wird die Demokratie überleben: Prof. Dr. Tamar Hostovsky Brandes versucht Antworten zu finden.

Populism, as described by Jan-Werner Müller and much of the scholarly literature, is a “thin” political ideology that divides society into two opposing camps: “the pure people” versus “the corrupt elites”. These so-called elites may be domestic - such as academia, the press, and the judiciary, or international - embodied by organizations like the United Nations or the European Union. Moreover, the populism flexibility stems from its ability to merge with different ideologies: with socialism on the left or nationalism on the right.

To understand the populist mindset, it is crucial to note that the populist leader grounds his authority in a claim of exclusive representation of the people's will. In this framework, any opponent becomes illegitimate, since challenging the leader is equated with attacking the people themselves. Although populists employ the democratic rhetoric of “let the people rule,” they undermine pluralism - which is a basic precondition for democracy. Populism's essence lies in anti-elitism and anti-pluralism, which in practice narrow the scope of public discourse. Thus, while populism may present itself as a form of direct democracy, it destabilizes the very basis of the democratic system.

This destabilization is best understood through the concept of democratic erosion. Democratic erosion occurs when checks and balances are gradually weakened by leaders who exploit democratic mechanisms for authoritarian purposes. According to Ginsburg and Huq, three fundamental components of the democratic framework typically come under populist attack: free elections, freedom of speech and association, and the rule of law. Moreover, the danger of indifference is particularly alarming, as those who benefit from liberal democracy often remain silent in the face of its erosion.

As Scheppele in her book explains, the populist method is to exploit the vulnerabilities of liberal democracy in order to weaken its foundations, concentrate their own political power, and entrench themselves in office. This is why indeed “there are no tanks in the streets” and elections continue to take place, yet populist leaders are truly able to dismantle democracy and liberalism in their countries.

Scheppele further details the “playbook” of populist leaders: capturing the legislature or rendering the opposition powerless; appointing loyalists to key positions; reshaping the media landscape in favor of the government; delegitimizing civil society organizations; manipulating electoral laws to guarantee future victories, and more. Contradictions often appear in such methodology, for example, when a populist leader may simultaneously seek to weaken the judiciary while also striving to capture it.

In this light, Paul Blokker argues that populists do not deny the constitution outright, but instead use constitutional tools to gradually hollow out democracy. Hence, it is vital to adopt a systemic perspective of these processes rather than focusing solely on isolated events.

Israel provides a particularly fragile case study of this dynamic. The 1950 “Harari Compromise” led to the absence

of a single written constitution, while Basic Laws can be enacted or amended with relative ease. In addition, the Israeli government is, especially nowadays, exceptionally strong and effectively controls the entire Knesset, all against the backdrop of deep societal divisions. These features create fertile ground for populist dynamics.

Yet even a formal constitution would not necessarily guarantee democratic protection; it is not sufficient in itself. The different Judicial perspectives of the constitution views it either as the supreme normative charter of rights, or as a political decision reflecting the will of the people at a given moment. Regarding that tension and other differences, it seems that without a constitutional culture that respects liberal and pluralistic principles, even the strongest constitutional text cannot stand alone.

This insight connects to Hostovsky Brandes's reminder that there is no "agency called democracy." Democracy is an intangible construct; its survival depends on real actors without whom it cannot function, such as the judiciary, independent press, and other institutions. Accordingly, combating populism and democratic backsliding requires both institutional and cultural responses: a robust judiciary and active judicial review are central safeguards, and equally important is a free and indepen-

dent press and support for civil society organizations that defend rights. International engagement such as treaties and liberal constitutions can also serve as stabilizing anchors, even if they cannot prevent every incremental decline. Ultimately, however, responsibility rests with citizens and politicians themselves, who must defend democratic institutions rather than treat them as obstacles.

In conclusion, Hostovsky Brandes stresses that in her perspective the gravest danger of populism lies in its attack on democracy's core: free elections, the right to run for office, and an independent press. When politicians refuse to play by democratic rules, deny the legitimacy of opponents, or tolerate and even encourage violence, a slippery slope emerges. The United States nowadays illustrates this trajectory: attacks on the press, the undermining of investigative institutions, and the dismissal of independent officials have all eroded checks and balances. Once such assaults succeed, the very foundation of democracy collapses: trust is eroded, institutions are weakened, and the possibility of government change through free means steadily disappears.

As Hostovsky Brandes concludes, the struggle for democracy inevitably carries risks. The question is whether the people are willing to bear those risks today, in order to preserve democratic life for the future.

## Evolving Challenges In International Law: The Case Of Iran

**Prof. Dr. Stefanie Schmahl, University of Wuerzburg**

Summary by Ofir Spector

This lecture examines the legal issues raised by Israel's attack on Iran in the operation "Rising Lion", by understanding basic international law terms and applying them to the matter at hand.

Israel's attack that was named "Rising Lion" was struck on June 13th, 2025, and was an air strike that included the elimination of high-ranking military officials in Iran and the destruction of nuclear and military sites. This attack on Iran was considered by many countries as a violation of international law that prohibits the use of force against a country in Article 2(4) of the United Nations Charter. But is this the right way to look at the chain of events?

Although this is the way global media perceives this operation, Prof. Schmahl gives different theories that do not consider this a violation of article 2(4). One of those focuses on Israel's right to self-defense, and the other, which she finds truer to reality, regards operation "Rising Lion" as a continuation to the war Hamas started against Israel with the October 7th massacre.

Prof. Schmahl presented the key terms to have a discussion about this matter. The first key element is Article 2(4) in the UN charter – the prohibition of the use of force. This article provides that a UN member state cannot threaten or use force against the territorial integrity or political independence of another



Der israelische Angriff „Raising Lion“ auf den Iran: Prof. Dr. Stefanie Schmahl betrachtet den Angriff unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten

state, or in any way that diverges from the purposes of the UN.

Force is defined by physical armed use of force that has an irreversible effect, such as bombing a state in our case. This prohibition is not ultimate – it has two exceptions that allow states to use force – a decision made by the security council of the UN according to article 42 of the UN charter, or a case of self-defense that is explained in article 51 of the charter. The first exception does not apply in this case since the security council did not decide on actions against Iran, and those collective measures as they are defined in the charter were actually not used in the last 80 years, but instead, after the Cold War states were given a special permit to operate under supervision with limited force, with UN command and authorization. This type of approval was not given by the security council in the case of operation “Rising Lion”.

This leaves the second exception, the option of Israel’s right to self-defense as a legally approved action. According to article 51 of the UN charter, the right to self-defense is an inherent right that permits both individual and collective self-defense and requires actions to be necessary and proportionate to the attack or imminent threat. This right applies until the UN security council takes necessary measures to insure peace and international security. The UN is to be informed about the actions taken. This right presumes a situation of self-defense to an armed attack, another key term to have an educated discussion about this case. An armed attack does not include all use of force mentioned in article 2(4) of the charter, but only specific uses. To permit the act of self-defense, the previous

attack needs to be of certain scale and effect. Israel’s case and the claim that the attack was enactment of the state’s self-defense right is ruled out by those who consider the attack preemptive and therefore not regarded as self-defense, even though it was accepted as such in a few cases in history, such as the 6-day-war where the attack was considered as self-defense. Israel claims Iran’s refusal to stand up to its NPT obligations and its violation of international agreements regarding nuclear weapon presented a growing threat on the state of Israel, and that the UN security council has failed to act and protect Israel. This way Israel explains the need to act on the basic right of a state to survive and act against the threat Iran raises.

An alternate justification for Israel’s actions is the consideration of this attack an escalation as a part of an ongoing armed conflict, that was started by Hamas on October 7th, 2023. The massacre that started the war can account for the proof of scale and effect that justify actions in the name of self-defense. This way of perceiving the events leading up to operation “Rising Lion” was included in the Israeli prime minister Netanyahu public speech, where he regarded the actions taken against Israel by the states Iran supports, like Lebanon, Iraq and more as a part of one conflict that Iran both directly and indirectly takes part in. This frames the conflict as a multi-state war against Israel that has been ongoing for nearly two years and justifies actions that won’t only defend Israel but will contribute to an efficient end to the conflict.

According to International Humanitarian Law (IHL), there is no demand for the balance between an attack and the attack to be symmetrical, but a state could use the appropriate actions to effectively end the original attack but should not be unreasonable in its proportions. IHL applies equally and indiscriminately to all parties and protects all the people in armed conflicts who do not oppose or no longer oppose a threat.

According to IHL, Israel’s attack can be allowed in the case of self-defense, since it was against military targets and included specific eliminations of high-ranking targets. The elimination of nuclear scientists as a part of the attack is more complicated when it comes

to IHL, but their considerable contribution to create nuclear weapons can connect them directly to the creation of the threat the nuclear weapon presents. That means even though they are seemingly “regular Iranian civilians”, they have strong connections to the threat Iran creates in the field of nuclear weapon.

In conclusion, although it was covered differently in international media outlets, according to available information, Israel’s operation “Rising Lion” did not violate international law. The demands to apply the right to self-defense by the UN charter are met without using the international law standards in more extreme ways than in past situations and conflicts.

## Institutional Attacks On The Judiciary And Legal Professionals

---

**Tomer Naor, Advocate, Head of the Legal Department, Movement for Quality Government in Israel, Jerusalem**

**Sabine Fuhrmann, Advocate, Vice-President German Federal Bar, Leipzig**

Summary by Elisabeth Urban

The first day of the youth congress concluded with the exciting and highly topical issue of “Institutional attacks on the judiciary and legal professionals”.

The lesson started with the lecture by Adv. Tomer Naor who was invited to the congress from Israel. He is a constitutional lawyer and legal activist working as the head of the legal department of the organization The Movement for Quality Government.

He divided the institutional attacks in three parts: The deliberate escalation of the public discourse, the institutional attacks and the personalization. All of them can be described as a global phenomenon.

To begin with, he explained that the first part of the institutional attacks is the deliberate escalation of the public discourse. To swing the public opinion, the judiciary and legal professionals are branded as inner enemies who are destroying the parliament as the representative of the people. This is intended to convince people that the justice system is against them. Although public opinion often assumes that these attacks frequently originate from the right wing of the political spectrum, this is not always the case. Supporters and opponents of the justice system can be found in all political camps.

The second part that Tomer Naor elaborated on was the institutional attacks which consists in shifting the point of balance between the powers, especially in fa-



Stören Populisten den Parlamentarismus? Mit dieser Frage setzten sich die Rechtsanwältin Sabine Fuhrmann und Tomer Naor auseinander

vor of the executive. The government of Israel tried to adopt a reform of the justice system in January 2023. The method for appointing judges was intended to be changed for example, especially by changing the composition of the Judicial Selection Committee. The same tendencies can be observed in Hungary, Poland and Turkey. Furthermore, the Israeli government intended to limit the Supreme Court’s ability to review the Basic Laws. These form the Israeli constitution but they can be changed as normal parliamentary laws which leads to numerous amendments of the Basic Laws. Since the respective constitutions were established, there have been 27 constitutional amendments in the USA, only 16 in Italy, and more than 150 in Israel. Moreover, the government intended to limit the court’s ability to review and disqualify legislation and government decisions. However, these intended changes from 2023

caused numerous manifestations in Israel which were supported and organized by legal activists.

The third part consists in the personalization that is to say the attacking and ignoring of the court on a personal basis. The government does not recognize the court's decisions anymore which can already be observed in several countries around the world.

Even if the judiciary and legal professionals are at risk, Tomer Naor finished his lecture pointing out that legal activism has an important role in protecting the democracy: Legal professionals have a lot of power in their role as educators and leaders of civil society. Therefore, it is up to every legal professional to stand up for democracy.

The lesson continued with the presentation of Sabine Fuhrmann, a German advocate and vice-president of the German Federal Bar.

She started her lecture by pointing out that institutional attacks on the judiciary and legal professionals can happen in every country, even in a democracy like Germany. Attacks, either verbal or even physical, on legal professionals are an attack on democracy itself. Attacks in Germany have increased in recent decades, with the media, especially new media, being identified as one of the causes, as they serve as fuel for attacks.

An example is the case of a migration lawyer that defended the later terrorist of Solingen in a migration case. Whereas the identity of the lawyer was hidden by the court, the media found out nevertheless and

published the full name and a photo. This led to hate speech, death threats and other attacks on the lawyer. A court later ruled, that the publication of the identity was justified because of the public interest and therefore, the lawyer was not entitled to an indemnity. Sabine Fuhrmann explained that this decision is highly problematic because the lawyer was just doing her job and should not be held liable for her client's subsequent actions. Another example is the attack on a judge at a Berlin administrative court, probably also related to a migration case. The media published his full name as well as in the first example.

Sabine Fuhrmann illustrated the problematic shift to authoritarianism because the justice system cannot protect the vulnerable anymore. But on the other hand, the German Federal Bar and other legal professionals, are raising their voice. The Bar organized e.g. a social media campaign for the rule of law, hosts the podcast "Recht interessant" and contributes to the discussion if a constitutional amendment is necessary to guarantee the right to independent legal advice.

As there are not only problems in Germany but also in other states as the Netherlands and Turkey, international organizations take action as well: the Council of Europe developed the first binding convention for the protection of legal professionals. Unfortunately, Germany is not party to this convention yet, but Sabine Fuhrmann hopes that Germany will ratify it soon.

The lecture ended with an interesting discussion in which Israeli as well as German participants could ask questions and give their own opinions.

## Intellectual Property And Data Protection When Using AI Tools

**Dr. Jan Wildhirth, Advocate, Managing Director Fieldfisher X, Berlin**

**Dr. Yuval Reinfeld, Lecturer at Ben-Gurion University and Chair of the Israel Bar Association's Legal AI Committee, Tel Aviv**

Summary by Nir Van Mil

Dr. Wildhirth opened the session by addressing a fundamental point: In a world with ever-growing amounts of data and expanding regulations, legal complexities inevitably multiply. Human and commercial relation-

ships become long and intricate chains. For example, a German citizen buying a product on Amazon might be purchasing an item made in China, bought by a Belgian citizen, and sold to Germany. This intercon-

nected reality creates legal challenges far beyond those of the past.

Next, Dr. Wildhirth stressed that lawyers must master fast-evolving technologies and AI tools to handle these complexities effectively. “you have to work cross functional.” In his view, lawyers remain somewhat behind on this front. In any problem-solving effort we should acknowledge our relative homogeneity as lawyers: we are trained to think in similar ways and often operate in similar environments. The new era, however, compels collaboration with professionals across diverse disciplines. It is therefore crucial to understand those professions and the people within them—how different experts reason, the approaches they tend to adopt when addressing problems, and where our interfaces with them lie. Dr. Jan added that events of this kind (the conference) offer valuable opportunities to broaden our perspectives and to observe how people think and seek to tackle challenges.

He then introduced the idea of “scalable legal capabilities”: building large, technology-driven systems capable of addressing legal issues on a massive scale. Yet, he warned, unlike many other services, legal solutions face constant scrutiny. Everything produced with AI must undergo thorough human review. He then, I believe, referred to the Avianca Airlines case (probably), where a lawyer used AI-generated precedents—some of which turned out to be hallucinated.

As an example of “scalable legal capabilities” Dr. Wildhirth went on introducing us to Expert Bots: AI agents trained by lawyers to provide fast, accurate regulatory guidance while minimizing AI hallucinations. Clients receive automated checks, tailored legal instructions per jurisdiction, and final human review—combining speed, cost-efficiency, and legal precision.

Dr. Wildhirth concluded his session with a reminder that the legal profession is ever-changing, and we need to learn how to create integrated solutions in order to be effective.

Dr. Yuval Reinfeld, Lecturer at Ben-Gurion University and Chair of the Israel Bar Association’s Legal AI Committee.



KI in der globalisierten Welt: Dr. Jan Wildhirth erläutert die rechtlichen Herausforderungen.

Dr. Reinfeld’s lecture explored the intersection between data protection, artificial intelligence (AI), and European digital regulation. His talk offered both a conceptual and a practical overview of the European legal framework, emphasizing the unique balance between safeguarding individual rights and enabling technological progress.

Dr. Reinfeld opened by explaining that the European approach to data protection stems from a philosophical premise: privacy is a fundamental human right. This perspective stands in contrast to the United States, where privacy is generally treated as a consumer protection issue rather than a personal right. The EU’s unified legal and economic system allows it to implement consistent regulation across all member states, effectively exporting its standards to the rest of the world. Companies seeking to operate in the European market—home to over 450 million people—must comply with these regulations, making the EU’s model a de facto global standard.

At the center of this system lies the General Data Protection Regulation (GDPR), which Dr. Reinfeld described as the world’s most influential privacy law. It defines personal data broadly—encompassing names, ID numbers, biometric information, location data, and more—and grants additional protection to “sensitive data” such as race, ethnicity, and political opinions. The GDPR’s structure requires that any processing of personal data be based on a lawful basis (such as consent, contract, or legal obligation) and for a specific, legitimate purpose.

Reinfeld devoted part of his lecture to the extraterritorial scope of the GDPR, noting that it applies to any company processing EU citizens' data, regardless of where the company is based. Through key cases such as the landmark Google Spain ruling, the Court of Justice of the European Union (CJEU) has clarified that the GDPR is not symbolic—it is actively and rigorously enforced.

Dr. Reinfeld also highlighted the “data subject rights” guaranteed by the GDPR, including the right to be forgotten and the right to erasure, which empower individuals to control their personal information in the digital age.

A significant part of the lecture connected AI systems to data protection concerns. Reinfeld pointed out that AI relies heavily on data—both as input and output—and that such data can include personal or sensitive information. He discussed how AI models might “hallucinate” facts, unintentionally expose private details, or generate content that infringes intellectual property. These developments blur the lines between privacy,

copyright, and ethics, raising new compliance challenges.

He stressed that legal compliance alone is insufficient: understanding the technology itself is essential. Lawyers, regulators, and developers must all recognize how AI systems process and store information. Neglecting this understanding could expose organizations to legal and ethical risks. As AI tools become widespread in professional, academic, and personal contexts, the responsibility to use them wisely grows correspondingly.

In closing, Dr. Reinfeld reflected on the future of digital regulation. He argued that personal data will become an ever more valuable and contested asset—legally, economically, and morally. He urged listeners to shift their mindset—seeing AI not as a replacement for human judgment, but as a tool that demands responsible oversight. The challenge, he suggested, lies in ensuring that the law evolves alongside innovation, preserving a balance between freedom, accountability, and progress.

## Visit And Reception At The Federal Ministry Of Justice And Consumer Protection

---

### Meeting up with Dr. Stefanie Hubig, Federal Minister of Justice and Consumer Protection

Summary by Noa Moalem

The delegation was warmly welcomed at the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection by Minister Dr. Stefanie Hubig.

Minister Hubig opened her remarks by reflecting on the program of the conference: *“Freedom of the press, copyright law, the dangers posed by populism... it is impressive how many topics are being addressed.”* She emphasized that such discussions are *“more important now than ever.”*

Turning to current international affairs, she spoke candidly about Israel's difficult situation in the global arena. She stressed that *“if there is a place where Israeli policy is the subject of honest debate, it is Israel itself.”* Referring to the ongoing war, she acknowledged the

hostages and loss of life on both sides, while underlining: *“There is no doubt as to who started the war – Israel was attacked.”* She expressed hope that the violence will soon cease, the hostages be released, and meaningful dialogue become possible.

Minister Hubig also referred to the delegation's earlier visit to the Sachsenhausen concentration camp, remarking that she was *“moved by the notion of Israelis and Germans standing together at the site of Nazi atrocities.”* She highlighted her personal commitment to opposing antisemitism and defending democracy, noting that both her grandparents had been Nazis: *“It is my duty to stand up for democracy and the rule of law.”*

On behalf of the organizers, Board Member Elmar Esser expressed deep gratitude to Minister Hubig for her support, without which the conference would not have been possible. He emphasized that her commitment sent a powerful message of solidarity, particularly for the Israeli participants, reaffirming that they could count on Germany as a partner and ally.

### Tour of the Ministry Building

The visit concluded with a guided tour of the Ministry building, offering insight into both its history and symbolism.

Originally part of Berlin's garment district, the site once housed a commercial clothing complex with its central courtyard dating back to 1912. At the time, Berlin was a leading fashion capital – outpacing even Paris, Milan, and New York – thanks to innovations such as standardized ready-to-wear sizes and the adoption of steam-powered sewing machines. These advances made clothing accessible to broader society and transformed the city into a hub of modern fashion.

The Ministry of Justice relocated to the building in 1999, adding a fifth executive floor and a rooftop. Today, the historic courtyard serves as a venue for receptions and official ceremonies. A second courtyard features a cen-



Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig, empfing die jungen Gäste aus Israel und Deutschland in Ihrem Ministerium.

tral bamboo grove, designed to bring nature into the building, along with solar panels on the glass roof as part of a commitment to renewable energy. Notably, bullet holes remain visible on the walls – an intentional decision by the architects to preserve traces of history.

The tour concluded in the former International Press Center of the German Democratic Republic (East Germany). It was here that the accidental announcement of unrestricted border crossings was made – a moment that directly precipitated the fall of the Berlin Wall in 1989.

## Tour To The Sachsenhausen Memorial Site And Museum

Summary by Noa Kalash

Sachsenhausen Concentration Camp Memorial site and Museum is located in Oranienburg, approximately 35 kilometers north of Berlin. Sachsenhausen was established in 1936 by the SS as a “model” concentration camp, designed not only to imprison opponents of the Nazi regime but also to serve as the administrative and training center for the entire camp system. It held more than 200,000 prisoners between 1936 and 1945, including political detainees, Jews, Roma and Sinti, homosexuals, Jehovah's Witnesses, and prisoners of war. Tens of thousands perished there through starvation, forced labour, executions, and medical experiments.

The camp's triangular layout was deliberately planned to maximize surveillance and control. At its apex stood Tower A, which overlooked the roll-call square and offered guards a direct line of fire across all prisoner blocks. This architectural precision reflected the bureaucratic efficiency with which the regime translated ideology into spatial order and daily terror.

The main gate, marked by the infamous inscription Arbeit macht frei (“Work sets you free”). This slogan, seen at multiple Nazi camps, encapsulated the regime's cynical manipulation of moral and social values, transforming work into an instrument of dehumanization.



Kranzniederlegung und Kaddisch: Bewegende Momente in Sachsenhausen.

Standing on the wide roll-call square, we learned how prisoners were forced to assemble for hours each day regardless of weather, counted and punished for the smallest deviations. All of the above reflected human endurance while emphasizing how discipline, humiliation, and exhaustion were central mechanisms of control.

### Life and Labour in the Camp

The tour proceeded to the reconstructed prisoner barracks. Inside, we observed the narrow wooden bunks and minimal personal space allotted to each prisoner. strict hierarchies imposed by the SS, who used “prisoner functionaries” (Kapos) to enforce discipline internally, often compelling victims to participate in their own subjugation.

Sachsenhausen was also a site of extensive forced labour. Prisoners worked in nearby armaments factories, brickworks, and workshops producing goods for the SS and private companies. The guide stressed the economic dimension of the camp system as a fusion of ideological persecution and pragmatic exploitation. The surrounding industries profited from slave labour, demonstrating how ordinary businesses became complicit in systemic atrocity.

### Punishment and Execution Sites

One of the most sobering moments of the visit occurred near the Station Z complex, so named to symbolize the “last station” of a prisoner’s life. This area contained the crematorium, execution trench, and gas chamber. Here, mass executions of Soviet prisoners of war and other targeted groups took place beginning in 1941.

remembrance at Sachsenhausen is not only about mourning but also about understanding how ordinary systems such as administrative, legal, and professional, enabled organized killing.

### Medical Experiments and Ideological Control

The memorial’s exhibitions documented pseudo-scientific experiments conducted

on inmates, including testing of new drugs and vaccines. The guide highlighted the role of physicians who violated the Hippocratic Oath under state directives, linking these crimes to broader ethical questions relevant to professional conduct today.

### The End of the Camp and the Soviet Period

Sachsenhausen was liberated by Soviet and Polish troops in April 1945, though thousands of prisoners had already been forced on death marches during the camp’s final days. Following liberation, the site took on a new, complex history: between 1945 and 1950 it served as Special Camp No. 7/No. 1, administered by the Soviet NKVD. In those years, more than 60,000 people were detained there, among them former Nazis but also civilians and political prisoners; an estimated 12,000 died from hunger and disease.

The memorial does not conceal this chapter. Instead, it confronts visitors with the moral ambiguity of post-war justice and the perils of collective retribution. The Soviet use of the camp stands as a reminder that suffering continued on the same soil, albeit under a different regime.

Here is a polished paragraph in formal English, crafted to integrate seamlessly into your existing summary. It is written in the same register and tone as the rest of the report and directly reflects the themes and details you provided from the guided tour transcription:

### Nazi propaganda

A significant portion of the guided tour addressed the theme of propaganda and the systematic distortion of reality that characterized both the design and the public image of Sachsenhausen. The guide emphasized that the camp’s very terminology was rooted in deception. The term Schutzhaft (“protective custo-

dy”) masked the arbitrary imprisonment of individuals without trial, giving the illusion of legality and necessity. Architectural choices also served propagandistic aims; the triangular layout of the camp, conceived as a panopticon-like structure allowing total visibility from a single point, was praised within the Nazi administration as a model of order and efficiency, though in practice it proved impractical and was never replicated. Visitors learned that Nazi authorities openly published images of Sachsenhausen, sometimes featuring party officials or foreign delegates from allied regimes such as Franco’s Spain or Imperial Japan, using them to normalize the existence of concentration camps and to present them as disciplined, productive institutions. During an inspection by the Red Cross, an entirely sanitized narrative was staged to convey the impression of humane treatment and purposeful labour.

Contrasting these official representations with the testimonies of survivors, reveal a striking discrepancy be-

tween propaganda and reality. A 1941 propaganda photograph showing prisoners clearing snow, well-dressed in coats and boots, seemingly engaged in routine work, was described as a “pure propaganda image.” In contrast, survivor accounts, such as those of the communist prisoner Harry Naujoks, depict snow shoveling as a form of punishment: prisoners performed it without tools, barehanded and under extreme cold, often losing fingers and toes after hours of forced labour. The difference between the polished image and the brutal reality illustrates how visual propaganda functioned to disguise cruelty as discipline. The same divergence appeared in depictions of the daily roll call, where official photographs showed orderly ranks, while drawings by former prisoners conveyed scenes of exhaustion, humiliation, and death. The guide reminded visitors that prisoners were forbidden to possess cameras, ensuring that all existing photographs of the camp were created under SS supervision and thus reflected the regime’s narrative control.

## Field Report Of A Hostage

---

### Dr. Shelly Aviv Yeini, Head of the International Law Department at the Hostages and Missing Families Forum, Ramat Gan

Summary by Andreas Weißschädel

#### Personal Data and about the Association:

Dr. Shelly Aviv Yeini has not been a Hostage herself. She is working at a Law University in Haifa.

The Hostages and Missing Families Forum was founded less than 24 hours after the horrific Hamas attack on Israeli villages and towns on October 7, 2023, and is a civilian, volunteer-based organization with no political affiliation.

The Association was founded for different reason. First of all, they were trying to use inter-national law to bring all hostages taken on October 7, 2023 home by any means necessary and through all available channels. For that they provide medical, emotional, and psychological support to hundreds of families whose loved ones are being held hostage. At least they want to

make sure that Hamas must be held accountable at the international level and its actions must be classified as war crimes and crimes against humanity.

The forum includes thousands of volunteers, from families themselves to senior figures in the fields of security, justice, communications, advertising, creativity and diplomacy.

#### Discourse on international law in the case of Israel and October 7th, 2023:

On the headline “when people get violent, they lose their humanity” the speaker started to talk about the necessity of international law and its influence on the peace process, on the basis of Article 1 of the UN Charter, which is about protecting and preserving peace and security in the world. At the same time, the



Die NGO „Family Forum“ setzte sich für die Freilassung der israelischen Geiseln aus der Hamas-Gefangenschaft ein. Dr. Shelly Yeini war unermüdlich im Einsatz, um die Angehörigen der Geiseln bei rechtlichen Fragen zu unterstützen.

spokesperson stated that, despite all good intentions, international law is not suitable for achieving peace. Firstly, it provides only limited mechanisms, and secondly, the UN Charter was created under the influence of World War II primarily to resolve conflicts between states. But when there is a non-state actor, like Hamas, the mechanisms of international law are highly limited. Following this, international law is more about just flagging what is going on in a conflict, than in forming a solution.

On the other hand, she spoke about the International Court of Justice in Den Hague and the investigations of Chief Prosecutor Khan, who, even before hearing the Israeli side of the story, had already stated that Israel was committing genocide in the Gaza Strip.

For this reason, and to represent the Israeli perspective, the association began collecting evidence to support the process.

While gathering evidence, the organization was particularly keen to demonstrate that not only the Israelis

taken hostage were and are being tortured, but that their families are also suffering psychological torture.

In order to comprehensively achieve its goals, it is important for the organization to remain politically neutral. The organization wants to reach everyone and not be politically cornered. As in the spokesperson's opinion an open discussion with several parties is only possible if one does not take sides with any of the parties involved. To achieve this goal, it is often necessary to speak two different languages: one to reach the victims of terrorism, and another to spread the message abroad. Both the organization and the country of Israel urgently need international support to achieve their goals. Especially when you look on what is going on in Iran and Qatar for example. Therefore, the organization also does not call what happens on October 7., 2023, a genocide. Because if they do so, they must fear that they will not be accepted by the Palestinian side or by Hamas as mediator.

Despite all objectivity, one must not forget that international law offers considerable scope for interpretation and explanation. For example, Russia describes its war in Ukraine as self-defense, just as the deployment of drones into Polish airspace was allegedly an accident.

Taking hostages is no invention of Hamas, rather, it is often used as a weapon of war to achieve war goals with little effort and in an effective way (Example of Boko Haram/ Russia).

On the spokespersons opinion in the end, the discussion on a Palestinian state should in the first place be connected with the release of all the remaining hostages. Otherwise, the burden on the families and victims on the Israeli side would be too high.

# TESTIMONIES

## The Impact Of Oct 7 On Young Israelis

Summary by Tal Ossi Bernstein

### **Dvir Saudian – A Brother’s Tribute to Sahar**

Dvir Saudian spoke with quiet strength about his sister, Sahar Saudian, a 21-year-old soldier in Israel’s Air Defense Command, who was killed on October 7th. Sahar had volunteered to take a weekend shift at her base in the south, a decision that would ultimately cost her life.

That morning, Sahar operated the Iron Dome, intercepting over 100 rockets and saving countless lives. But as the attack escalated, Sahar and her fellow soldiers were forced to hide. They were eventually discovered and murdered by Hamas terrorists who infiltrated the base near Re’im.

Dvir’s words painted a portrait of Sahar not just as a soldier, but as a brave, selfless young woman who chose duty over comfort, and whose final hours were marked by heroism. His lecture was a deeply personal and heartbreaking reminder of the human cost of war.

### **Noa Kalash – Surviving Nova, Rebuilding Life**

Noa Kalash, a law student at Tel Aviv University, shared her harrowing experience at the Nova music festival, and the long emotional journey that followed. She and her best friend Noam arrived at the festival at dawn, expecting joy and music. Within an hour, the sky filled with rockets, and the celebration turned into a nightmare.

As chaos unfolded, Noa and Noam tried to escape. They encountered people shouting warnings about nearby terrorists. At first, Noa felt reassured by the presence of emergency vehicles - but that illusion shattered when police told them they could no longer protect them, and urged them to hide.



Sahar Saudian (links) wurde beim Einsatz am 7. Oktober 2023 getötet, Noa Kalash ist eine Überlebende des Nova Festivals

Separated from Noam, Noa ran for her life, eventually finding a bush to hide in for hours, surrounded by gunfire and terror. Noam, a paramedic, stayed behind in an ambulance to help the wounded. She was killed when the ambulance was struck by an RPG missile. Noa also lost another close friend, Karina Pritika, that day.

In the aftermath, Noa adopted a support dog named Ringo, who became her emotional anchor. Inspired by the healing Ringo brought her, she founded “IDF DOGS”, an organization that pairs support dogs with traumatized soldiers. Her initiative was honored with the President’s Award, a testament to resilience born from unimaginable loss.





# Ehrungen von DIJV-Präsidentin und Vizepräsident

## Israelische Ehrenmedaille für DIJV-Präsidentin Brigitte Zypries



Im November 2024 wurde die Präsidentin der DIJV, Brigitte Zypries, mit der Ehrenmedaille des israelischen Präsidenten Isaac Herzog geehrt. Die Ehrenmedaille ist die höchste zivile Auszeichnung, die der israelische Präsident verleiht. Nach Bundeskanzlerin Angela Merkel ist DIJV-Präsidentin erst die zweite Deutsche, der diese Medaille verliehen wird. „Wir sind dankbar dafür, dass Sie sich als verantwortliche Politikerin mit ganzer Kraft gegen Antisemitismus, für Humanität und Völkerverständigung eingesetzt haben“, sagte der Israelische Präsident Isaac Herzog bei der Preisverleihung in Jerusalem. Er dankte ihr für ihren unermüd-

lichen Einsatz zur Aussöhnung zwischen Israel und Deutschland.

Brigitte Zypries hat sich bereits in ihrer Amtszeit als Bundesministerin der Justiz von 2002 bis 2009 in besonderem Maße für die Vertiefung der Kontakte zwischen den Justizwesen in Deutschland und Israel eingesetzt. 2015 wurde sie zur Präsidentin der DIJV gewählt. Als Präsidentin widmet sich Brigitte Zypries insbesondere den Aktivitäten für angehende Juristinnen und Juristen. Dank ihres Netzwerks insbesondere

mit der Start-Up-Szene beider Länder konnten bereits mehrfach hochkarätige Vortragende zu aktuellen Themen aus dem Spannungsfeld Legal Tech für Tagungen gewonnen werden.

Auch in ihrem Amt als Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum und als Beiratsmitglied des European Leadership Network (ELNET) engagiert sich Brigitte Zypries, die neben dem Justizministerium auch das Wirtschaftsministerium (2017/2018) geleitet hat, an herausgehobener Position für die Beziehungen beider Länder.

## Bundesverdienstkreuz für DIJV-/IDJV-Vizepräsident Dr. Lothar Scholz



Für seine jahrzehntelangen Verdienste um die Beziehungen zwischen deutschen und israelischen Juristen hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeyer dem Vizepräsidenten unserer Vereinigungen, Dr. Lothar Scholz, im September 2024 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

In seiner Laudatio anlässlich der Aushändigung der Aus-

zeichnung am 20. September 2024 in Frankfurt am Main betonte Prof. Dr. Roman Poseck, Hessischer Minister des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz, dass Lothar Scholz seit der Gründungsversammlung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung im Jahre 1989 in Jerusalem maßgeblich zur erfolgreichen Entwicklung der Vereinigung beigetragen habe. Mit seiner ruhigen, zugewandten und stets auf Ausgleich der Interessen bedachten Art habe Lothar Scholz es verstanden, enge persönliche und belastbare Beziehungen mit Juristinnen

und Juristen beider Länder aufzubauen. Dieses Netzwerk sei ein wesentlicher Bestandteil der inzwischen 35-jährigen Erfolgsgeschichte der beiden Vereinigungen.

# Veranstaltungen und Veröffentlichungen der DIJV im Zusammenhang mit dem 7. Oktober 2023

Der Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 und die sich hieran anschließenden Entwicklungen in Israel bedurften einer zeitnahen juristischen Einordnung. Die DIJV reagierte hierauf frühzeitig. In unterschiedlichen Veranstaltungs- und Kommunikationsformaten leistete die DIJV einen Beitrag zur sachlichen Information über die aktuelle Lage, zu völkerrechtlichen Fragestellungen sowie zu den rechtlichen und politischen Folgen des 7. Oktobers. Neben kurzfristig organisierten digitalen Veranstaltungen gehörten hierzu auch öffentliche Gespräche, die Teilnahme an Fachkonferenzen sowie Stellungnahmen und Pressemitteilungen.

## 16. Oktober 2023: Krieg in Israel: Zoom-Veranstaltung zur aktuellen Situation in Israel

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges wurden in der Online-Veranstaltung am 16. Oktober 2023 die Entwicklungen in Israel und dem Nahen Osten beleuchtet. Hierzu bewertete zunächst Dr. Peter Lintl von der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin) die aktuelle Lage und anschließend berichtete DIJV-Mitglied Tobias Brors, der sich zum Zeitpunkt der Veranstaltung bei seiner Familie in Israel aufhielt, und Zvi Tirosh, 2. Vorsitzender der DIJV, über die aktuelle Situation vor Ort und aus israelischer Perspektive.

## 17. Oktober 2023: Krieg in Israel - Gespräch mit der ehemaligen deutschen Botschafterin

Die ehemalige deutsche Botschafterin, Susanne Wasum-Rainer und Vorstandsmitglied der DIJV sprach in dem „MDR-Interview der Woche“ über den grausamen Angriff der Hamas und ging der Frage nach, wie es dazu kommen konnte und ob die Diplomatie versagt hat.

## 19. Oktober 2023: DIJV-Vorsitzende berichten in Recklinghausen über aktuelle Situation in Israel

Auf Einladung des Justizministers von Nordrhein-Westfa-



Minister Benjamin Limbach (M.) flankiert von den DIJV-Vorsitzenden Zvi Tiroch (l.) und Elmar Esser.

len, Dr. Benjamin Limbach, nahmen die Vorsitzenden der DIJV, Zvi Tirosh und Elmar Esser, am 19. Oktober 2023 an der Konferenz der Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten des Landes NRW teil. Sie berichteten in Recklinghausen

über die aktuelle Situation in Israel und dem Gaza-Streifen. Die DIJV-Vorsitzenden machten dabei deutlich, dass es für Israel im Kampf gegen den Terror um die Existenz geht.

## 11. Januar 2024: Stellungnahme der DIJV zum Völkermordvorwurf Südafrikas vor dem IGH

„Die DIJV verfolgt die Entwicklung zu dem von Südafrika angestrebten Verfahren gegen Israel aufmerksam. Mit der Bundesregierung ist sie der Auffassung, dass der Vorwurf des Völkermordes gegenüber Israel haltlos ist. Die DIJV tritt gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass Deutschland zu gegebener Zeit in dem Verfahren als Drittstaat interveniert.“

Auch der Hessische Justizminister und DIJV-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Roman Poseck bewertet den Vorwurf in einer aktuellen Presseerklärung als abwegig: „Israel nimmt sein Recht zur Selbstverteidigung wahr. Der Vorwurf des Völkermordes ist abwegig. Deutschland sollte sich in dem Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof als Drittstaat an die Seite Israels stellen.“

DIJV-Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Christian Walter, hat im Verfassungsblog.de ebenfalls ausführlich erläutert, warum Deutschland vor dem IGH dem Vorwurf des Völkermordes entschieden entgegenzutreten sollte.

(Links zu den ausführlichen Stellungnahmen finden sich unter [www.dijv.de](http://www.dijv.de))

## 30. September 2024: Der Nahostkonflikt – Podiumsdiskussion und Vortrag mit dem DIJV-Vorsitzenden Elmar Esser

Auf Einladung der Synagogen-Gemeinde Köln und dem Städtepartnerschaftsverein Köln-Tel Aviv hat Elmar Esser, 1. DIJV-Vorsitzende, in einem Vortrag mit anschließendem Podiumsgespräch über die aktuelle Lage in Israel nach dem 7. Oktober 2023 gesprochen.

## 22. November 2024: Pressemitteilung: DIJV zur IStGH-Entscheidung vom 21.11.2024

### Erklärung der Deutsch-Israelischen und Israelisch-Deutschen Juristenvereinigung zu den Haftbefehlen des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant

*„Die Deutsch-Israelische und die Israelisch-Deutsche Juristenvereinigung nehmen mit großer Sorge die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) vom 21.11.2024 zur Kenntnis, Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant zu erlassen. Wir halten diese Entscheidung aus juristischer wie auch aus politischer Sicht für äußerst problematisch.*

*Zunächst ist unbestreitbar, dass Israel ein Recht auf Selbstverteidigung hat - sowohl gegen die Gewalt der Hamas als auch gegen die Bedrohung durch den Iran und die Hisbollah.*

*Juristisch ist sehr zweifelhaft, ob der IStGH in diesem Fall überhaupt zuständig ist. Die Zuständigkeit des Gerichtshofs besteht nur dann, wenn ein Staat nicht willens oder nicht in der Lage ist, schwerwiegende Straftaten selbst zu verfolgen. Israel verfügt jedoch über ein Justizsystem, das seine Unabhängigkeit und Resilienz wiederholt unter Beweis gestellt hat.*

*Die Anerkennung Palästinas als Staat hingegen, die dieser Entscheidung zugrunde liegt, ist umstritten. Auch Deutschland erkennt eine Staatlichkeit Palästinas nicht an.*

*Erschwerend kommt hinzu, dass wesentliche Teile der gerichtlichen Begründung nicht veröffentlicht wurden. Dies wirft ernsthafte Zweifel an der Transparenz und Objektivität der Entscheidungsfindung des Gerichts auf.*

*Wir sehen mit Sorge, dass diese Entscheidung international gefeiert wird - insbesondere von der Hamas und ihren Unterstützern. Dies unterstreicht die problematischen politischen Folgen der Haftbefehle. Es wirft die Frage auf, ob sie den Friedensprozess in der Region nicht weiter erschweren. Und es sollte allein Grund genug sein, die Entscheidung zurückzunehmen.“*

## 30. Januar 2025: DIJV, Keren Hayesod und BRAK laden zur Zoom-Veranstaltung ein



Gründerin und Vorsitzende des Dvora Instituts: Dr. Cochav Elkayam-Levy.

Die DIJV lud zu einer Kooperationsveranstaltung im Onlineformat mit Keren Hayesod e.V. und der Bundesrechtsanwaltskammer ein.

DIJV-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Christian Walter gab zunächst einen Einblick in die völkerrechtlichen Aspekte des 7. Oktober 2023 und dessen Folgen. Im Anschluss folgte - nach einer Vorstellung von Keren Hayesod e.V. durch die Delegierte für Süddeutschland, Stella Syrkin - ein Gespräch zwischen dem 1. DIJV-Vorsitzenden Elmar Esser und Frau Dr. Cochav-Elkayam-Levy. Die Gründerin und Vorsitzende des Dvora Institute for Gender and Sustainability Studies in Israel, stellte die Arbeit ihrer Institution vor.

Nach dem abscheulichen Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 gründete das Dvora Institute die Zivilkommission zu den Verbrechen der Hamas gegen Frauen und Kinder am 7. Oktober. Aufgabe der Zivilkommission ist es, die Kriegsverbrechen der Hamas gegen Frauen, Kinder und Familien während und nach den schrecklichen Ereignissen zu recherchieren, zu dokumentieren, sich für deren Aufklärung einzusetzen und diese aktiv zu unterstützen. Darüber hinaus setzt sich die Zivilkommission dafür ein, dass die Täter sich für die Kriegsverbrechen verantworten müssen. Der Report des Dvora-Instituts kann hier abgerufen werden: <https://www.dvora-institute.org/cc07-1-1>.

Ein ausführliches Portrait der Juristin und Gründerin des Dvora Instituts, Dr. Cochav-Elkayam-Levy, ist in der Jüdischen Allgemeine ([www.juedische-allgemeine.de](http://www.juedische-allgemeine.de)) erschienen. Es ist im Internet in der Ausgabe vom 29.11.25 nachzulesen.

# Veranstaltungen und Veröffentlichungen der DIJV zur Justizreform in Israel

---

Die israelische Regierung verfolgt seit Dezember 2022 Pläne zu einem radikalen Umbau der Judikative, und ein Ende ist bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Sicht. Die Unterstützer erhoffen sich eine Stärkung der Regierung, die weniger von den Gerichtshöfen eingeschränkt werden. Kritiker und auch die DIJV warnen vor einer einschneidenden Schwächung der demokratischen Gewaltenteilung. Beobachter sehen Israel in der schwersten Krise seit seiner Gründung vor 75 Jahren. In verschiedenen Veranstaltungen setzte sich die DIJV mit den Plänen zur Justizreform auseinander, setzte u.a. auch Presserklärungen ab. Zudem fanden zwei Delegationsreisen nach Israel statt, um sich vor Ort ein Bild über die Lage zu machen.

## 21. Januar 2023: Gemeinsame Erklärung der Israelisch-Deutschen (IDJV) und der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung (DIJV) zum Plan von Minister Yariv Levin zu Änderungen des Rechtssystems in Israel

In engem zeitlichem Zusammenhang zum Beginn der Pläne haben IDJV und DIJV eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in welcher sie u.a. ausführten:

*„Die Israelisch-Deutsche und die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung teilen die Position der Präsidentin des Supreme Court von Israel, der ehrenwerten Richterin Esther Hayut. Wir lehnen die Änderungen des Rechtssystems in Israel, wie sie von Justizminister Yariv Levin vorgeschlagen werden, entschieden ab. Die Vereinigungen warnen davor, dass die vorgesehenen Änderungen dem israelischen Justizsystem, das in seiner jetzigen Form unter den geordneten demokratischen Ländern der Welt hohes Ansehen genießt, schweren Schaden zufügen werden. Die von Minister Levin vorgeschlagenen Änderungen werden das Gleichgewicht zwischen Legislative, Exekutive und Judikative radikal verschieben und somit den Grundlagen der israelischen Demokratie und dem Ansehen des Staates Israel in den Augen seiner befreundeten demokratischen Staaten schwerwiegend schaden. Die Vereinigungen fordern die Regierung Israels auf, den Plan der Änderungen von Minister Levin nicht weiter zu verfolgen.“*

Der vollständige Wortlaut der Erklärung kann unter [www.dijv.de](http://www.dijv.de) abgerufen werden.

## 13. Februar 2023: Zoom Veranstaltung zu der umstrittenen Justizreform in Israel „Rechtsstaat in Israel in der Krise“

DIJV/IDJV und die Bundesrechtsanwaltskammer luden am 13. Februar 2023 zu der Veranstaltung „Der Rechts-

staat in Israel in der Krise“: Online-Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Yoram Danziger ein.

Der ehemalige Richter am Supreme Court of Israel Prof. Dr. Yoram Danziger sieht in den Plänen eine große Gefahr für die bestehende Gewaltenteilung, fürchtet eine dramatische Schwächung der Judikative und stellte sehr pessimistisch fest, dass sich „Israel zurzeit in der schlimmsten Krise seit der Staatsgründung“ befände.

Die Präsidentin der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung, Brigitte Zypries, sprach in ihrem Grußwort von dem „Countdown zu einem anderen Israel“ und meinte damit, die gravierenden Veränderungen im israelischen Rechtssystem, die von der neuen israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu in Angriff genommen worden sind.

## 17. Februar 2023: Gefahr für den Rechtsstaat in Israel – Podcast mit dem 1. DIJV-Vorsitzenden Elmar Esser

In einem Podcast mit der Bundesrechtsanwaltskammer hat sich der 1. Vorsitzende der DIJV, Elmar Esser, detailliert zu der geplanten Justizreform geäußert und auf die drohende Gefahr für die Demokratie und die unabhängige Justiz hingewiesen. Darüber hinaus schildert er seinen persönlichen Werdegang und beschreibt seinen Weg in die DIJV. (Einen Link zu dem Podcast finden Sie unter [www.dijv.de](http://www.dijv.de))

## März 2023: Hinweis auf Veröffentlichungen und Interviews des Vorstandes des DIJV

Zu der geplanten Justizreform in Israel hat Elmar Esser, 1. Vorsitzender der DIJV im Deutschlandfunk ein Interview gegeben. Daneben hat DIJV-Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Christian Walter am 2. März 2023 mit der NJW ein Gespräch über die geplante Justizreform geführt.

(Links zu den Interviews finden Sie unter [www.dijv.de](http://www.dijv.de))

### 15.- 17. April 2023 Delegationsreise DIJV und BRAK nach Israel



Vom 15. – 17. April 2023 fand eine von der DIJV und der BRAK organisierte Delegationsreise nach Israel statt, an der auch Bettina Limperg, die Präsidentin des Bundesgerichtshofs (Mitte, mit T-Shirt), teilgenommen hat. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Justiz, Anwaltschaft und Wirtschaft sowie Lehre und Forschung in Tel Aviv und Jerusalem konnten sich die Teilnehmenden der Delegation- Vertreter der BRAK, der Bar Israel und vom Vorstand der DIJV sowie IDJV, einen Eindruck von der aktuellen Situation vor Ort machen und den Kolleginnen und Kollegen vor Ort ihre Solidarität im Eintreten für einen demokratischen Rechtsstaat zum Ausdruck bringen.

### 24. Mai 2023: Justizumbau in Israel – gemeinsame Presseerklärung von DIJV und BRAK

#### Justizumbau in Israel gefährdet Demokratie und Gewaltenteilung

Im Anschluss an die Delegationsreise im April 2023 brachten DIJV und BRAK in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 24. Mai 2023 ihre Sorge um die Stabilität des israelischen Systems der Checks and Balances zum Ausdruck und bekundeten ihre Solidarität mit der israelischen Justiz, der Anwaltschaft sowie der rechtswissenschaftlichen Gemeinschaft.

In der Erklärung wurden erhebliche rechtsstaatliche Bedenken gegen die von der israelischen Regierung

seit Dezember 2022 geplanten Reformen der Judikative geäußert. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Einschränkung der Kontrollbefugnisse des Obersten Gerichts, die politische Dominierung des Richterwahlverfahrens sowie die Schwächung der unabhängigen Stellung der Anwaltschaft, wurden als Gefährdung des Systems der Gewaltenteilung und des Systems der „Checks and Balances“ bewertet.

Hervorgehoben wurde, dass das israelische Rechtssystem aufgrund des Fehlens einer geschriebenen Verfassung in besonderem Maße auf eine starke und unabhängige Justiz angewiesen sei. Eine gesetzliche Möglichkeit, Entscheidungen des Supreme Courts mit einfacher Parlamentsmehrheit aufzuheben, würde diese zentrale Kontrollfunktion „entscheidend beschneiden“.

Besondere Sorge äußerten DIJV und BRAK zudem angesichts persönlicher Angriffe und Diffamierungen von Richterinnen und Richtern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Justiz. Diese Entwicklung überschreite „die Grenzen des kritischen Dialogs“ und stelle die Unabhängigkeit der Justiz insgesamt in Frage.

Mit Blick auf die Rolle der Anwaltschaft betonte die BRAK die Ablehnung der geplanten Schwächung der Israel Bar Association und der unabhängigen anwaltlichen Rechtsberater der Regierung. Die israelische Anwaltschaft sei eine „anerkannte Kontrollinstanz“ und ein wesentlicher Bestandteil des rechtsstaatlichen Systems.

(Die vollständige Presseerklärung ist unter [www.dijv.de](http://www.dijv.de) abrufbar)

### Mai 2023: Beitrag von Rechtsanwalt Elmar Esser (1. DIJV-Vorsitzender) im Berliner Anwaltsblatt „Rechtsstaat in der Krise – Quo vadis Israel?“

In seinem Beitrag im Berliner Anwaltsblatt „Rechtsstaat in der Krise – Quo vadis Israel“ schildert der 1. Vorsitzende der DIJV ausführlich die Pläne zum Justizumbau, ordnet diese ein und schlussfolgert, dass sich der Rechtsstaat in Israel in einer Krise ungeahnten Ausmaßes befinde.

Den kompletten Artikel können wir hier aus Platzgründen nicht abdrucken. Sie finden ihn auf der Homepage ([www.dijv.de](http://www.dijv.de), Presse)

## Weitere DIJV-Reaktionen auf den geplanten Justizumbau in Israel

Die Knesset hat am 24. Juli 2023 ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine Überprüfung von Entscheidungen der Regierung und der Exekutive auf ihre „Angemessenheit“ durch Gerichte, insbesondere durch den Supreme Court, untersagt werden soll. Dieses Vorhaben hatte bereits im Vorfeld zu landesweiten Protesten geführt. Gespräche über einen Kompromiss waren zuvor gescheitert.

Vertreter der DIJV sind in der Folge von verschiedenen Medien um Statements, Einschätzungen und Erläuterungen gebeten worden. Hier einige Beispiele:

- **Statement unserer Präsidentin Brigitte Zypries für den NJW-Newsletter vom 26. Juli 2023:**

In ihrem Statement bekundete die Präsidentin der DIJV, Brigitte Zypries, dass aus ihrer Sicht das System der Kontrolle und des Ausgleichs durch Justiz und Anwaltschaft aus den Angeln gehoben wird. *„Das jetzt verabschiedete Gesetz reißt ein empfindliches Loch in das fragile Rechtssystem Israels, das weder eine geschriebene Verfassung kennt noch eine Kontrolle durch föderale Kompetenzverteilung und den Zwang zur Zusammenarbeit bei der Gesetzgebung, wie er bei uns besteht“*. Die Vereinigung hofft, dass weitere Versuche unternommen werden, um den Konflikt im Verhandlungsweg beizulegen. *„Eine Entmachtung der unabhängigen Judikative wäre der Weg zu einem totalitären Staat“*, so Zypries.

- **Gastbeitrag von Elmar Esser, 1. Vorsitzender der DIJV in der Kammerton-Ausgabe 9/23 sowie in der Legal Tribune Online vom 26. Juli 2023 und vom 3. August 2023.**

- **10. September 2023: Kino-Abend für einen guten Zweck mit Elmar Esser auf Einladung der WIZO**

Vor dem Hintergrund der angespannten politischen Situation in Israel, die vor allem durch die geplanten Änderungen im israelischen Justizsystem entstanden ist, lud die WIZO Köln am 10. September 2023 Elmar Esser, 1. DIJV-Vorsitzender, nach Köln ein, um einen Überblick zu der aktuellen juristischen Situation in Israel zu geben.

- **Als im September 2023 im Supreme Court über den umstrittenen Umbau des Justizsystems verhandelt wurde, erhielt die DIJV zahlreiche Presseanfragen.**

Am 12. September 2023 fand vor dem Supreme Court in Israel eine historische Verhandlung statt. Erstmals in der Geschichte des Gerichts nahmen alle 15 Richter an einer Anhörung in dem Verfahren über das am 24. Juli 2023 beschlossene Gesetz teil, mit dem die Anwendung der sog. „Reasonable-Clause“ bei der gerichtlichen Überprüfung von Entscheidungen der Regierung und der Exekutive ausgeschlossen werden soll. Aus Anlass der Verhandlung wurde die DIJV von verschiedenen Medien um Stellungnahmen gebeten.

U.a. gab es folgende Veröffentlichungen:

**Der Berliner Tagesspiegel veröffentlichte am 11.9.23 ein Statement des 1. DIJV-Vorsitzenden, Elmar Esser.**

**In einem Interview mit WDR 5 Radio wurde Elmar Esser am Tag der öffentlichen Verhandlung vor dem Supreme Court zur aktuellen Lage befragt.**

**Am 12. September 2023 wurde zudem der dringende Appell „Schutz für den Rechtsstaat in Israel!“ vom 4. September 2023 veröffentlicht (siehe Einblocker)**

- **27. September 2023: Hybridveranstaltung – Vorstellung des Appells durch die genannten Organisationen**

Sodann berichtete Prof. Dr. Yaniv Roznai, stellvertretender Dekan an der juristischen Fakultät der Reichman University Herzliya per Zoom über die aktuelle Lage in Israel. Er war für die Opposition u.a. an den Gesprächen mit der Regierung bei Staatspräsident Herzog beteiligt.

Die einzelnen Statements bzw Veröffentlichungen finden sich unter [www.dijv.de](http://www.dijv.de) – [Aktuelles](#) oder [Presse](#).

# Dringender Appell: Schutz für den Rechtsstaat in Israel!



RAK

Rechtsanwaltskammer  
Berlin



## Dringender Appell: Schutz für den Rechtsstaat in Israel!

Berlin, 4. September 2023

Israel sieht sich derzeit der größten Herausforderung für seine demokratische Verfasstheit seit seiner Gründung vor 75 Jahren gegenüber. Die rechts-religiöse Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu strebt einen weitgehenden Umbau des Rechtsstaates an, der einem Abbau rechtsstaatlicher Strukturen gleichkommt. Dies führte zur größten Protestbewegung seit Gründung des Staates Israel, die seit Januar dieses Jahres immer breitere Unterstützung in der Gesellschaft erfährt.

Tiefgreifende Eingriffe in die Zuständigkeit und Besetzung von Gerichten, die Abschaffung unabhängiger Kontrollinstanzen der Exekutive und die Aufhebung der Selbstverwaltung der Anwaltschaft zielen darauf ab, wesentliche Schutzmechanismen einer liberalen Demokratie außer Kraft zu setzen. Weitere Eingriffe in Minderheiten-, Gleichheits- und Frauenrechte stehen zu befürchten.

In der ersten Jahreshälfte hat die Regierung hierzu bereits eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt. Ein am 24. Juli 2023 von der Knesset beschlossenes Gesetz beschneidet künftig die Kompetenzen des Supreme Court bei der Überprüfung von Entscheidungen der Regierung und der Exekutive ganz erheblich. Für den Herbst wurde nun eine Reihe weiterer Gesetzesinitiativen angekündigt, die sich gegen Institutionen des Rechtsstaates richten, denen für die Aufrechterhaltung der staatlichen Gewaltenteilung eine herausragende Funktion zukommt. Hierzu zählen die Gerichtsbarkeit, die Unabhängigkeit der Rechtsberater der Ministerien und der Regierung sowie die Anwaltskammer.

### Eingriff in die Unabhängigkeit der Judikative

Vehement verfolgt die Regierung ihr Ziel weiter, das Verfahren zur Wahl von Richterinnen und Richtern unter ihre Kontrolle zu bringen. Bisher werden alle Richterstellen in Israel von einer Richterwahlkommission besetzt. Dieser Kommission gehören neun Mitglieder an:

- zwei Vertreter der Knesset (Koalition und Opposition)
- zwei Minister (darunter der Justizminister)
- zwei Vertreter der israelischen Anwaltskammer
- drei Richter des Supreme Court.

Die bisherige Zusammensetzung der Richterwahlkommission gewährleistet ein erhebliches Mitspracherecht der Richter- und Anwaltschaft bei sämtlichen Entscheidungen. In der Vergangenheit

## Dringender Appell: Schutz für den Rechtsstaat in Israel!

waren Regierungen immer wieder dazu gezwungen, im Wege der Verständigung mit den anderen Ausschussmitgliedern Kompromisse einzugehen.

Dies will die Koalition nun ändern. Ziel ist es, insbesondere am Supreme Court Stellen unter Umgehung von Richter- und Anwaltschaft neu und vor allem regierungsfreundlich zu besetzen. Der Richterwahlkommission sollen künftig 11 oder noch mehr Mitglieder angehören, darunter sogenannte „Vertreter der Öffentlichkeit“, die vom Justizminister in alleiniger Verantwortung und nach eigenem Gutdünken ernannt werden. Die Anwaltschaft soll in der Kommission nicht mehr vertreten sein.

Dieser Gesetzentwurf stellt die Unabhängigkeit der Richter und damit den Rechtsstaat in Frage.

### **Eingriff in die Unabhängigkeit der Rechtsberater**

Israel verfügt über ein besonderes System der vorgeschalteten Überprüfung von Entscheidungen der Regierung und der Ministerien durch weisungsunabhängige Rechtsberater („Legal Advisors“). Den Rechtsberaterinnen und Rechtsberatern, die fachlich allein der Generalstaatsanwältin als oberster Rechtsberaterin der Regierung verantwortlich sind, kommt die Aufgabe zu, in Rechtsgutachten Entscheidungen der Ministerien bzw. der Regierung vorab auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Die Gutachten der Rechtsberaterinnen und Rechtsberater gelten als verbindlich.

Die Koalition plant, diesen Gutachten nur noch Empfehlungscharakter zuzubilligen und ihnen die Rechtsverbindlichkeit zu nehmen. Die Beraterinnen und Berater sollen zudem ihre unabhängige Stellung verlieren.

Ein derartiges Vorhaben würde eine unabhängige Kontrollinstanz, der im israelischen Rechtsstaat eine herausgehobene Position zukommt, ausschalten.

### **Eingriff in die Unabhängigkeit der anwaltlichen Selbstverwaltung**

Die israelische Anwaltschaft ist selbstverwaltet verfasst durch die Israel Bar Association. Sie organisiert als unabhängiges statutarisches Selbstverwaltungsorgan mit Ausnahme der Richterschaft alle Juristinnen und Juristen mit der Befähigung zum Richteramt, auch wenn sie im öffentlichen Dienst tätig sind. Die Israel Bar Association ist in der Richterwahlkommission vertreten und auch zuständig für die Prüfung und Zulassung zur Anwaltschaft. Die Anwaltschaft ist in Israel anerkannter Teil der staatlichen Gewaltenteilung.

Die Koalition hat in der Knesset einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Anwaltskammer durch einen „Anwaltsrat“ ersetzen soll, der ebenfalls allein vom Justizminister ernannt werden soll. Dieser „Anwaltsrat“ soll auch berufsrechtliche und disziplinarische Verfahren übernehmen.

Die Auflösung der Israel Bar Association als autonome Selbstverwaltung der Anwaltschaft stellt einen massiven Eingriff in die rechtsstaatlichen Strukturen Israels dar.

# Dringender Appell: Schutz für den Rechtsstaat in Israel!

## Appell zum Erhalt rechtsstaatlicher Strukturen

Die unterzeichnenden Organisationen sind angesichts dieser Entwicklungen alarmiert und in höchster Sorge um den Fortbestand des Rechtsstaats und der Demokratie in Israel. Der Versuch, dem Justizministerium in vielen Bereichen Alleinentscheidungsbefugnis unter Ausschluss der Richter- und Anwaltschaft einzuräumen, stellt eine Abkehr von rechtsstaatlichen Strukturen sowie eine faktische Abschaffung der Gewaltenteilung dar.

Als Freunde Israels erklären wir uns solidarisch mit den Anwältinnen und Anwälten, den Richterinnen und Richtern, Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftlern in Israel, die gegen den von der Regierung beabsichtigten Umbau von Justiz und Verwaltung protestieren.

Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die sich für den Rechtsstaat und die Demokratie in Israel einsetzen.

Brigitte Zypries, Präsidentin  
Deutsch-Israelische Juristenvereinigung e. V.

Berlin, 04.09.2023

Rechtsanwältin Dr. Vera Hofmann, Präsidentin  
Rechtsanwaltskammer Berlin

Berlin, den 04.09.2023

Rechtsanwalt und Notar Dr. Ulrich Wessels, Präsident  
Bundesrechtsanwaltskammer

Berlin, 04.09.2023

Vizepräsidentin des Landgerichts Andrea Titz,  
Vorsitzende  
Deutscher Richterbund, Bund der  
Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen  
und Staatsanwälte e.V.

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht  
Joachim Lüblinghoff, Vorsitzender  
Deutscher Richterbund, Bund der  
Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen  
und Staatsanwälte e.V.

Berlin, 04.09.2023

### 13. – 16. April 2024: DIJV- Delegationsreise Israel – Besuch in schwierigen Zeiten



Vom 13.-16. April 2024 besuchten Mitglieder von Präsidium und Vorstand der DIJV sowie die Präsidentin des Bundesgerichtshofes, Bettina Limperg (l.), Israel. Die Reise diente dazu, sich über den Sachstand der Pläne zum Umbau der Justiz zu informieren, sowie Solidarität mit Israel nach dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 zu zeigen. Für die DIJV nahmen teil: Vizepräsident Dr. Lothar Scholz, die Vorsitzenden Elmar Esser und Zvi Tirosh sowie unsere Geschäftsführerin Jacqueline Hopp. Die Delegation traf u.a. Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara und ihre beiden Stellvertreter Sharon Afek und Dr. Gilad Noam, die Richterin am Supreme Court Daphne Barak-Erez sowie Dr. Avi Mandelbit (Generalstaatsanwalt a.D.), Prof. Dr. Suzie Navot, das Präsidium der Israel Bar Association und den Deutschen Botschafter Steffen Seibert.

Elmar Esser hat am 19. April 2024 über die Reise und die intensiven Eindrücke im Podcast der Bundesrechtsanwaltskammer „(R)echt interessant!“ berichtet. <https://www.dijv.de/de/article/249.dijv-delegation-zu-besuch-in-israel-wichtiger-besuch-in-schwierigen-zeiten.html>

**Kurz & knackig: Drohnen über Israel - wir mittendrin! / Elmar Esser**  
Rechtsanwalt Elmar Esser, 1. Vorsitzender der Deutsch-Israelischen...

▶ Episode abspielen 36:47

### 23. April 2025: DIJV-Vorstand empfing Vertreter der Israel Bar Association

Am 23. April 2025 besuchte eine Delegation der Israel Bar Association, unter Leitung von Präsident Amit Becher und Vizepräsidentin Tami Ulman, Berlin. Gemeinsam mit dem DIJV-Vorsitzendem Elmar Esser, DIJV-Vizepräsidentin Dr. Susanne Wasum-Rainer und DIJV-Vizepräsident Dr. Lothar Scholz, André Haug von der Bundesrechtsanwaltskammer sowie den Bar-Vertretern Guy Segalovitch und Yonit Calmanovitch traf



die Delegation zunächst die Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz, Dr. Angelika Schlunck. Am Abend berichteten die israelischen Kolleginnen und Kollegen sodann den interessierten Mitgliedern der DIJV über die Situation im Zusammenhang mit dem von der israelischen Regierung betriebenen Umbau der Judikative, von dem auch die Israel Bar betroffen ist.

## Regionale und digitale Veranstaltungen der DIJV

In der Zeit von Oktober 2022 bis Ende 2025 hat die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung eine Vielzahl regionaler und digitaler Veranstaltungen durchgeführt, die das breite Spektrum der Vereinstätigkeit widerspiegeln. Im Mittelpunkt standen dabei rechts- und zeitgeschichtliche sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen ebenso wie Formen der juristischen Erinnerungskultur.

Die Veranstaltungen reichten dabei von Symposien, Vorträgen, Podiumsgesprächen, Filmvorführungen und Ausstellungsbesuchen über Führungen an historische Orte und Gedenkveranstaltungen. Sie beleuchteten unter anderem Kontinuität und Brüche staatlichen Handelns, die Rolle der Justiz und Anwaltschaft in den unterschiedlichsten Kontexten sowie Fragen von Verantwortung, Aufarbeitung und Erinnerung.

Die DIJV konnte damit auch in diesem Zeitraum einen lebendigen fachlichen Austausch fördern und ihre regionale und digitale Präsenz kontinuierlich fortentwickeln.

### VERANSTALTUNGEN IM JAHR 2022:

#### 19. März: Regionalveranstaltung Berlin - Führung durch die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz



Aus Anlass des 80. Jahrestags der Wannseekonferenz traf sich die Berliner Regionalgruppe zu einer Führung durch die Gedenk- und Bildungsstätte am Großen Wannsee. In seiner Einführung unterstrich der ehemalige Leiter des Hauses, Dr. Hans-Christian Jasch, die historische Bedeutung des Treffens am 20. Januar 1942 und beschrieb detailliert den Ablauf der Konferenz und die Rolle der 15 Teilnehmer. Anschließend hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich die überarbeitete Ausstellung zur Geschichte des Hauses anzuschauen.

#### 9. Juni: Regionalveranstaltung Berlin - Führung durch die Ausstellung *Unser Mut. Juden in Europa 1945-48 im Dokumentationszentrum Flucht Vertreibung, Versöhnung*

Die Regionalgruppe Berlin besuchte am 9. Juni 2022 die Ausstellung *„Unser Mut. Juden in Europa*

*1945-48“*, im Berliner Dokumentationszentrum Flucht Vertreibung, Versöhnung. Die Ausstellung präsentiert die Vielfalt der jüdischen Erfahrung in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus einer gesamteuropäischen Perspektive, skizziert am Beispiel von sieben ganz unterschiedlichen Orten in Europa, die für die Überlebenden und Geflüchteten zur neuen zufälligen Heimat wurden, was Jüdinnen und Juden unmittelbar nach der Schoah beschäftigte und antrieb.

#### 17./18. Oktober: Symposium „Der NSU-Komplex – Verfolgung und Bewältigung des Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus“



Gemeinsam mit der Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“ veranstaltete die DIJV am 17. und 18. Oktober 2022 in der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen das Symposium *„Der NSU-Komplex - Verfolgung und Bewältigung des Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus.“*

Das Symposium widmete sich, rund zehn Jahre nach der Entdeckung des „Nationalsozialistischen Unter-

grunds“ (NSU), dem größten Strafprozess der Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung. Im Mittelpunkt des Symposiums stand eine rechtshistorische, justizielle und gesamtgesellschaftliche Betrachtung, die sich mit den Auswirkungen und Folgerungen aus dem Verfahrenskomplex und der Bewältigung aktueller rechtsstaatsgefährdender Phänomene des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus - insbesondere aus Sicht der Justiz und obersten Sicherheitsbehörden - befasste.

Über 100 Teilnehmer aus Justiz und Anwaltschaft folgten den Vorträgen hochkarätiger Referenten, darunter Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank, Dr. Felor Badenberger (Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz), Jürgen Peter (Vizepräsident des Bundeskriminalamtes).

### 6. Dezember: Regionalveranstaltung Berlin – Lesung mit Shelly Kupferberg

Am 6. Dezember 2022 stellte die Journalistin Shelly Kupferberg in Berlin ihr Buch *Isidor. Ein jüdisches Leben* vor. Im Gespräch mit DIJV-Vorstandsmitglied Christiane Wirtz erzählt die Autorin von der Entstehungsgeschichte ihres Romans, der vom Leben ihres Urgroßonkels Isidor erzählt. Sie begibt sich darin auf Spurensuche nach Wien, Ostgalizien, Budapest, Hol-



lywood und Tel Aviv. Einfühlsam beschreibt Kupferberg eine schillernde Persönlichkeit des 19./20. Jahrhunderts.

## VERANSTALTUNGEN IM JAHR 2023:

### 8. März: Regionalveranstaltung Berlin - Führung durch Sonderausstellung im Jüdischen Museum

In Berlin lud die DIJV am 8. März 2023 zu einer Führung durch die „Paris Magnétique. 1905-1940“ Sonderausstellung im Jüdischen Museum in Berlin ein.

Die französische Hauptstadt war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Anziehungspunkt für Künstler\*innen aus der ganzen Welt. Mit der Sonderausstellung widmete das Jüdische Museum Berlin jüdischen Künstler\*innen der Pariser Schule die erste große Ausstellung in Deutschland. Die Schau zeichnete mit über 120 Werken in zehn Kapiteln nach, wie migrantische, oft marginalisierte Positionen als Teil der Pariser Avantgarde das heutige Verständnis der Kunst der westlichen Moderne prägten.

### 2. Mai 2023: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums – Erinnerung an Nazi-Unrecht



Im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gab es eine Sonderveranstaltung zum Umgang mit Jüdischen Beamten.

Auf Initiative der DIJV wurde bei einer Veranstaltung am 2. Mai 2023 im Bundesministerium der Justiz, an das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erinnert, das vor 90 Jahren, am 7. April 1933 in Kraft trat und mit dem reichsweit jüdische Juristen, Beamte und Angestellte sowie sonstige „politisch Unzuverlässige“ aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden.

In seiner Begrüßungsrede führte der damalige Bundesminister der Justiz, Dr. Marco Buschmann u.a. aus: „Wir erinnern heute an das nationalsozialistische „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das

im Frühjahr vor 90 Jahren in Kraft trat. Wir erinnern damit an eine infame Lüge und an bedrückendes Unrecht. Wir erinnern an Unrecht hinter einer Maske von Gesetzlichkeit. Und wir erinnern an einen lügnischen und widerwärtigen Missbrauch der Sprache. Auch der war ein Kennzeichen dieses Regimes.“

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem BMJ, der Bundesrechtsanwaltskammer, dem Deutschen Anwaltverein und dem Deutschen Richterbund statt.

#### 4. Juli: Gabi Bach - Gedenkveranstaltung erinnert an stellvertretenden Ankläger im Eichmann-Prozess

BY PRINCE OF WITTENBERG  
please scan the QR code:

**ENTRANCE IS FREE**  
By advance registration only,  
and upon presenting ID  
Last day for registration: May 29, 2023

The conference will be held in Hebrew  
Translation into English will be available online

**Leo Baeck Jerusalem Institute**  
The conference will be held  
at the Van Leer Jerusalem Institute  
43 Jabotinsky St., Jerusalem

Leo Baeck Institute Jerusalem  
www.leobaeck.org | leobaeck@leobaeck.org

For further details,  
please contact Ms. Raya Michaeli  
leobaeck@leobaeck.org, 02-5633790

Van Leer  
Jerusalem Institute  
43 Jabotinsky St.  
Jerusalem

**4.6.23**

**ATTORNEY,  
JUDGE,  
& GENTLEMAN**

**Conference in Memory  
of Justice  
Gabriel Bach**

In the spirit of  
Democracy,  
Liberalism & Tolerance

Mit einer Gedenkveranstaltung wurde am 4. Juni 2023 in Jerusalem an den israelischen Generalstaatsanwalt Gabriel Bach (1927-2022) erinnert. Der deutschstämmige Bach war 1961 stellvertretender Ankläger im Eichmann-Prozess in Jerusalem. In dem ganztägigen Symposium wurden seine lebenslangen Verdienste und sein Einsatz für Demokratie, Freiheit und Toleranz gewürdigt.

#### 13. – 18. Juni: Filmvorführungen im Rahmen des Jewish Film Festes Berlin

Vom 13. bis 18. Juni fand in Berlin und Brandenburg das Jüdische Filmfest statt, zu welchem die DIJV seine Mitglieder zu zwei ausgewählten Filmen einlud. Jüdische Themen wurden diskutiert, jüdische Biografien erzählt und jüdisches Leben in unterschiedlichen Facetten, Tradition und Alltagskultur gezeigt. Im Anschluss an die Vorführungen gab es jeweils eine Diskussion/Gespräch mit den Filmschaffenden.

#### 5. Juli: Regionalveranstaltung Berlin - Bericht des Antisemitismusbeauftragten der Berliner Justiz

Am 5. Juli 2023 fand in Berlin eine gemeinsame Veranstaltung der DIJV und der Bundesrechtsanwaltskammer statt. Der Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Dr. Florian Hengst, sprach über „Die Arbeit der Berliner Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten“ und stellte seine Arbeit als Antisemitismusbeauftragter der Berliner Justiz vor. Die Vortragsveranstaltung fand im Rahmen eines Besuchs junger israelischer Anwälte und Anwältinnen statt.

#### 21. November: Regionalveranstaltung Berlin – Einladung zum Ausstellungsbesuch

Die DIJV lud zur Ausstellungsführungen ins Jüdische Museum Berlin ein. Dort war die erste große Ausstellung über jüdische Erfahrungen und jüdisches Leben in der DDR zu sehen. Die Ausstellung nahm jüdische Erfahrungen in Ostdeutschland in den Blick, erzählte von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg über die Wendezeit hinaus bis in die unmittelbare Gegenwart. Im Mittelpunkt standen Zeitzeugen mit ihren persönlichen Geschichten.

#### 4. Dezember: Staatsanwaltschaften in NRW und ihre Antisemitismusbeauftragten: Präsentation und Diskussion mit Justizminister und DIJV-Vorsitzenden

Am 4. Dezember 2023 diskutierten die DIJV Vorsitzenden mit dem Justizminister von NRW über die Staatsanwaltschaften in NRW und ihre Antisemitismusbeauftragte.

„Antisemitismus werden wir in keiner Form dulden, ohne Wenn und Aber. Gerade jetzt muss unsere Haltung klar sein: Als Staat und als Zivilgesellschaft stehen wir fest an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“, sagte Minister Dr. Benjamin Limbach. „Alle antisemitischen Straftaten müssen konsequent verfolgt werden“, so der Minister weiter.

Die Veranstaltung diene auch der Schärfung der Sicht auf die Bedrohungen, denen Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 ausgesetzt seien, so der Vorsitzende der DIJV Elmar Esser.



Stellten sich den Fragen: Dr. Lothar Scholz (DIJV), Jacob Horowitz, (Vorstand Jüdische Studierendenunion), Ricarda Battenstein (Abteilungsleiterin und Antisemitismusbeauftragte StA in Düsseldorf), Ulf Willuhn (Abteilungsleiter und Antisemitismusbeauftragter StA in Köln), (v.l.n.r.),

Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stellte die Gründe zur Einführung der Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften im Frühjahr 2022 heraus.

Generalstaatsanwalt in Düsseldorf Horst Bien verwies auf die erheblich gestiegene Zahl antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober und die Notwendigkeit, innerhalb der Justiz auch bundesweit die Schwelle zur Strafbarkeit antisemitischer Handlungen zu diskutieren und zu veröffentlichen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten die Antisemitismusbeauftragten in den Staatsanwaltschaften Düsseldorf und Köln Ricarda Battenstein und Ulf Willuhn gleichermaßen wie Jacob Horowitz, Vorstand Jüdische Studierendenunion, und Dr. Lothar Scholz, Vizepräsident der DIJV, heraus, dass der persönliche Kontakt und direkte Ansprache zwischen den Antisemitismusbeauftragten vor Ort und den Jüdischen Gemeinden noch enger werden sollte. Es brauche Mut, gegen die Täter vorzugehen und sich nicht zurückzuziehen, so Dr. Lothar Scholz. Es brauche Mut in den Staatsanwaltschaften und bei den Betroffenen, eng mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Und es brauche schließlich Mut, die Bewertung antisemitischer Handlungen als Straftaten oder noch als Ausdruck der Meinungsfreiheit neu auf den Prüfstand zu stellen.

## 11. Dezember: Gedenkveranstaltung in Hessen erinnert an Beginn des „Jahrhundertprozess“ am 20. 12. 1963

„Der Auschwitz-Prozess ist ein Meilenstein und ein Mahnmal deutscher Rechtsgeschichte. Er ist ein Gegenbeispiel für das weit verbreitete Schlussstrichdenken in der jungen Bundesrepublik“, sagte DIJV-Vorstandmitglied, Prof. Dr. Roman Poseck, bei der Eröffnung der Gedenkveranstaltung zum Auschwitz-Prozess vor 60 Jahren. Am 20. Dezember 1963 begann in Frankfurt am Main der „Jahrhundertprozess“. Vor dem Landgericht mussten sich 20 Angeklagte für ihre Taten im Konzentrationslager Auschwitz verantworten. An dieses historische Ereignis erinnerten in der Gedenkveranstaltung der damalige hessische Staatsminister der Justiz und jetzige hessische Innenminister Poseck und der hessische Generalstaatsanwalts Torsten Kunze. Im Mittelpunkt standen die Erinnerungen von OStA a.D. Gerhard Wiese, als junger Staatsanwalt von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer mit der Erhebung und Vertretung der Anklage betraut. Darüber hinaus wurde an das Vermächtnis von Fritz Bauer und die Bedeutung des Verfahrens bis zum heutigen Tage gesprochen.



Erinnerungskultur ist heute wichtiger denn je: Da waren sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum Beginn des Auschwitz Prozesses einig.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Podiumsdiskussion, an der der 1.Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung Elmar Esser, der ehemalige Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Dr. Georg Falk, die Filmemacherin Isabel Gathof, die Direktorin des Fritz-Bauer-Instituts Prof. Dr. Sybille Steinbacher und der Oberstaatsanwalt a.D., Gerhard Wiese, teilnahmen.

## VERANSTALTUNGEN 2024:

### 26. Januar: Ausstellungsbesuch in München

Am 26. Januar 2024 lud die DIJV gemeinsam mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt und DIJV-Mitglied Andreas Franck, zu der Ausstellung „How To Catch A Nazi – Operation Finale: Die Ergreifung und der Prozess von Adolf Eichmann“ ein. Die Ausstellung Operation Finale zeigte, wie der israelische Geheimdienst Mossad und der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer im Jahr 1960 Adolf Eichmann in Argentinien ausfindig machten, wie seine Entführung nach Israel durchgeführt und ihm schließlich der Prozess gemacht wurde. Es war gelungen, den früheren Mossad-Agenten Avi Avraham für

anschließende schilderte VRIOLG a.D. Dr. Ulrich Stump die Konzeption und Realisierung der Tafel. Den Bogen von der Vergangenheit zur Gegenwart schlug schließlich der 2. Vorsitzende der DIJV, Rechtsanwalt Zvi Tirosch, mit einem Impulsvortrag über das Leben als Jude in der aktuellen Situation.



F flankiert wurde die Enthüllung der Gedenktafel von drei Kurzvorträgen, die die Vergangenheit und Gegenwart des OLG historisch einordnen. Es sprachen: VRIOLG Frankfurt/Main a.D., Dr. h.c. George Falk, DIJV-Vorsitzender Zvi Tirosch und der VRIOLG Frankfurt/Main a.D., Dr. Ulrich Stump. (von links)

**VERANSTALTER**

Die Ausstellung wird von der gemeinnützigen Adolf Rosenberger GmbH in Kooperation mit dem Staatlichen Museum Ägyptischer Kunst in München gezeigt. Die gemeinnützige Adolf Rosenberger GmbH will an das Lebenswerk des deutsch-jüdischen Mitgliedervers von Porsche erinnern. Adolf Rosenberger wurde im Dritten Reich diskriminiert und als Jude von den Nazis verfolgt, vertrieben und musste 1939 in die USA fliehen und eskam dem Holocaust. Rosenbergers deutsch-jüdisches Schicksal ist für die gemeinnützige Adolf Rosenberger GmbH eine Verpflichtung. Sie versteht ihre Aufgabe darin, gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Antisemitismus einzutreten und Ansatz zu geben für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte, für eine klare Haltung zum Nachdenken und Handeln. Die Geschichte der Ergreifung von Adolf Eichmann zeugt von der Entschlossenheit, einen Massenmörder strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen und damit Gerechtigkeit herzustellen. Diese Botschaft und das damit verbundene Eintreten für Gerechtigkeit und Humanität, richtet sich vor allem an die jüngeren Generationen. [www.adolfrosenberger.com](http://www.adolfrosenberger.com)

**STÄATLICHES MUSEUM ÄGYPTISCHER KUNST**

**ÖFFNUNGSZEITEN**

Montag geschlossen  
Dienstag 10:00 – 20:00 Uhr  
Mittwoch – Sonntag 10:00 – 18:00 Uhr  
Feiertag 10:00 – 18:00 Uhr  
Wenn ein Feiertag auf einen Montag fällt, hat das Museum geöffnet.

Das Museum bleibt nur an folgenden vier Feiertagen geschlossen:  
Neujahr (1. Januar)  
Heiligabend (24. Dezember)  
1. Weihnachtstag (25. Dezember)  
Silvester (31. Dezember)

**INTRITTSPREISE**

Tickets für Ihren Besuch bekommen Sie direkt an der Museumskasse.

Erwachsene € 7,-  
Ermäßigt € 6,-  
Sonntags € 1,-  
Kinder unter 10 Jahren frei

Gruppen ab 15 Personen zahlen den ermäßigten Eintritt!

Weitere Infos auf [www.smaek.de](http://www.smaek.de)

**OPERATION FINALE: DIE ERGREIFUNG & DER PROZESS VON ADOLF EICHMANN**

**HOW TO CATCH A NAZI**

24.11.2023 – 30.04.2024

**SMÄK MÜNCHEN**

STÄATLICHES MUSEUM ÄGYPTISCHER KUNST  
GABELSBERGERSTRASSE 35, 80333 MÜNCHEN  
[SMAEK.DE](http://SMAEK.DE)

OPERATION FINALE – Die Ergreifung und der Prozess von Adolf Eichmann ist ein Projekt der gemeinnützigen Adolf Rosenberger GmbH. Die Ausstellung ist ein Projekt der gemeinnützigen Adolf Rosenberger GmbH. Die Ausstellung ist ein Projekt der gemeinnützigen Adolf Rosenberger GmbH.

### 29. Februar: Die Justiz und der Hitlerputsch 1923 - DIJV Mitglied hält in Weimar Vortrag

DIJV-Mitglied Franz Düwell (Vorsitzender Richter am BAG a.D.) hielt am 29. Februar 2024 in Weimar einen Vortrag mit dem Titel „Die Justiz und der Hitlerputsch 1923“.

### 30. Mai: Regionalveranstaltung Berlin - Einladung zum Gespräch mit Dr. Ofer Waldman

Der in Israel lebende Dr. Ofer Waldman sprach in Berlin über die Lage in Israel. In seinen Analysen, u.a. im Deutschlandfunk Kultur, befasst er sich mit den Herausforderungen, denen sich Israel und seine Gesellschaft ausgesetzt sehen und ist daneben u.a. als Autor tätig. Zuletzt erschien im Suhrkamp Verlag (gemeinsam mit Sasha Marianna Salzmann) das Buch „Gleichzeit. Briefe zwischen Israel und Europa“. Die Veranstaltung wurde von DIJV-Vorstandsmitglied Christiane Wirtz moderiert.

### 18. – 23. Juni: Regionalveranstaltung Berlin: Filmvorführungen im Rahmen des Jewish Film Festes

Vom 18. bis 23. Juni 2024 fand in Berlin und Brandenburg das 30. Jüdische Filmfestival statt, zu welchem die DIJV zu drei ausgewählten Filmen einlud. Gerade

die Führung zu gewinnen. Er ist Kurator der Ausstellung über die Ergreifung von Adolf Eichmann und war als Agent federführend bei der Sammlung der Ausstellungsexponate.

### 1. Februar: OLG-Frankfurt am Main enthüllt Erinnerungstafel

In Frankfurt am Main fand am 1. Februar 2024 die Einweihung der im Sitzungssaaltrakt des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main aufgehängten Erinnerungstafel: „Das Oberlandesgericht in der NS-Zeit“ statt. Flankiert wurde die Veranstaltung von drei Kurzvorträgen, die die Vergangenheit und Gegenwart des OLG historisch einordnen.

VRIOLG a.D. Dr. h.c. Georg Falk stellte im Rahmen eines Kurzvortrags zunächst allgemein die Erinnerungskultur des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main dar. Hieran

im Jahr 2024, nach dem Hamasangriff vom 7. Oktober 2023, setzte das Festival ein Zeichen – gegen Antisemitismus, Hass, Angst und Terror!

### **26. Juni: Regionalveranstaltung Berlin - Einladung: „Gewalt gegen Weimar“: Führungen durch die Sonderausstellung**

Die DIJV lud am 26. Juni 2024 in Berlin zu einer Führung durch die Ausstellung „Gewalt gegen Weimar“ ein. Die multimediale Ausstellung im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors in Berlin veranschaulichte die Facetten der Gewalt in den Jahren 1918 bis 1923. Sie machte sichtbar, wie Extremisten und Separatisten die Weimarer Republik an den Rand eines Bürgerkriegs brachten, mit welch drastischen Mitteln der Staat vorgeht und wie Sprache und Literatur der Zeit auf die Brutalität der Ereignisse reagierten. Zugleich stellte die Ausstellung die Frage nach den Kontinuitätslinien einer langen Geschichte politischer Gewalt in Deutschland – von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis heute.

### **7. November: Regionalveranstaltung Frankfurt/M - Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit**

Die DIJV lud gemeinsam mit der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main, dem Hessischen Generalstaatsanwalt und dem Präsidenten des Oberlandesrechts Frankfurt/M zu einem Podiumsgespräch mit Daniel Cohn-Bendit über das Thema „Die Suche nach meiner jüdischen Identität“ ein. Das Interview mit Daniel Cohn-Bendit führen Julia Jüttner (Der Spiegel) und Gundula Fehns-Böer (Pressesprecherin OLG Frankfurt am Main).

### **7. November: Rechtsanwälte als Täter: BRAK stellt Rechercheergebnisse, DIJV-Präsidentin erinnert**

Am 7. November 2024 erinnerte die DIJV-Präsidentin, Brigitte Zypries, bei einer Buchvorstellung in Hannover an die Geschichte der Reichs-Rechtsanwaltskammer, der Vorläuferorganisation der Bundesrechtsanwaltskammer, die der Rechtshistoriker, Prof. Dr. Frank Schäfer umfassend aufgearbeitet hat. Das Ergebnis der Arbeit wurde unter dem Titel Rechtsanwälte als Täter – die Geschichte der Reichs-Rechtsanwaltskammer vorgestellt. Im Rahmen der Buchpräsentation im Leibnizhaus wurde außerdem die Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ gezeigt.

## **VERANSTALTUNGEN 2025:**

### **25. Januar: Regionalgruppe Berlin lädt ins Jüdische Museum ein**

Die Regionalgruppe Berlin nahm an einer Führung durch eine Sonderausstellung „Deutsche Juden heute – Fotoserie von Leonard Freed“ im Jüdischen Museum in Berlin ein. Wie feierten jüdische Menschen, Shoah-Überlebende oder Displaced-People in Deutschland nach der Shoah, in den sechziger Jahren, Rosh Hashana (jüd. Neujahr), Bar und Bat Mitzwa (Einsegnungen), Chanukka (jüd. Weihnachten) oder Pessach (jüd. Ostern)? Diese Fragen wollte der amerikanische Fotograf Leonard Freed (1929-2006) mit Hilfe seiner Fotokamera beantworten. Was dabei vor über 60 Jahren herausgekommen ist, wurde in der Sonderausstellung gezeigt.

### **10. März: Regionalveranstaltung Erfurt – Michel Friedman im Gespräch**



Am 10. März 2025 war Prof. Dr. Dr. Michel Friedman zu Gast bei einer DIJV-Veranstaltung, zu der die Regionalgruppe Erfurt gemeinsam mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (Ortsgruppe Erfurt) und dem Rotary Club Erfurt-Gloriosa eingeladen haben. In dem Gespräch mit der MDR-Moderatorin Cornelia Hartmann ging es neben der Buchvorstellung „Judenhass“ u.a. um die Zukunft der Demokratie, um das Erstarken von Antisemitismus und die Auswirkungen des Hamas-Überfalls auf jüdisches Leben in Deutschland.

### **6. -11. Mai: Regionalveranstaltung Berlin: Vier Filme zur Auswahl**

Auch im Jahre 2025 lud die DIJV wieder ins Kino ein. Ein Schwerpunkt des diesjährigen Filmfestivals war der

80. Jahrestag des Kriegsendes und des Endes der Nazi-herrschaft. In Kooperation mit dem Centrum Judaicum präsentierte das Festival in der Reihe „Jüdisches 1945“ Filme über jüdische Erfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Neben spannenden Spiel- und Dokumentarfilmen gab es zahlreiche weitere Filmreihen, die jüdisches Leben in seinen unterschiedlichen Facetten reflektierten.

### 30. Juni: Regionalveranstaltung Berlin – Buchvorstellung

Am 30. Juni las DIJV-Mitglied Christiane Wirtz aus ihrem Buch „Wie schwer wiegt ein Schatten“. Anschließend fand ein Gespräch zwischen der Autorin und der Berliner Journalistin Shelly Kupferberg statt.

### 1. Juli: Gespräche mit der neuen Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz



Am 1. Juli 2025 empfing die neue Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig SPD (links), Vertreter der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung. Bei dem Gespräch ging es vor allem um anstehende Projekte der DIJV, wie der geplanten Jugendtagung im September 2025 sowie der DIJV-Jahrestagung in Israel im Mai 2026. An dem Treffen nahmen neben der DIJV-Präsidentin, Brigitte Zypries und dem DIJV-Vizepräsidenten, Dr. Lothar Scholz, der 1. DIJV-Vorsitzende, Elmar Esser und 2. DIJV-Vorsitzende, Zvi Tirosch sowie die DIJV-Geschäftsführerin, Jacqueline Hopp, teil.

### 20. September: Regionalveranstaltung Berlin – Ausstellungsführung

Zu einer Führung durch das Deutsche Historische Museum in Berlin durch die Ausstellung „Gewalt ausstellen: Erste Ausstellungen zur NS-Besatzung in Europa, 1945-1948“ lud die DIJV am 20. September 2025 ein. Der Fokus der Ausstellung richtete sich auf die unterschiedlichen Formen und Inhalte, mit denen ehemalige Ausstellungsmacherinnen und -macher - darunter meist NS-Verfolgte und Holocaust-Überlebende - die Gewaltereignisse, den Widerstand, die Täter und den Verlust des kulturellen Erbes thematisiert haben. Sichtbar wurden die unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen, die sich in diesen Ausstellungen niederschlugen.

### 14. Oktober: Regionalveranstaltung Berlin – Ausstellungsbuch Ossip Klarwein

Die Regionalgruppe Berlin besuchte am 14. Oktober gemeinsam die Ausstellung „Ossip Klarwein – Vom „Kraftwerk Gottes“ zur Knesset“. Was haben die Kirche Am Hohenzollernplatz und die Knesset in Jerusalem gemeinsam? Auf den ersten Blick wenig, doch beide Bauten sind architektonische Meisterwerke, wegweisende Wahrzeichen und – das vor allem: Sie stammen beide aus der Feder von Ossip Klarwein (1893-1970). Eine bemerkenswerte Ausstellung in der Wilmsdorfer Kirche beleuchtete Leben und Werk des in Vergessenheit geratenen polnisch-deutsch-israelischen Architekten.

**Eröffnung**  
19. Juni 2025, 18 Uhr

**Eintritt**  
Frei

**Offnungszeiten**  
Mo - Do: 16-18 Uhr  
Mi: 11-13 Uhr  
Sa: 13-15 Uhr

**Führungen**  
Jeden Donnerstag  
um 18 Uhr  
ohne Anmeldung

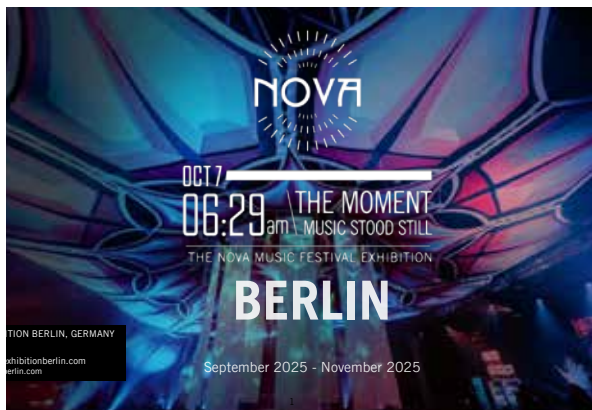
**Ossip Klarwein - Vom „Kraftwerk Gottes“ zur Knesset**  
Veranstalter: Aktives Museum  
Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.  
www.klarwein.org info@klarwein.org

**Wettbewerbstransmodell für die Knesset von Klarwein, 1967**

**Kirche Am Hohenzollernplatz**  
Nassauische Straße 66  
Berlin-Wilmersdorf

**21. Juni – 16. Oktober 2025**  
Erste Ausstellung zu Leben und Werk des Architekten

### **25. Oktober: Als die Musik verstummte... - Ausstellung in Berlin über den Überfall auf das Nova-Festival am 7.10.2023**



Am 25. Oktober besuchten DIJV-Mitglieder gemeinsam die Ausstellung „Oct 7, 06:29 am/The Moment Music Stood Still - Nova Music Festival Exhibition“, die in der Haupthalle des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin zu sehen war und an die Opfer dieses grausamen Terroranschlags vom 7. Oktober erinnerte. Die Ausstellung zeigte persönliche Geschichten, Zeugnisse und Bilder der Überlebenden und machte die „barbarische Todesspur“ sichtbar, die die Terrororganisation Hamas an jenem Tag hinterlassen hat. Zum Abschluss bestand die Möglichkeit an einem Gespräch mit Überlebenden teilzunehmen.

### **20. November: Das Reichskriegsgericht 1936-1945 - Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

Eine Kuratorenführung durch die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand fand am 20. November statt. Das 1936 gegründete Reichskriegsgericht verhängte in fast 4000 Verfahren mehr als 1300 Todesurteile, die meisten davon während des Zweiten Weltkrieges. Die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand dokumentierte Rechtsgrundlagen, Struktur und Personal des Reichskriegsgerichts, vor allem jedoch die Biografien seiner Opfer.

### **27. November: Regionalgruppe im Norden wieder aktiviert**

Zu einem ersten Treffen nach längerer Zeit lud am 27. November die Regionalgruppe Nord ein. Die Initiative hat die neue Organisatorin, DIJV-Mitglied Julia M. Roemer, ergriffen. Motiviert haben sie die angespannte Situation in Israel sowie die Ziele der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung zu pflegen und mit Leben zu füllen, was nach dem Krieg noch wichtiger ist als zuvor. „Der Antisemitismus grassiert und die deutsch-jüdischen Kolleginnen und Kollegen fühlen sich nicht mehr sicher“, argumentiert sie und begründet den Start der Gruppe im Norden. Die zivile Gesellschaft sei gefragt, Diskussionen und Nachdenklichkeit, Gemeinschaft und Freundschaft eine Plattform zu bieten. Zunächst fand ein erstes lockeres Kennenlernen statt, weiter geht es im März 2026 mit einem Ausstellungsbesuch.

### **30. November: Regionalgruppe NRW lädt zur Synagogenführung in Köln ein**

Am 30. November fand eine Führung durch die Synagogengemeinde Köln in der Roonstraße mit anschließendem Essen im koscheren Restaurant der Gemeinde statt, an der mehr als 20 Mitglieder teilnahmen. Die Führung bot einen eindrucksvollen Einblick in die Geschichte, die Architektur und das lebendige jüdische Leben in Köln.

### **9. Dezember: Regionalveranstaltung-Berlin: Buchvorstellung**

Elmar Esser, 1. Vorsitzender der DIJV, stellte am 9. Dezember in einem Gespräch mit Yfaat Weiss ihr neues Buch „Verfehlte Mission - Das geteilte Jerusalem und die Vereinten Nationen“ vor. Die israelische Historikerin beschäftigt sich darin mit dem UN-Teilungsplan von 1947 und dem andauernden Konflikt um die territoriale Vormachtstellung in der Region. Diese gut besuchte Veranstaltung in einer Charlottenburger Bar war gleichzeitig das letzte Regio-Treffen 2025.

## Buchempfehlungen

---

<b>Assan, Alex</b>	Sunhead (Graphic Novel) HarperAlley 2024 26,99 US-\$
<b>Berger, Alois</b>	Föhrenwald, das vergessene Shtetl - Ein verdrängtes Kapitel deutsch-jüdischer Nachkriegsgeschichte Piper 2023 24,00 Euro
<b>Delisle, Guy</b>	Aufzeichnungen aus Jerusalem (Graphic Novel) Reprodukt 2012 29,00 Euro
<b>Frei, Norbert</b>	Im Namen der Deutschen - Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit C.H. Beck 2023 28,00 Euro
<b>Ganczak, Filip</b>	Jan Sehn und die Ahndung der Verbrechen von Auschwitz - Eine Biographie Wallstein 2022 28,00 Euro
<b>Graf, Philipp</b>	Ausgeschlagenes Erbe - Die jüdische Geschichte Halberstadts in der DDR Vandenhoeck & Ruprecht 2025 25,00 Euro
<b>Gurevitch/Hanuka</b>	The day everything changed - 10 stories from October 7 <sup>th</sup> Yuka Books Ltd. (Israel) - yukashops.com 98 NIS
<b>Harding, Thomas</b>	Die Einstein-Vendetta - Hitler, Mussolini und die wahre Geschichte eines Mordes Jacoby Stuart 2025 26,00 Euro
<b>Jensen, Uffa</b>	Ein antisemitischer Doppelmord - Die vergessene Geschichte des Rechtsterroris- mus in der Bundesrepublik Suhrkamp 2022 24,00 Euro
<b>Kraushaar, Wolfgang</b>	Israel: Hamas - Gaza - Palästina Bundeszentrale für Politische Bildung 2024 5,00 Euro
<b>Lemire/Gaultier</b>	Jerusalem - Die Geschichte einer Stadt (Graphic Novel) Jacoby Stuart 2024 32,00 Euro
<b>Leshem, Ron</b>	Feuer - Israel und der 7. Oktober Rowohlt 2024 25,00 Euro
<b>Mendel, Meron</b>	Über Israel reden - Eine deutsche Debatte Kiepenheuer & Witsch 2024 22,00 Euro
<b>Mishani, Dror</b>	Fenster ohne Aussicht - Tagebuch aus Tel Aviv Diogenes 2024 26,00 Euro

<b>Primor, Avi</b>	Bedrohtes Israel - Ein Land im Ausnahmezustand Quadriga 2024 24,00 Euro
<b>Schäfer, Frank L.</b>	Rechtsanwälte als Täter - Die Geschichte der Reichs-Rechtsanwaltskammer Otto Schmidt 2024 119,00 Euro
<b>Seligman, Rafael</b>	Keine Schonzeit für Juden - Die Antwort eines Betroffenen Herder 2025 18,00 Euro
<b>Stolper, Dirk</b>	Eichmanns Anwalt - Robert Servatius als Verteidiger in NS-Strafverfahren Campus 2025 49,00 Euro
<b>Tibon, Amir</b>	Die Tore von Gaza - Eine Geschichte von Terror, Tod, Überleben und Hoffnung Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag 2024 26,00 Euro
<b>Waldman, Ofer</b>	Verkämpftes Land - Beobachtungen Wallstein 2025 22,00 Euro
<b>Waldman/Salzman</b>	Gleichzeit - Briefe zwischen Israel und Europa Suhrkamp 2024 20,00 Euro
<b>Weiss, Yfaat</b>	Verfehlte Mission - Das geteilte Jerusalem und die Vereinten Nationen Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag 2025 34,00 Euro
<b>Zimmermann, Moshe</b>	Niemals Frieden? - Israel am Scheideweg Propyläen 2024 16,00 Euro







Deutsch-Israelische  
Juristenvereinigung e.V. (DIJV)

Koenigsallee 35f  
14193 Berlin

Telefon: 030/ 89 73 16 45

Fax: 030/ 89 73 47 81

Email: [info@diyv.de](mailto:info@diyv.de)

[www.diyv.de](http://www.diyv.de)